

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Winterschlacht

Am 15. Januar vor 80 Jahren befahl Hitler den Rückzug der Wehrmacht aus ihren Stellungen vor Moskau. Zum ersten Mal seit 1939 war ein deutscher „Blitzkrieg“ gescheitert und mit ihm, wie wir heute wissen, der gesamte „Fall Barbarossa“, der Plan zur Er-

Der Januar 1942 erinnert vor allem daran: Imperialismus bedeutet Tod und Vernichtung, unabhängig davon, unter welchem Etikett er auftritt, ob er sich „demokratisch“ oder anders nennt. Und: Der Sieg der Roten Armee hat bewiesen: Dem Morden kann ein Ende



Rückzug deutscher Soldaten, Januar 1942

oberung des europäischen Teils der Sowjetunion bis zur Linie Archangelsk–Astrachan. In der Moskauer Angriffsoperation seit dem 5. Dezember 1941 warf die Rote Armee die Faschisten auf einer Breite von rund 1000 Kilometern um bis zu 250 Kilometern zurück. Die Gefahr für den ersten sozialistischen Staat war nicht beseitigt, aber fürs erste gebannt. Die faschistische Führung hatte noch im ersten Kriegsjahr die sowjetische Bevölkerung um bis zu 40 Millionen Menschen dezimieren wollen, die übrigen sollten als Arbeitsklaven deutscher Kolonisatoren eine Weile am Leben bleiben. Denn dieser Krieg war auch ein imperialistischer Kolonialkrieg, wie ihn die westeuropäischen Mächte und die Nordamerikaner seit Jahrhunderten geführt hatten. Entsprechend grausame Entdeckungen machten die Sowjetsoldaten, als sie in die von den Deutschen zerstörten Dörfer und Städte vorrückten. Der 2021 verstorbene Veteran der Roten Armee, der in der DDR populäre Medizinprofessor Moritz Mebel kam, wenn man ihn auf seine Kriegserlebnisse ansprach, immer wieder auf die Verbrechen der Wehrmacht zu sprechen, die er mit eigenen Augen in jenen Wochen Ende 1941 und Anfang 1942 vor Moskau gesehen hatte: Tod und Verderben überall.

gesetzt werden. Dazu bedarf es einer entschlossenen politischen Führung, breiter Unterstützung durch die Bevölkerung, hoher militärischer Kunst und der nötigen Waffen. Ausgerechnet zum 80. Jahrestag der Schlacht um Moskau plant der Imperialismus erneut einen Feldzug gegen Rußland. Bereits im Frühjahr 2021 hatte die Kiewer Regierung versucht, die NATO in einen „Blitzkrieg“ gegen die Aufständischen im Donbass hinein-zuziehen. Das mißlang, nicht zuletzt durch offenbar sorgfältig dosierte elektronische Kampfführung der russischen Streitkräfte. Aber die Kiewer Abenteurer, die an den Fäden Washingtons und der EU hängen, haben nicht aufgegeben. Fast die halbe ukrainische Armee wurde im Osten des Landes zusammengezogen. Als Rußland darauf mit eigenen Truppenbewegungen reagierte, entfachten westliche Medien und Politiker im November 2021 eine antirussische Hysterie, wie es sie seit dem Kalten Krieg kaum mehr gegeben hatte. Minister, Abgeordnete, Journalisten nannten täglich neue Termine, an denen Putin angeblich seine Truppen zum Sturm antreten lassen wollte. Die von westlichen Geheimdiensten georteten russischen Einheiten wechselten nicht nur täglich ihren Standort, sondern wurden auch ebensooft

in unterschiedlicher Stärke gezählt. Parallel dazu steigerten sich NATO, EU und die Vertreter ihrer Mitgliedstaaten in massive Drohungen gegen Moskau hinein. Schließlich berichteten CNN und das ZDF am 6. Dezember, der Westen zücke seine „schärfste wirtschaftliche Waffe“ gegen Rußland und drohe damit, das Land vom internationalen Zahlungsverkehr abzuschneiden. Diplomaten hätten das eine „nukleare Option“ genannt. Das Gespräch zwischen Wladimir Putin und US-Präsident Joseph Biden am 8. Dezember brachte nur wenig Ruhe an der Medienfront. Klar wurde: Die USA erwägen offenbar, in ihrer Halbkolonie Ukraine auf Moskau gerichtete Raketen zu stationieren. Damit erfüllen sie ein Vorhaben, das sie mit wechselnden Begründungen – mal Iran, mal KDVR – seit 20 Jahren, seit ihrer Kündigung des ABM-Vertrags von 1972 über das Verbot von Raketenabwehrsystemen verfolgt haben.

Ein russischer Experte sprach mit Blick auf die Krise von 1962 von einem „Kuba-Moment“ für Rußland: In der Ukraine aufgestellte Raketen erreichen in wenigen Minuten Moskau. Die Situation ist dementsprechend ernst, sehr ernst. Ohne den Sieg vor 80 Jahren gäbe es Rußland heute wahrscheinlich nicht. Die Winterschlacht von damals sollte allen ins Gedächtnis gerufen werden, die mit Moskau „aus einer Position der Stärke“ (Annegret Kramp-Karrenbauer) sprechen wollen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Die Spur der Falken	2
Militär und Rüstung	4
Zum Koalitionsvertrag	5
NATO und Ukraine	6
Biologische Waffen	9
Die Linke Lateinamerikas	10
Wahlen in Portugal	13
Marxismus und Naturwissenschaften	14
Klassenverrat	16
Der versteckte Sozialismus	18
Mitregierungsverlangen	20
Rüdersdorfer Klassenkampf	21
Bürger zweiter Klasse	23
WWA	24
Leserbriefe	29

Die Spur der Falken

„Herr Strauß, nehmen Sie zur Kenntnis: Solange ich Bundeskanzler bin, werden Sie nie Verteidigungsminister.“ Ein Satz von Konrad Adenauer im Juli 1955. Vom selbigen stammt aber auch dieser Satz: „Was schert mich mein Geschwätz von gestern.“ Ein Jahr später saß Franz Josef Strauß auf dem von ihm heiß begehrten Stuhl des Kriegsministers. Auch er wollte von seinen früheren Worten – „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nimmt, dem soll die Hand abfallen“ – später nichts mehr wissen. Schon in seiner Rede am 15. Juli 1955, also im selben Monat, als Adenauer ihm das Ministeramt für die Zeit seiner Kanzlerschaft vorenthalten wollte, hielt Strauß eine „Bewerbungsrede“ für eben dieses Amt. Nur ein Jahr später saß er dort, wo der Kanzler ihn nie hat sehen wollen. Strauß entpuppte sich alsbald als radikaler Streiter für eine atomwaffenbasierte Ausrüstung der Bundeswehr. Und Adenauer hielt ihm den Rücken frei. „Soll Ihrer Meinung nach die Bundeswehr mit Atomwaffen ausgerüstet werden?“ Diese Frage eines Journalisten auf einer offiziellen Pressekonferenz am 5. April 1957 in Bonn beantwortete Adenauer so: „Unterscheiden Sie doch die taktischen und die großen atomaren Waffen! Die taktischen sind nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie. Natürlich können wir darauf nicht verzichten.“

Ein Großteil der Öffentlichkeit reagierte mit purem Entsetzen. Die Sorge vor einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr gipfelte schließlich in einem am 12. April 1957 verabschiedeten Appell, der von achtzehn westdeutschen Atomforschern und Kernphysikern wie Max von Laue, Otto Hahn, Max Born und Werner Heisenberg verfaßt wurde. Die Wissenschaftler lehnten jede Mitarbeit an einem deutschen Atomwaffenprogramm strikt ab. Der Text ist als „Göttinger Manifest“ bekannt und Teil der BRD-Nachkriegsgeschichte. Er richtete sich gegen Aufrüstung und Atombewaffnung und führte schließlich zu dem zunächst von der SPD unterstützten Komitee „Kampf dem Atomtod!“ und zu den Ostermärschen sowie der sich bald formierenden Friedensbewegung. Allen Widerständen zum Trotz und sich der Machtverhältnisse mit US-Unterstützung bewußt, (Komma?) peitschte die über eine absolute Mehrheit verfügende CDU/CSU-Bundesregierung am 18. März 1958 einen Antrag durch, der es erlaubte, Vorbereitungen für die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu treffen. Dem Antrag voraus ging 1957 der Beschluß der NATO, zur Strategie der „massiven Vergeltung“ überzugehen. Im Zuge dieser Entscheidung wurden in der BRD atomare Waffen eingelagert. Man ging sogar einen Schritt weiter: Die USA seien im Kriegsfall bereit, auch den Verbündeten, also zum Beispiel der Bundeswehr, Atomwaffen für deren Waffensysteme zu übergeben. (Otfried Nassauer in einem Dossier für Greenpeace, 2005) Damit war für jede Menge Konfliktstoff gesorgt. Man bedenke: Gerade einmal dreizehn Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation – als es die BRD

noch nicht für nötig gehalten hatte, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, und sie auf ihren Wetterkarten im Fernsehen (als hätte es die Neuordnung der Grenzen in Europa nach dem Krieg nie gegeben) ein Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigte – schien der Wunsch des Adenauer-Regimes, sich in den Besitz der Bombe zu bringen, in Erfüllung zu gehen. Mag sein, daß das Mantra der deutsch-amerikanischen Freundschaft der CDU/CSU-Regierung zu Kopf gestiegen ist ... Sie mußte zur Kenntnis nehmen, daß die Zeit für Postulate wie „Mehr Macht, mehr Verantwortung“ noch nicht reif war. Dennoch wurde in einer Grundsatzvereinbarung zwischen den USA und der BRD festgelegt, „daß die Bundesrepublik atomare Trägersysteme kaufen und bereitstellen (dürfe), während die USA die nukleare Munition dafür vorrätig halten würden“ (O. Nassauer). Das war die Geburtsstunde der sogenannten nuklearen Teilhabe. Sie sollte nach Inkrafttreten des „Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV)“ 1970 als Kontrapunkt zum NVV-Vertrag zu einem harmonischen Gleichklang zwischen den „Besitzenden“ und den „Besitzlosen“ nuklearer Waffen führen. Zum Verständnis ist es unumgänglich, die beiden ersten Artikel des NVV-Vertrags zu zitieren:

„Artikel I: Jeder Kernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen, noch zu veranlassen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben oder die Verfügungsgewalt darüber zu erlangen.

Artikel II: Jeder Nichtkernwaffenstaat, der Vertragspartei ist, verpflichtet sich, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber von niemandem unmittelbar oder mittelbar anzunehmen, Kernwaffen oder sonstige Kernsprengkörper weder herzustellen noch sonstwie zu erwerben und keine Unterstützung zur Herstellung von Kernwaffen oder sonstigen Kernsprengkörpern zu suchen oder anzunehmen.“

Der eindeutig formulierte Vertragstext umfaßt lediglich sechs Seiten und wurde umgehend für Interpretationen mißbraucht nach der Devise: „Alles, was der NVV nicht ausdrücklich verbietet, ist erlaubt.“ (O. Nassauer) Mit dieser „Logik“ im Gepäck wurde die Lagerung US-amerikanischer Atomsprengkörper auf dem Territorium nicht-nuklearer Staaten in Europa und deren Ausstattung mit Trägersystemen für Nuklearwaffen, die den USA gehören, begründet und gerechtfertigt. Ungeachtet der Tatsache, daß die Mehrheit der NVV-Vertragsparteien die nukleare Teilhabe als Vertragsverletzung betrachtet und die NATO aufgefordert hat, sie aufzugeben, beharren die NATO und die USA auf ihrem Standpunkt, daß hier kein Verstoß gegen die Regeln des NVV vorläge.

Als Trostpflaster hat man den nicht-nuklearen NATO-Staaten versprochen, sie im Zuge der Abschreckungspolitik der NATO in die Zielplanung und in den Einsatz der Waffen einzubeziehen.

Das hat wohl den transatlantisch-affinen Bundeskanzler Helmut Schmidt im Glauben beflügelt, eine Raketenlücke entdeckt zu haben. Eine Steilvorlage für das Vorhaben der USA, Atomwaffen mit Erstschlagsqualitäten (Pershing II und Cruise Missiles) in der Bundesrepublik zu stationieren. Der dann einsetzende Kampf gegen die sogenannte Nachrüstung gipfelte in den größten Friedensmanifestationen der BRD-Nachkriegsgeschichte 1981 und 1983 im Bonner Hofgarten. Es dürfte nicht übertrieben sein, von einer echten Teilhabe der Friedensbewegung zu sprechen, als vier Jahre später die beiden Präsidenten der USA und der Sowjetunion, R. Reagan und M. Gorbatschow, die bekannte Nulllösung atomar bestückter Mittelstreckenraketen ausgehandelt haben. Allerdings blieb der Anspruch auf nukleare Teilhabe bestehen. Spätestens als das Mehr-Macht-mehr-Verantwortung-Mantra den politisch wie militärisch formierten Kurs in der Bundesrepublik bestimmte, wurde sie ganz nach vorn auf die Rampe geschoben. Dazu beigetragen hat die Entscheidung des von der CDU geführten Verteidigungsministeriums, neue Trägerflugzeuge für den Einsatz der in Büchel gelagerten Atomwaffen zu beschaffen. Die Piloten des dort stationierten Jagdbombergeschwaders 33 der Bundeswehr wären im Kriegsfall für die Beförderung und den Abwurf von Atomwaffen nach Anweisung der von den USA gegebenen Zielkoordinaten verantwortlich. Im Klartext: Die Bundeswehr erhielt unter dem Schutz der NATO die Verfügungsgewalt über Atomwaffen. Der Einwand, daß dies mit dem NVV-Vertrag nicht zu vereinbaren sei, wurde von der Bundesregierung mit dem Argument vom Tisch gewischt, daß die nukleare Teilhabe bereits bestanden habe, bevor der NVV am 1. Juli 1968 zur Unterschrift ausgelegt wurde. Das ist sogar richtig. Allerdings hat die Teilhabe keine völkerrechtsvertragliche Basis, sie ist nur Teil der NATO-Strategie. Anders ausgedrückt: die nukleare Teilhabe hätte schon längst, spätestens mit dem Inkrafttreten des NVV, durch eine Erklärung der Bundesregierung aufgegeben werden müssen. Das allerdings war für die politische Elite weder in Bonn noch in Berlin ein Thema.

Volker Rühle, ehemaliger Verteidigungsminister im Kabinett Helmut Kohls, im „Tagesspiegel“ am 31. Oktober vergangenen Jahres: „Natürlich brauchen wir sie. ... Die nukleare Teilhabe ist auf deutschen Wunsch eingeführt worden, damit wir mitreden können, wenn in der NATO ... über eventuelle Atomwaffeneinsätze in Europa (!) entschieden wird ... Sie ist unverzichtbar für unsere Sicherheit.“ Deshalb müsse ein Konsens in der Bevölkerung über den Wert der nuklearen Teilhabe hergestellt werden – einen Konsens mit den ersten Opfern eines

eventuellen Atomwaffeneinsatzes in Europa, hätte Rühle sagen müssen. Volker Rühle hat auch im vorgerückten Alter noch immer nicht begriffen, daß für die politischen Eliten in Washington Kategorien wie Konsens, Konsultation und Mitsprache lediglich den Wert von Tranquilizern besitzen, geeignet, um Verbündete ruhigzustellen und sie gefügig machen zu können. Auch das noch von der Schröder-Fischer-Regierung beschworene Bild einer uneingeschränkten Solidarität gehört in diesen Katalog, wie die ohne Absprache mit den sogenannten Verbündeten vollzogene Flucht aus Afghanistan bewiesen hat. Das mit Sanktionen gefütterte Eingreifen in autonome wirtschaftspolitische Entscheidungen (Nordstream 2) eines Bündnispartners ist kein Ausdruck deutsch-amerikanischer Freundschaft oder gar des Rechts, mitzureden. Rühle hat wie viele seiner „Glaubensbrüder“ noch immer nicht den Satz des US-Außenministers James F. Byrnes aus dem Jahr 1949 verstanden: „Was wir tun müssen, ist, nicht die Welt für die Demokratie, sondern für die Vereinigten Staaten sicherer zu machen.“

Das Schüren von Bedrohungsängsten ist so alt wie die Bundesrepublik, ja noch wesentlich älter. Die „unsere Sicherheit“ bedrohende Gefahr muß stets aufs neue in die Köpfe der Bevölkerung gehämmert werden. Welcher in den Mainstream-Medien schreibende oder Interviews mit Politikern führende Journalist hat den Mut, die vielleicht einfachste aller Fragen zu stellen: „Klären Sie mich doch bitte auf und sagen Sie mir klipp und klar: Wer bedroht uns und unsere Sicherheit?“ Diese nie gestellte Frage und die dann folgerichtig auch ausbleibende Antwort – „Sie haben mich ja nicht danach gefragt, Herr Hauptkommissar“ – gehören zur bundesdeutschen Staatsräson. In den Zeiten des Adenauer-Regimes gab es ein Plakat mit dem Text: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau! Darum CDU“ – Wahlkampf in der Atmosphäre antikommunistischer Hysterie.

Heute, im Zeichen antirussischer Hetze, ist es die Spur der Falken in Washington, Brüssel und Berlin, die nach Moskau führt. Die

geschäftsführende Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer fand, als sie

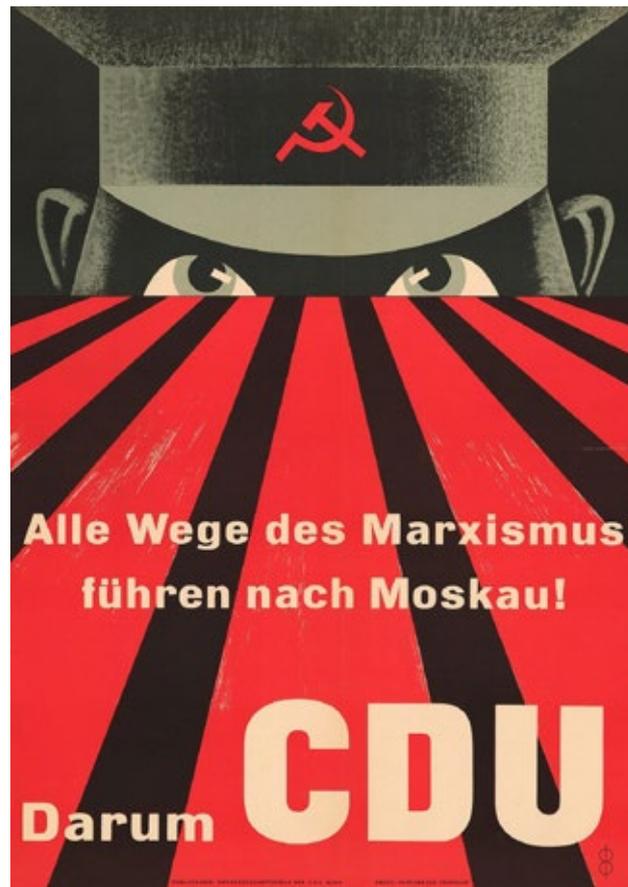
herbei, von dem schon Konrad Adenauer und Franz J. Strauß geträumt haben, daß nämlich Deutschland (damals noch die BRD) eines Tages eine eigenständige Atommacht sein wird?

Halten wir fest: Wunsch und Anspruch auf Besitz und Einsatzrecht über Atomwaffen gehören zur mit der Bedrohungslüge verknüpften DNA der Bonner und der heutigen Berliner Republik. Vorerst gibt man sich notgedrungen der Illusion einer „nuklearen Teilhabe“ hin, letztlich geht es aber um das ganze „Besteck“. Sehr wahrscheinlich erklärt das auch die Aufrüstungspläne der EU, die sich als eigenständige Militärmacht und dann auch auf Atomwaffen basierend etablieren will. Wer wie Rühle, Kamp-Karrenbauer und Co. über Atomwaffeneinsätze gegen Rußland spekuliert, kann nicht an einer „regelbasierten internationalen Ordnung“ interessiert sein. Was sich hinter dieser unermüdlich benutzten Phrase verbirgt, ist vielmehr ein sich im Sanktionsrausch befindendes Wertesystem, dessen Akteure den Anspruch erheben, ihr Menschenrechts-, Freiheits- und Demokratieverständnis für allgemeingültig zu erklären. Nicht weniger anmaßend ist der selbstgerechte Ton der entsprechenden Passagen des Koalitionsvertrags der Ampel; er „verspricht“ das eskalierende Feinbild weiterhin zu hegen und zu

pflügen und „ist ganz im Geist eines militanten Transatlantismus verfaßt“, erklärte Sevim Dagdelen. „In der Geschichte der Bundesrepublik ist sicherlich das Ausmaß der kompletten Ausrichtung auf eine Juniorpartnerschaft mit den USA seit Konrad Adenauer einmalig.“

Der Ring schließt sich: Der Kampf gegen eine nach atomarer Bewaffnung Deutschlands strebende Bundesregierung bleibt so aktuell wie eh und je. Deshalb muß zwischen der Forderung nach dem vollständigen Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland, mithin der Aufgabe der technisch-nuklearen Teilhabe einerseits und dem Ziel eines respektvollen und partnerschaftlichen Umgangs mit Rußland andererseits, ein Gleichheitszeichen gesetzt werden.

Hans Schoenefeldt



noch das Amt innehatte, dafür die folgenden Worte: „Wir müssen Rußland gegenüber sehr deutlich machen, daß wir am Ende – und das ist ja auch die Abschreckungsdoktrin – bereit sind, auch solche Mittel (sie meint Atomwaffen, H. Sch.) einzusetzen, damit es vorher abschreckend wirkt ...“ AKK wurde sofort für ihre „diplomatisch verantwortungslosen Gedankenspiele“ (Ralf Mützenich, Fraktionsvorsitzender der SPD) gerügt. Aber niemand, auch er nicht, ist über das kleine Wort „WIR“ gestolpert. War es nur eine Freudsche Fehlleistung? Sollte sie die NATO gemeint haben, hätte sie wenigstens ihren Satz in eine „Empfehlung“ einkleiden müssen, obwohl kein europäischer NATO-Staat ein Zugriffsrecht auf den berüchtigten roten Knopf besitzt. Oder denkt AKK schon weit über die „nukleare Teilhabe“ hinaus und sehnt den Tag

Kalter Krieg wird fortgesetzt

Die neue Regierungskoalition hält an der „nuklearen Teilhabe“ fest, wird bewaffnete Drohnen beschaffen, den Machtkampf gegen China verschärfen und eine Abschiebeoffensive („Rückführungsoffensive“) starten. Das geht aus dem neuen Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen hervor. Demnach wird die Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) im Kern die Außen- und Militärpolitik der scheidenden Regierung

weiterführen. Dabei steht neben der Orientierung auf das transatlantische Bündnis die Formierung der EU zu einer außen- und militärpolitisch schlagkräftigen Macht auf dem Programm. Letztere soll mit einer Straffung der Entscheidungsstrukturen und einer Reduzierung äußerer Abhängigkeiten erreicht werden; hinzu kommt der weitere militärische Ausbau der Union.

Quelle: *german-foreign-policy*, 24.11.2021

Rüstungskonversion – Das Gebot der Stunde

Die Welt, in der wir leben, strotzt vor Waffen und hochgerüsteten Armeen. Wer es sich leisten kann, unterhält Streitkräfte. Von den fast 200 Staaten dieser Erde haben nur wenige keine, u.a. Andorra, Costa Rica, Island, Liechtenstein, Mauritius, Monaco, Panama, Samoa. Ja, und der Vatikan hat seine Schweizer Garde. Die BRD gehört – nach zwei von Deutschland ausgehenden Weltkriegen (!) – heute erneut zu jenen Mächten, vor denen sich die Menschheit fürchten muß.

Auf den offiziellen Internet-Seiten des Bundesministeriums für Verteidigung (BMVg) kann man nachlesen: „Bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war keine Armee vorgesehen. Erst ab 1955 stellte sie mit der Bundeswehr eigene Streitkräfte auf.“ Die Bundeswehr (BW) sei offiziell als Verteidigungsarmee gegründet worden, d.h. zur Verteidigung des Staatsgebiets der Bundesrepublik Deutschland. Eigentlich war es aber ein von Beginn an durchgeplanter Prozeß der Remilitarisierung zur Eingliederung Westdeutschlands in die NATO. Obwohl diese Republik nie militärisch angegriffen wurde, war bzw. ist sie bis heute mit einigen tausend Soldaten vom Balkan über Zentralasien bis an das Horn von Afrika an einem breiten Spektrum von Beobachtermissionen bis hin zu Kampfeinsätzen beteiligt. Ein Ende dieses Kurses ist weder abzusehen noch geplant. Im Gegenteil. Während der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt 2017 noch 37 Mrd. € betrug, liegt er vier Jahre später fast 10 Mrd. € über diesem Wert. Die Verteidigungsausgaben werden auch unter der neuen Bundesregierung weiter anwachsen und in nicht allzu ferner Zukunft bedenkt man das „Zwei-Prozent-Ziel“ zu erreichen. Nach Berechnungen der Bundeswehr-Universität München würde das ein Rüstungsbudget von 85 Mrd. Euro für das Jahr 2030 bedeuten. In den letzten zwei Jahren mußten angesichts der Corona-Belastungen massiv Schulden aufgenommen werden. Mit Nachträgen erreichte der Bundeshaushalt

2020 statt der geplanten 362 Milliarden nun eine Summe von 508,5 Milliarden Euro. 2021 wurden weitere Kredite in Höhe von 179,8 Milliarden Euro aufgenommen, womit die Schuldenobergrenze des Grundgesetzes erheblich überschritten wird. Die angestrebten anteiligen zwei Prozent Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt sind jetzt ein noch brisanteres Ziel, was aber auch für die neue Bundesregierung kein Hindernis bei der Umsetzung darstellen wird. Die Frage, wie es unter ihrer Ägide mit dem Militär und den Rüstungsausgaben weitergeht, ist, wie zu erwarten war, beantwortet worden: Man wird die Bewaffnung von Drohnen forcieren und das Abschreckungspotential der nuklearen Teilhabe durch den Ankauf von F-18-Kampfflugzeugen verstärken. Aber nicht nur „in the air“ will man dem Feind adäquat entgegentreten, fest eingeplant ist 2023 der Baubeginn von neuen U-Booten der Klasse 212 CD gemeinsam mit NATO-Partner Norwegen. Die deutsche Marineschiffbauindustrie und ihre Zulieferer werden in den kommenden Jahren mit Aufträgen in Höhe von mehr als zehn Milliarden Euro rechnen können. Im Raum stehen Fragen: Von wem wird Deutschland bedroht? Wer sind möglicherweise die Angreifer, vor wem müssen/sollen die Deutschen Angst haben? Am neuen, alten Feindbild wird medial schon lange und stetig gearbeitet. Dem Antibolschewismus von Hitler und der Ideologie des Antikommunismus im Kalten Krieg folgte der Antirussismus von heute. In den letzten Jahren ist als weiterer Gegner China hinzugekommen. Obwohl die Allgemeinheit über die Realitäten in diesem Land wenig Kenntnis besitzt, ist das Wissen auch hier durch die einseitigen und negativen Betrachtungen in der politischen Öffentlichkeit bestimmt. Das rasante wirtschaftliche Wachstum und die steigende Bedeutung Chinas in der Weltpolitik werden medienwirksam als Bedrohung der Interessen der USA und Europas inszeniert.

Neben Bundeswehr und NATO-Beteiligung sind hierzulande auch die Rüstungsexporte ein stark bewegendes Thema. Programmatisch setzt man auf Kontrolle und fordert Verbote. Deutschland hatte 2020 (Quelle: Statista) einen Anteil am weltweiten Waffenexport von 5,5 %. Dieser scheinbar geringe Anteil macht aber die Bundesrepublik zum viertgrößten Waffenexporteur der Welt. Die USA, führend mit 37 %, gefolgt von Rußland mit 20 %. Zwischen Deutschland und Rußland lag auf Platz 3 nur noch Frankreich mit 8,2 Prozent. Chinas Exportanteil liegt bei 5,2 Prozent, es ist Großabnehmer seiner selbst erzeugten Militärgüter. Die Rüstung wird in einer kapitalistischen Ordnung als „Stütze des Wirtschaftswachstums“ für unverzichtbar erklärt. Rüstungsindustrien sind sozusagen ein integraler Teil der Gesamtwirtschaft, und die Rüstungslobby unternimmt alles, um Forderungen nach Reduzierung oder gar Stilllegung dieser Produktion mit dem Argument, daß mehrere zehntausend Arbeitsplätze und das Know-how in Forschung und Entwicklung verloren gehen würden, den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Vergessen wir nicht: Während im Osten die Sowjetarmee nach 1989/90 komplett abgezogen und die NVA aufgelöst wurde, sind US-Truppen in der Bundesrepublik heute nach wie vor in großer Zahl präsent. Unter anderem mit der Ramstein Air Base, dem Hauptquartier der United States Air Forces in Europa, welches als Schaltzentrale bei internationalen Drohnenangriffen gilt. Die heute programmatisch geforderte Rüstungskonversion ist also in diesem Zusammenhang ein unbedingt erstrebenswertes Ziel für die Schaffung einer friedlichen Welt. Die bürgerliche mediale Öffentlichkeit hüllt sich darüber in Schweigen. Doch die Notwendigkeit von weltweiter Abrüstung und der Schaffung einer breiten Friedensbewegung ist heute zur Schicksalsfrage der Menschheit geworden.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Bundesausschuß Friedensratschlag zum Koalitionsvertrag der neuen Regierung

Der Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen signalisiert, die Außen- und Militärpolitik der früheren Koalition von CDU/CSU und SPD wird im wesentlichen weitergeführt. Nach diesem Koalitionsvertrag soll die Aggression und Einkreisung Rußlands und Chinas verschärft werden. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr werden – trotz der Afghanistan-Erfahrungen – fortgesetzt. Unter der Losung „Durchsetzung der regelbasierten internationalen Ordnung“ droht die Ausweitung der Kriegseinsätze besonders in Afrika und im Osten und Südosten Europas. Die Charta der Vereinten Nationen wird weiter demoliert. Beim Thema Frieden haben SPD und Bündnis90/Die Grünen offensichtlich frühere Prinzipien über Bord geworfen. Atomwaffen werden in Deutschland weiterhin einsatzbereit gelagert, die „atomare

Teilhabe“ bleibt Teil der offensiven Kriegsführungsstrategie. Es wird keinen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag geben und auch Rüstungsexporten wird kein klarer Riegel vorgeschoben. Mit diesem Vertrag sollen die Aufrüstungspolitik und die 2-Prozent-Forderung der NATO, die weitere EU-Militarisierung und die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr realisiert werden. Die Einigung auf Anschaffung bewaffneter Drohnen ist eine friedenspolitische Katastrophe. Klimaschutz spielt beim Militär keine Rolle.

Daß nach dem Koalitionsvertrag Deutschland künftig für einen „vernetzten und inklusiven Ansatz langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationales Handeln investiert“, und „so seine Diplomatie und seine Entwicklungspolitik stärkt und seine in der

NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt“, signalisiert, daß mit allen Mitteln eine militarisierete Globalstrategie betrieben werden soll. Die Friedensbewegung fordert erneut einen wirklichen Politikwechsel:

- Abrüsten statt Aufrüsten, Frieden und Kooperation, das geht nur mit einer neuen Entspannungspolitik und internationaler Zusammenarbeit.
- Rüstungsexporte müssen verboten werden, bewaffnete Drohnen und Atomwaffen verschwinden; die Bundeswehr muß die Auslandseinsätze beenden.
- Statt Kriegspropaganda und Militarisierung fordern wir Zukunftsinvestitionen für eine internationale, gemeinsame Sicherheit

Frankfurt, den 27.11.2021

Statt Friedensbekenntnis mehr Militanz gegen Rußland und China

(...) Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung festgeschriebene „System“-Formulierung (...) ist in mancher Hinsicht eine richtige Feststellung, aber sie begründet nicht eine Politik der friedlichen Koexistenz, sondern ist (...) im Sinne einer gewollten Konfrontation zu einer der wichtigsten Leitsätze der Außenpolitik erhoben.

Das ist die Erklärung, warum im Papier kein geschlossenes Konzept für eine Friedenspolitik zu erkennen ist, das die gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten, Abrüstung und Sicherheit sowie eine friedliche Entwicklung der Völker gewährleistet. Man sollte sich schon fragen, warum es im Koalitionsvertrag von 2018 noch hieß, daß die deutsche Außenpolitik „dem Frieden verpflichtet und fest in den Vereinten Nationen und der EU verankert“ ist und warum diese Aussage im Vertrag von 2021 fehlt! Vor längerer Zeit sprach man auch von der EU als einer „Friedensunion“.

Im Programm der neuen Regierung ist eine auf Fortschritt ausgerichtete gesellschafts- und sozialpolitische Komponente, wie sie in manchen SPD-Dokumenten noch als Restposten anzutreffen ist, nicht mehr zu finden. Für die Außenpolitik gelten die wirtschaftlichen und politischen Interessen eines Deutschlands, das „immer mehr Verantwortung“ anstrebt und das bereit ist, dieses Ziel auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Da dies allein nicht zu verwirklichen ist, braucht man Verbündete, besonders die USA.

Den Anhängern der von den USA übernommenen „System“-Formel geht es nicht darum, sich auf die Grundprozesse der Entwicklung der Gesellschaft zu konzentrieren, um die Politik auf die Förderung progressiver Prozesse einzustellen, sondern um Bedingungen zu schaffen, die ihre auf Dominanz und Profit ausgerichtete Strategie rechtfertigen. Dafür wird mit der „System“-Formel eine Argumentationsgrundlage geschaffen, die es ermöglichen soll, alle „demokratischen Kräfte“ – früher hieß es „willigen“ Kräfte – gegen die „chinesische Gefahr“ und die „russische Autokratie“ mobilisieren zu können. „Im internationalen System gilt es, unsere Werte entschlossen

mit demokratischen Partnern zu verteidigen“, heißt es wörtlich. (...)

Die aktuelle SPD-Führung geht also wieder ein Stück weiter beim Aufgeben der eigenen Identitätsmerkmale und sogar beim Verzicht auf wesentliche Bestandteile der Außenpolitik von Willy Brandt. Diese Formel ist somit zugleich Ausdruck der sich vertiefenden Krise der Sozialdemokratie, die auf dem besten Wege ist, ihre eigene ideologische Legitimität und außenpolitische Relevanz weiter zu verlieren.

Die Formierung zu einer außen- und militärpolitisch schlagkräftigen militanten Macht ist die Hauptrichtung der Koalitionsregierung in den Beziehungen zu den USA und den NATO-Partnern. Ausgangspunkt dabei sei die „globale Verantwortung“ Deutschlands als „viertgrößter Volkswirtschaft der Welt“ bei der „Verteidigung unserer Werte“, wird im Vertrag betont. Das „transatlantische Bündnis“, also die Beziehungen zu den USA, sei der „zentrale Pfeiler“ und die „NATO unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit“. Damit ist der Platz der BRD in den internationalen Beziehungen eindeutig bestimmt. (...) Das läßt mehr Konfrontation als Kooperation erwarten. Und dafür sollen nicht nur die politischen und militärischen Potenziale des Staates genutzt werden. Man will auch die „zivilgesellschaftlichen Akteure stärken“, das heißt, auch illegale Mittel und nicht kontrollierbare Kräfte einsetzen und eine Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder weiter verfolgen. Zu welchen Ergebnissen das führt, kann man nicht nur am Beispiel der Ukraine, Georgiens, Moldawiens, Syriens und Afghanistans sehen, sondern ebenso an der Lage in den osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU ablesen.

Da es dabei in erster Linie um den „Systemwettbewerb mit autoritär regierten Staaten“ geht, muß eine „strategische Solidarität mit unseren demokratischen Partnern“ hergestellt bzw. gepflegt werden. Wir erleben eine Wiederkehr der Einteilung in „Gut und Böse“. Das legitimiert nicht nur wirtschaftliche Sanktionen, sondern ebenso subversive Aktivitäten und auch militärische Maßnahmen wie sie gegenwärtig im Schwarzen Meer und in Südostasien praktiziert

werden. Diese Position erklärt auch, warum Fragen der Abrüstung, des Abzugs der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa, Fragen der kollektiven Sicherheit, der Auswertung des Helsinki-Prozesses im Koalitionsvertrag und damit auch in der Außenpolitik der kommenden Jahre nicht zum außenpolitischen Aktionsfeld der BRD gehören werden.

Mit der Anschaffung bewaffneter Drohnen sowie atomwaffenfähiger Kampfflugzeuge als Ersatz für die Bundeswehr-Tornados wird die nukleare Teilhabe zementiert. Sie ist keine Sicherheitsgarantie, sondern soll die Wirkung der Abschreckungsstrategie potenzieren. Es wird aber in der Gesellschaft zu oft übersehen, daß sie auch die Möglichkeit eines Krieges zumindest offenhält.

In diesem Sinne soll auch die „strategische Souveränität der Europäischen Union“ erhöht werden, „indem wir unsere Außen-, Sicherheits-, Handels- und Entwicklungspolitik wertebasiert und als Basis gemeinsamer europäischer Interessen ausrichten“. Die Einstimmigkeitsklausel soll beseitigt und durch „qualifizierte Mehrheiten“ ersetzt werden. So will man den „Mechanismus entwickeln, um auch die kleinen Mitgliedstaaten auf diesem Wege angemessen zu beteiligen“. Im Klartext heißt das: die eigene Dominanz ausnutzen, um auf die anderen Mitgliedstaaten Druck auszuüben, damit diese eine Politik ermöglichen, die nicht ihren nationalen Interessen entspricht. Es geht darum, den Willen der Mächtigen – einschließlich und zunehmend auch ihre militärischen Ziele – ohne großen Widerstand aus dem Konzept der Union durchzusetzen. (...) Dabei richtet sich die erhöhte Militanz vor allem gegen Rußland und China. Die Losung „Mehr Fortschritt wagen“ soll von dieser Entwicklung ablenken. Frieden und Sicherheit der Völker auf der Grundlage der allgemein-demokratischen Völkerrechts, der UNO-Charta gehören nicht zu den Prioritäten der zu erwartenden deutschen Außenpolitik!

Prof. Dr. Anton Latzo

Quelle: RT DE, 1.12.2021

Redaktionell gekürzt

Zur Koalitionsvereinbarung der sogenannten Ampelkoalition erklärt die DKP:

(...) Dieser Koalitionsvertrag steht für Aggression nach innen und außen. Wer in diesem Land gesellschaftlichen Fortschritt erreichen will, für den ergeben sich mindestens vier Aufgaben:

Erstens: Es muß enthüllt und bekämpft werden, daß dieser Vertrag ein Dokument der Aggression und Einkreisung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China ist. Mit diesem Vertrag sollen die 2-Prozent-Forderung der NATO, die weitere EU-Militarisierung und die Beschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr realisiert werden. Die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die „nukleare Teilhabe“ sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr werden

Dagegen hilft nur Friedenskampf.

Zweitens: Dieser Vertrag ist unsozial. Die Abgehängten bleiben abgehängt. Der Name von Hartz IV wird kosmetisch aufgehübscht, mehr Geld gibt es nicht (...). Pflegekräfte (werden) mit einer einmaligen Bonuszahlung und Gewerkschaften mit einer Erhöhung des Mindestlohns abgespeist. Der soziale Wohnungsbau darf die Wohnungskonzerne nicht „benachteiligen“.

Dagegen hilft nur Klassenkampf.

Drittens: Dekarbonisierung, Nachhaltigkeit, Umweltschutz schlagen sich vor allem als großer Umbauprozess im Interesse des Monopolkapitals nieder. Eine tatsächliche Energie- und Verkehrswende wird noch nicht einmal angedacht.

Bezahlen sollen die Werktätigen. (...) Der Nutzen für die Umwelt wird auf der Strecke bleiben. Dagegen helfen nur Klassenkampf und antiimperialistische Solidarität.

Viertens: (...) Die Koalition will den begonnenen reaktionären Staatsumbau fortsetzen, verpackt in bunte Worte von Freiheit, Gleichstellung und Vielfalt.

Dagegen hilft nur der Kampf um unsere demokratischen Rechte. Die neue Regierung plant massive Angriffe. Der Widerstand muß sich formieren.

Essen, 25.11.2021

NATO-Aktivitäten gegen Rußland in finaler Phase

Am 15. November 2021 strahlte der Sender RT DE einen Kommentar von Anna Schafran aus, der mich zu einigen Ergänzungen veranlaßt. Die zentrale Aussage lautete: „Angesichts der militärischen Erschließung der Ukraine durch die NATO läßt Rußland den Donbass nicht alleine.“

Die Autorin stellte fest, daß die USA und die NATO die Ukraine schon lange als Sprungbrett für eine mögliche Aggression gegen Rußland betrachten. Die RAND-Corporation – eine strategische Denkfabrik der USA – hat bereits 2020 einen Bericht mit dem Titel „Rußland, die NATO und die Sicherheit am Schwarzen Meer“ veröffentlicht, in dem die Bedeutung der Schwarzmeerregion als zentraler Bereich im wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen zwischen Rußland und dem Westen herausgestellt wird. Dieser Prozeß der Russophobisierung und Banderisierung wurde durch Letzteren organisiert und reichlich finanziert. Washington und NATO erwarten jetzt und nicht irgendwann einen greifbaren Effekt ihrer Investitionen.

Ergänzung: Die ukrainische Armee (UkrA) wurde in den letzten drei Jahren mit westlichen Krediten, Waffenlieferungen sowie Ausbildern aus dem Westen auf eine Stärke von 250 000 Mann gebracht (mit annäherndem NATO-Standard), von denen man im April 2021 ca. 95 000 Mann an den von der Ukraine eingerichteten Fronten Donbass und Krim in Stellung gebracht hat. Dafür hat die Ukraine 40 % ihres Budgets aufgewendet.

Anna Schafran erklärte zweitens, daß sich die Aktivitäten gegen Rußland in der finalen Phase befinden, was durch die vielen geplanten und nicht geplanten sowie durchgeführten NATO-Übungen im Schwarzen Meer, an der Trennlinie zum Donbass und an der Grenze zur Krim zum Ausdruck kommt. USA, NATO und Ukraine sind von der Methode der neuro-linguistischen Programmierung – mit militärischen Drohungen und Sanktionen – zum Erproben der Gewaltkomponente übergegangen.

Ergänzung: Gleichzeitig mit der Bildung von Fronten im Osten und im Süden der Ukraine im April 2021 fand in der Südukraine und im Schwarzen Meer das Großmanöver „Defender 2021“ mit 20 000 Soldaten direkt aus den USA, mit über 8000 Mann aus den NATO-Staaten sowie mehreren Tausend Soldaten aus Rumänien, Bulgarien und Georgien statt. Am aggressivsten waren die Aktivitäten der UkrA im Donbass. Dabei wurden die schweren Waffen trotz Verbot wieder an die Trennlinie herangeschoben und Donezk sowie Lugansk verstärkt unter Beschuß genommen. US- und NATO-Schiffe fuhrten im Rahmen des Seemanövers „SEABREEZE“ ins Schwarze Meer ein und bedrohten aggressiv die international bestätigten Seegrenzen Rußlands rund um die Krim.

Eine dritte Aussage: Mit der militärischen Erschließung der Ukraine im Rahmen der Vorbereitung Kiews auf eine gewaltsame Konfliktlösung, dem intensiven Ausbau des

vorgesehenen Kriegsschauplatzes sowie der Ausrüstung der Ukraine mit letalen NATO-Waffen, fühlt sich Rußland ernsthaft bedroht und zwar „provokanter und lauter als alles, was man sich bisher vorstellen konnte“. Die militärischen Maßnahmen deutet nicht nur auf ein bloßes Wiederaufflammen der Kampfhandlungen im Konfliktgebiet, sondern auf einen Blitzkrieg zur Rückeroberung der „abtrünnigen Republiken“ DVR und LNR hin. Dabei plant die Ukraine den Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Waffen und negiert internationale Vereinbarungen. Auf Opfer unter der Zivilbevölkerung wird keine Rücksicht genommen.

Ergänzung: Die Situation war für Rußland dermaßen brisant und gefährlich, daß es sich entschloß, dem Westen und der Ukraine eine Lehre zu erteilen. In viereinhalb Tagen wurden zwei kriegsfähige allgemeine Armeen, eine Panzer- und eine luftkosmische Armee sowie drei Luftlandverbände direkt an die Grenzen der Ukraine disloziert. Die Schwarzmeerflotte wurde mit Schiffen der kaspischen Flotte Rußlands verstärkt. Die USA und die EU-Kommission schätzten die Stärke dieser russischen Gruppierung auf 110 000 bis 150 000 Mann ein, eingeschlossen die Milizen der um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Republiken Donezk und Lugansk. Zusätzlich wurden alle Zugänge zur Krim und zu Südrußland für gegnerische Streitkräfte gesperrt und Flugverbotszonen sowie Landsperrzonen um die Krim und den Donbass eingerichtet. Eine besondere Bedeutung bei diesen Handlungen Rußlands auf seinem Territorium erhielten die operativen Kräfte des Funkelektronischen Kampfes (FEK-Mittel), die an den Grenzen, auf Schiffen und in Flugzeugen über dem Schwarzen Meer gegen ukrainische und westliche Provokateure eingesetzt wurden. Rußlands Streitkräfte und die Milizen der DVR und der LVR haben die Provokationen des Westens und der Ukraine entschlossen bekämpft, ohne dabei die existierenden Grenzen zu überschreiten. Den NATO-Schiffen wurden ihre Waffeneinsatzmöglichkeiten durch russische FEK-Mittel genommen und durch Rammen sowie Warnschüsse eine Grenzüberschreitung nicht zugelassen. Mit FEK-Mitteln der russischen Armee wurden die Führungsmittel der UkrA außer Kraft gesetzt und Angreifer der Krimbrücke zurückgeschlagen. Nach den Protesten der Ukraine und des Westens zog Rußland nach zwei Tagen die Truppen auf eine Linie von ca. 400 km Abstand, bei Zurücklassung der Haupttechnik, zurück, um guten Willen zu zeigen. Der Führer der liberal-nationalistischen Partei Rußlands Shirinowski äußerte zu dieser Situation folgendes: „Rußland will keinen Krieg mit dem Westen und der Ukraine. Der Unterschied zwischen den verfeindeten Seiten besteht darin, daß der Westen zur Zeit, wie die verlorenen militärischen Kriege beweisen, nicht in der Lage ist, erfolgreich einen Krieg gegen Rußland zu führen, weil Rußland über modernste, kriegserprobte Waffensysteme und wirkungsbestätigende

Syrienerfahrungen verfügt und diese zur Garantie von ‚Nichtkrieg‘ einsetzen kann.“ Viertens unterstrich Anna Schafran, daß der Präsident der Ukraine Selenski das von der Ukraine umgesetzte Gewaltszenarium als einzige Möglichkeit ansieht, um sein niedriges Rating durch einen begrenzten Krieg aufzubessern, die Grenzkonflikte im eigenen Land niederzuschlagen und wieder kredit-, NATO- und EU-würdig zu werden. Mit diesem Handlungsansatz stellen die „Eliten“ in Kiew mit aktiver Unterstützung des Westens die Weichen zu einem weiteren Fiasko ihres Landes. Sie sollten nicht vergessen, daß Rußland in der Lage ist, wie die Zurückschlagung der grusinischen Aggression und aller Provokationen im Osten und Süden der Ukraine, die Vernichtung des IS in Syrien, die Friedensstiftung im Krieg zwischen Aserbaidshan und Armenien beweisen, die Ukraine wieder zur Vernunft zu bringen. Man kann davon ausgehen, daß Rußland die Millionen Landsleute und ethnische Russen in der Ukraine nicht aufgeben wird.

Ergänzung: Biden hatte verstanden und mehrere Male bei Putin um ein Treffen gebeten, was dann auch, wenngleich wenig erfolgreich, in Genf stattfand. Dabei drohten die USA Rußland mit weiteren Sanktionen, wenn Rußland sich nicht von China abwendet. Die Verlängerung des präzisierten Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Rußland und China für weitere 20 Jahre im Juli 2021 beweist, daß die ernste Beziehungskrise zwischen Washington und Moskau weiter anhält. USA und NATO haben, wie man an immer neuen Provokationen in der Region im Sommer und im Herbst 2021 sehen konnte, noch immer die unrealistische Auffassung, daß sie die militärischen Vorteile Rußlands und Chinas auf kriegswichtigen Gebieten (FEK-Technologie, Hyperschallwaffen, Luftverteidigung und Waffen für die Bekämpfung von gegnerischen Satelliten sowie bei nichtballistischen Interkontinentalraketen und Torpedotechnik) aufholen werden und damit das militärstrategische Gleichgewicht wieder zu ihren Gunsten verändern können. Das wird jedoch nicht eintreten, da Rußland und China ihre militärischen Potentiale bei ständig wachsender Wirtschaftskraft weiterentwickeln werden. Die Aktivitäten, mit welchen USA und NATO ihre durch die Niederlage in Afghanistan verlorenen geopolitischen Einflußverluste mit dem Aufbau von Stützpunkten in Mittelasien kompensieren wollen, fanden in Rußland keine Zustimmung.

Fazit: Im Kampf gegen einen immer noch vom Westen für möglich gehaltenen siegreichen Raketenkernwaffenkrieg gegen Rußland und China entwickeln sich beide Länder mit ihren Potentialen immer mehr zu Friedensgaranten und zu Partner vieler Staaten, die sich unabhängig von USA und NATO entwickeln wollen. Rußland und China benötigen bei dieser schwierigen Aufgabe die aktive Unterstützung aller Friedenskräfte.

Oberst a.D. Gerhard Giese
Strausberg

Regenerativer Drang nach Osten

Deutsche Denkfabriken, Medien und Unternehmen diskutieren verstärkt eine umfassende energiepolitische Einbindung der Ukraine im Rahmen der Berliner Energiewende. Ein von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) jüngst veröffentlichtes Strategiepapier plädiert für eine „rasche Anbindung der Ukraine an das kontinentaleuropäische Stromnetz“; dies müsse auf der „politischen Agenda“ der neuen Bundesregierung stehen. Eine solche energiepolitische Weichenstellung sei „technisch kompliziert“ und erfordere zudem „tiefgreifende Reformen“ des ukrainischen Energiesektors; zugleich müsse auch die EU „weitreichende geopolitische Entscheidungen von großer Tragweite“ treffen, um dem östlichen Nachbarstaat „klare Kriterien und Konditionen für ein gemeinsames Stromnetz“ zu bieten. (...) Die Ukraine werde damit Teil der europäischen „Strom- und Schicksalsgemeinschaft“, wie es die SWP in einem früheren Strategiepapier formulierte. Damit werde der Ukraine speziell im Rahmen der zur Zeit angestrebten Abkehr von fossilen Energieträgern eine wichtige strategische Funktion als Energielieferant zufallen. Der Stromanteil beim Energiemix soll demnach weltweit steigen; der Stromverbrauch in der EU werde bis 2050 sogar um 40 Prozent wachsen. Dies sei maßgeblich auf die klimapolitische Zielsetzung Brüssels zurückzuführen, Europa bis 2050 zu einem „klimaneutralen Kontinent“ zu machen. Daraus ergebe sich wiederum die „logische Konsequenz“, daß auch der „Nachbarschaftsraum“ der EU in deren Energietransformation eingebunden werden müsse. Deshalb werde dem Strom in der Energie- wie in der Außenpolitik eine „immer größere Rolle zukommen“. Der

Ukraine weist die SWP dabei die Stellung eines Energielieferanten zu. Die Umsetzung des Green Deal in der EU müsse mit einem massiven „Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien“ einhergehen, heißt es; doch in der EU mangle es an „günstigen Standorten“ oder an gesellschaftlicher Akzeptanz für den Ausbau entsprechender Standorte wie etwa „Onshore-Windenergieanlagen“. Exakt in diesem Kontext müsse die „Stromanbindung der Ukraine an das synchrone kontinentaleuropäische Netz“ gesehen werden.

Republik Moldau in das europäische Stromnetz integriert werden; von deren Territorium hat sich im Verlauf der Desintegration der Sowjetunion die prorussische Republik Transnistrien abgespalten. Eine Abkopplung der Ukraine vom IPS/UPS nötige Rußland und Belarus zu kostspieligen Anpassungsmaßnahmen, hält die SWP fest; was „nicht zu vernachlässigende Rückwirkungen auf die Nachbarstaaten und damit auch auf die Versorgungssicherheit und die Sicherheitslage in der EU“ haben würde. Denn die Anbindung



Brennstäbe für die Atomkraftwerke der Ukraine (hier das in Riwne) kamen bisher aus Rußland

Speziell für die von Energieimporten abhängige deutsche Wirtschaft könne das Land zu einem der „Schlüsseländer“ werden. „Wind, Sonne, Biomasse, Wasser und ausgedehnte Flächen“ seien reichlich vorhanden; die Ukraine könne als „attraktive (...) Quelle für grünen Strom und Wasserstoff“ dienen.

(...) Die EU habe darüber hinaus im Zusammenhang mit dem Green Deal 30 „kritische Rohstoffe“ identifiziert, von denen 21 in der Ukraine gefördert werden könnten. Darunter seien auch umstrittene Rohstoffe wie „Lithium, Kobalt, Titanium und Seltene Erden“. Deren Förderung verursacht regelmäßig hohe ökologische Schäden. Weiter heißt es, in vielen Zukunftsindustrien sei die Abhängigkeit der EU von einzelnen Rohstoffländern „größer als bei fossilen Energien“. Die EU wolle folglich eine „Rohstoff- und Batterie-Allianz mit Kiew schmieden“. Überdies solle die Ukraine zu einem „Wasserstofflieferanten für Europa“ umgewandelt werden; daran bestehe „großes Interesse der Bundesregierung“.

Die SWP macht aber auch substantielle „geopolitische Hürden“ aus. Die energetische Anbindung der Ukraine an die EU erfordere eine Synchronisierung des ukrainischen Stromnetzes mit dem europäischen Kontinentalnetz; das jedoch sei nur möglich, wenn sich die Ukraine „vom postsowjetischen IPS/UPS (Integrated Power System/Unified Power System) abkoppeln“ würde. Die Anbindung an die EU käme somit einer energetischen Abkopplung der Ukraine von allen anderen postsowjetischen Staaten gleich; dies wiederum berge erhebliches Konfliktpotenzial aufgrund der „eingefrorenen“ Konflikte in der Region. Tatsächlich soll neben der Ukraine mit ihrem ungelösten Konflikt im Donbass auch die

der Ukraine und Moldaus an das EU-Stromnetz erweiterbare schlicht „den Einflußraum der EU und verkleinert denjenigen Rußlands“, stellt die SWP fest. Mit Blick darauf habe Moskau jüngst gegenüber Moldau signalisiert, „eine stärkere Integration mit Europa“ werde „russische Gegenmaßnahmen zur Folge haben“. In Transnistrien, dessen Gaskraftwerk rund 80 Prozent des Strombedarfs in Moldau deckt, sind immer noch mehr als 1 000 russische Soldaten stationiert. Die Atommeiler und die Schwerindustrie der Ukraine seien überdies von russischen Nuklearbrennstäben, Gas- und Kohlelieferungen abhängig. Die SWP plädiert angesichts der „schwierigen und komplexen geopolitischen Lage“ für ein „kooperatives Herangehen der Ukraine“ an den Abkopplungsprozeß, um ihn ohne einen „neuen Energiestreit“ durchzuführen. Einige Think-Tanks sehen die Einbindung der Ukraine als Lieferant von Rohstoffen und „grüner“ Energie eher skeptisch. Demnach sei der ukrainische Energiesektor nicht nur stark monopolisiert, sondern auch veraltet, marode und besonders klimaschädlich; seine Modernisierung und der Aufbau einer entsprechenden Energieinfrastruktur, die es ermöglichte, ukrainischen Wasserstoff bis nach Deutschland zu befördern, sei ungemein teuer. Überdies benötige die Ukraine aufgrund ihrer derzeitigen industriellen Basis selbst große Mengen an Wasserstoff. Dies gelte insbesondere für die Stahlproduktion, die „als Kernindustrie des Landes mehr als zehn Prozent zum BIP beiträgt“. (...)

Quelle: *German-foreign-policy.com*, 23.11.21

Redaktionell gekürzt

Hände weg von Rußlands Grenzen Wie auch den von Weißrußland!

Irrsinn ist's, die Erdenluft
Politisch zu erhitzen
Und erst recht in NATO-Kluft,
Die Welt woll'n zu besitzen.

Feuer hat die Eigenart,
Grenzenlos zu flammen.
Immer drum als Höllenfahrt
Bleibt es zu verdammen.

Rußland, warnte Bismark schon,
Ist nicht anzugreifen!
Selbst Napoleons Aggression
Läßt die Einsicht reifen.

Heut' und hier für alle Zeiten
Braucht es den Protest:
Friede sei, für den wir streiten,
Weil nur der uns leben läßt!

E. Rasmus

Rußland führt die GUS zu einer neuen Stufe der Integration

Die Ergebnisse des GUS-Gipfels vom 15. Oktober 2021 unterstreichen die enormen Herausforderungen, die aufgrund der weiter zunehmenden internationalen und regionalen Gefahren entstehen. Diese erfordern eine weitaus engere Integration der postsowjetischen Staaten, die weit über den Rahmen der Handels-, Wirtschafts-, Kultur- und humanitären Verbindungen hinausgehen. Das Treffen reagierte auf Bedrohungen, die sich aufgrund der Lage in Afghanistan, der Corona-Pandemie, der Einmischung äußerer Kräfte in innere Angelegenheiten der GUS-Mitgliedsstaaten, der zwischenstaatlichen Konflikte und wirtschaftlicher Ungleichgewichte zuspitzen und deshalb auch ein neues Herangehen im Bereich der Migration erfordern. Schon dabei erweist sich, daß ohne Anstrengungen Rußlands nicht eine dieser Gefahren beseitigt werden kann. Das Chaos in Afghanistan bedroht den gesamten postsowjetischen Raum. Es steht außer Zweifel, daß diese Staaten ohne militärische Unterstützung durch Rußland die Terroristen nicht aufhalten können.

Gegen den Drogenhandel sind Maßnahmen zur Delegitimierung krimineller Einheiten und generell gegen die Finanzierung des Terrorismus vorgesehen. Eine konsequente Lösung ist jedoch nur durch eine grundsätzliche Veränderung der Wirtschaftslage Afghanistans möglich. Dies setzt einen aktiven Beitrag der Großmächte voraus. Das heißt, diese Frage bedarf der Erörterung im Rahmen eines erweiterten Dreiertreffens Rußlands, der USA

und Chinas. Die Flüchtlingsströme bergen die Gefahr einer humanitären Krise in ganz Mittelasien. Zu klären wäre dabei die Frage, wer die Lebensmittelhilfe an die Flüchtlinge verteilen wird, wenn nicht die Taliban? Auch hier geht die Koordinierung dieser Hilfe zu Lasten Rußlands.

Eine große gemeinsame Sorge ist die Bekämpfung der Corona-Krise. Die Gipfel-Teilnehmer vereinbarten eine Erklärung über das Zusammenwirken in diesem Bereich. Rußland nimmt diesbezüglich eine Schlüsselrolle ein, zumal das Land die Lieferung von Impfstoff an die GUS-Staaten übernommen hat. Besondere Aufmerksamkeit will Rußland dem Wirken der von den USA unterhaltenen biologischen Zentren schenken, die sich unter anderem in der Ukraine und Georgien befinden. Dies zeigt, daß die einstige Ablehnung der Integration im Rahmen der GUS nicht nur zu Souveränitätsverlusten, sondern auch zu übermäßigen Risiken für alle Nachbarn geführt hat.

Als eine ernste Bedrohung für die GUS-Staaten wurden die westlichen illegitimen Sanktionen charakterisiert. Darüber sprachen nach Lukaschenko alle Teilnehmer des Treffens, die dabei die Notwendigkeit enger politischer Verbindungen im Rahmen der GUS unterstrichen. Die Einmischung äußerer Akteure in innere Angelegenheiten, einschließlich in Wahlvorgänge, wurde scharf zurückgewiesen. Die fundamentale Rolle Rußlands als Vermittler in der Bergkarabach-Krise zwischen Armenien und Aserbaidschan

fand allgemeine Anerkennung. Rußland wirkt im Grunde im postsowjetischen Raum alternativlos als eine Art „Friedensstifter“.

Ein besonderer Stellenwert bei der weiteren Integration wird der russischen Sprache zuerkannt. Präsident Putin bezeichnet sie als vereinigende Kraft, die „unseren ... zivilisatorischen Raum verankert“ und forderte von den nach Rußland einreisenden Arbeitsmigranten, den Erwerb russischer Sprachkenntnisse. Russische Schulen wurden zunächst in Tadschikistan und danach in Usbekistan und Armenien eröffnet.

Die Praxis, das Leben selbst führt den postsowjetischen Raum zu einem neuen politischen und zivilisatorischen Zusammenwirken. Es hat sich erwiesen, daß Produktionsketten, der Handelsumsatz u. ä. nicht ausreichen, um den zunehmenden Bedrohungen standzuhalten. Es bedarf entschiedener und konsolidierter Antworten. Rußland wirkt dabei objektiv als Integrator.

Es ist das einigende Land, das über die entsprechenden Ressourcen, Instrumente und Erfahrungen verfügt, darunter auch über Erfahrungen zum Schutz seiner Souveränität und der Unabhängigkeit aller GUS-Staaten.

Die Russophobie, so wie sie vom Westen praktiziert wird, spricht eine unmißverständliche Sprache. Sie zu überwinden, mit Rußland auf Augenhöhe umzugehen, ist eine Forderung, der sich in aller Deutlichkeit auch die deutsche Außenpolitik stellen muß.

Bruno Mahlow
Berlin

AUBENAMT IN FALSCHEN HÄNDEN ZÜNDSCHNUR BRENNT AN BEIDEN ENDEN

Hampelpampel Bundesampel,
Wie wird sie regieren?
Wenn ich an Frau Baerbock denke,
Fang ich an zu frieren.

Annalenas Vorschau-Sprüche
Klangen stark nach Muß.
Rochen streng nach Ostlandküche
Und nach erstem Schuß.

Olaf Scholz wird gegenlenken,
Hofft die Friedenswelt.
Gehör wird Olaf jenen schenken,
Die an ihren Vorteil denken
Und ans Große Geld.

Lutz Jahoda



Biologische Waffen verbieten!

Am 3. November 2021 fand auf Vorschlag der Vereinigten Kommunistischen Partei Georgiens, der Sozialistischen Bewegung Kasachstans, der Sozialistischen Partei Lettlands und der Kommunistischen Partei Pakistans, eine Telekonferenz zum Thema „Die wachsende Bedrohung durch die Verbreitung und den Einsatz biologischer Waffen und die Notwendigkeit, eine internationale Bewegung für deren Verbot und die Beseitigung der Laboratorien zu schaffen“ statt. Insgesamt nahmen 18 kommunistische und Arbeiterparteien aus 16 Ländern teil.

Biologische Waffen als besondere Massenvernichtungswaffen zusammen mit nuklearen und chemischen Waffen können den Völkern enormen Schaden zufügen und zu katastrophalen Folgen führen. Alle größeren imperialistischen Länder verfügen „offen oder heimlich über Arsenale solcher Waffen und forschen an deren Entwicklung und Einsatz“, heißt es einer gemeinsamen Stellungnahme aller beteiligten Parteien. „Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, daß die Entwicklung von biologischen Waffen in vielen Ländern weitergeht. Allein auf der Grundlage von Programmen des Pentagons wurden weltweit 1495 Labors eingerichtet, die keiner Kontrolle durch die Regierungen der Länder unterliegen, in denen sie tätig sind, und deren Aktivitäten nicht transparent sind.“

Hierzu muß man wissen, daß die USA das Protokoll des internationalen Übereinkommens über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von biologischen Waffen und von Toxinwaffen sowie über das Verbot ihrer Vernichtung nie unterzeichnet haben und dementsprechende Bemühungen um eine Kontrolle der Umsetzung des Übereinkommens seither blockieren. Die USA,

die selbst in der jüngsten Vergangenheit anderen souveränen Ländern vorschrieb, wer in wie großer Zahl Waffen zu produzieren hätte, entwickeln selbst weiterhin und ohne Unterlaß neue Arten tödlicher Krankheiten. Solcherlei militärische biologische Laboratorien sind zur Zeit im Irak, in Pakistan, Jordanien, Tansania, Senegal, Sierra Leone, Südafrika, Kamerun, Uganda, Kenia, Liberia, Guinea, Birma, Malaysia, Kambodscha, den Philippinen, Laos, Georgien, Armenien, Kasachstan, der Ukraine, Aserbaidschan, Usbekistan usw. in Betrieb. Es gibt aber auch Berichte über Forschungen in Moldawien, einigen anderen osteuropäischen Ländern und Lateinamerika. Mehrere Konferenzteilnehmer wiesen darauf hin, daß allein die USA in den letzten zwei Jahrzehnten über 100 Milliarden Dollar für offensive biologische Waffen ausgegeben haben. Gleichzeitig würde der künstliche Ursprung neuer biologischer Waffen oft verschleiert und getarnt, als handele es sich um natürliche Krankheiten in bestimmten Regionen, während es Beweise für ihre Veränderung unter Laborbedingungen gibt.

In Ländern im postsowjetischen Raum und Asiens, in denen US-amerikanische Militärlabors tätig sind, wird vermehrt über atypische Krankheiten bei Mensch und Tier berichtet. Dies könnte bedeuten, daß es sehr wohl Angriffe gibt, die darauf abzielen, den Agrarsektor ganzer Länder zu untergraben. Denn der Einsatz bestimmter biologischer Waffen kann zu Nahrungsmittelknappheit führen und das Problem des Hungers, mit dem mehrere Länder sehr stark konfrontiert sind, noch verschärfen. Die teilnehmenden Parteien forderten, „alle Programme zur Entwicklung, Herstellung,

Verbreitung und zum Einsatz biologischer Waffen sofort zu stoppen und die materiellen Ressourcen für die Bedürfnisse des Kampfes gegen die Covid-19-Pandemie und mögliche Wellen anderer gefährlicher neuer Krankheiten bereitzustellen“.

Die Konferenzteilnehmer unterstrichen, daß die aktive Beteiligung der kommunistischen und Arbeiterparteien am Kampf gegen imperialistische Kriege und auch gegen die Bedrohung durch den Einsatz von biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen notwendig ist, insbesondere dann, wenn es darum geht, die Gründe für die gegenwärtigen imperialistischen Kriege anzuprangern: die Aufteilung der Rohstoffe, der Handelswege, der Märkte und der Gewinne der großen Monopole. Zugleich geht es um deren aktives Mitwirken im Rahmen der internationalen antiimperialistischen und Anti-Kriegs-Bewegung, um ihre Aktivitäten auch gegen Massenvernichtungswaffen, insbesondere biologische, zu unterstützen.

Die Stellungnahme der Konferenzteilnehmer schließt mit Forderungen nach sofortiger Schließung „der militärischen biologischen Labors und die Einstellung der Experimente in diesem Bereich“ sowie „die Durchführung internationaler Kampagnen in verschiedenen Formen gegen ausländische, NATO- und US-Militärstützpunkte zu fördern, um die Öffentlichkeit für das Problem der Entwicklung, der Lagerung und des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen, einschließlich biologischer Waffen, zu sensibilisieren“.

Quelle: ZdA, 22. November 2021

Redaktionell gekürzt

Spendensammlung „Winterhilfe Afghanistan“

Friedensinitiativen in Deutschland initiierten eine Geldsammlung für hungernde Menschen in Afghanistan. Mit ihrem Aufruf, den wir hiermit in Auszügen veröffentlichen, wenden sie sich an alle, die helfen wollen, deren Not und Leid zu lindern.

Hilfsorganisationen schlagen Alarm: Der Hunger in Afghanistan nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Afghanistan gehörte vor der NATO-Militärintervention zu den ärmsten Ländern der Erde. (...)

Die Infrastruktur ist in weiten Teilen zerstört und die Wirtschaft des Landes massiv beeinträchtigt. Ein Großteil der Bevölkerung ist von medizinischer Versorgung und Bildung ausgeschlossen. Die Landwirtschaft kann die Menschen nicht mehr ernähren, nach einer verheerenden Dürre sind große Teile der Weizenenernte ausgefallen. Flucht von Hunderttausenden, ja Millionen vor den Folgen der Klimaveränderungen und des Krieges

sind die Folge. Mittlerweile sind 18 Millionen Menschen, die Hälfte der Bevölkerung, unternährt und hungern. Die Friedensbewegung hat die Intervention der NATO in Afghanistan immer abgelehnt und dagegen protestiert. Auf einer Konferenz am 31.10.2021 haben wir eine erste Bilanz des Krieges gezogen und stellten dabei auch fest: Die Regierungen werden ihrer Verantwortung aus 20 Jahren Krieg nicht gerecht, die zur Überwindung der Not erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Wir Organisatoren der Konferenz fordern von den Regierungen Deutschlands und den NATO-Partnern, unverzüglich die zuständigen Hilfsorganisationen wie das Welternährungsprogramm und das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen mit ausreichenden Mitteln auszustatten, um die sich abzeichnende humanitäre Katastrophe abzuwenden.

Um selbst einen Beitrag zu leisten, verbinden wir unsere Forderung an die westlichen

Regierungen mit einem Aufruf zur Hilfe für notleidende Menschen in Afghanistan.

Jetzt ist humanitäre, selbstlose Hilfe ohne Auflagen notwendig. Hilfe zum Überleben.

Wir haben ein Sonderkonto Afghanistan bei der Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. eingerichtet. Unsere Hilfe geht an Organisationen, über die sie rasch und in voller Höhe Bedürftigen zugute kommt.

Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bitte unterstützen auch Sie, unterstütze auch Du uns bei der Hilfe der notleidenden Bevölkerung beim Überleben!

Spendenkonto:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.
Stichwort: Winterhilfe Afghanistan
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

*Infos und Kontakt:
www.frieden-und-zukunft.de*

Linke Lateinamerikas zwischen Erfolg und Gegenwind

Die Teilnehmer des 21. Forums von São Paulo, die sich 2015 in Mexiko-Stadt trafen, schätzten ein, daß Lateinamerika und die Karibik einen Wandel der Epoche erleben, der von zwei Tendenzen bestimmt wird. „Die eine Tendenz ist die Offensive der neoliberalen kapitalistischen Kräfte und des Imperialismus mittels der multinationalen Zusammenarbeit, vor allen mit den USA, bis hin zur militärischen Konfrontation. Die reaktionäre Hauptkraft im Innern ist die jeweilige Oligarchie, rechte Oppositionen sind ihre Handlanger. Die andere Tendenz besteht im kontinuierlichen Voranschreiten der linken und Fortschrittkräfte Lateinamerikas und der Karibik. Diese Tendenz ist noch keine hin zum Sozialismus. So erfreulich der eine oder andere Erfolg auch sein mag, Grund zur Euphorie gibt es nicht.“

Bei der Beurteilung der Lage sollten drei Faktoren beachtet werden: Erstens sitzen die Oligarchen und bürgerlichen Kräfte in allen lateinamerikanischen und karibischen Staaten, mit Ausnahme Kubas, an den Schaltebeln der Wirtschaft. Ihre Profite bunkern sie auf Bankkonten in den USA. Zweitens befinden sich außer auf Kuba, in Nicaragua und Venezuela die Streit- und Polizeikräfte nicht in den Händen der Volkskräfte. Ausgerüstet und trainiert werden sie oft von den USA, die in den meisten Ländern Militärbasen unterhalten. Loyalitätserklärungen können zu Makulatur werden, wie die Putsche 2009 in Honduras und 2019 in Bolivien bewiesen. Drittens besitzt die katholische Kirche nach wie vor großen ideologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einfluß. Hinzu kommt die wachsende Präsenz der Evangelikalen.

Dem setzen die linken und Fortschrittkräfte die Mobilisierung der Volksmassen entgegen und bauen bei allen ideologischen Unterschieden an der Einheit der Völker. Sie üben Solidarität untereinander und benötigen die internationale Solidarität. Und sie finden in der Volksrepublik China und Rußland starke Unterstützer ihrer auf Frieden, solidarische Zusammenarbeit und soziale Gerechtigkeit orientierenden Programme. Die Ausrichtung ist noch nicht bei allen linken und Fortschrittkräfte sozialistisch. Sie ist jedoch bei allen antiimperialistisch.

Ausgangs des 20. Jahrhunderts erlebten die linken und Fortschrittkräfte Lateinamerikas und der Karibik einen Aufschwung. Hugo Chávez leitete in Venezuela die Bolivarische Revolution ein. Die linke Welt reagierte euphorisch. Vom Sozialismus des 21. Jahrhunderts war die Rede. Dem linken Aufschwung folgte ein Rechtsruck. Über Wahlen und Putsche gelangten die Rechten in ehemaligen linksregierten Ländern erneut an die Regierung. Das stoppte den Fortschrittsprozeß. Die Rechten machten das, worauf Daniel Ortega auf dem 23. Forum von São Paulo im Juli 2017 in Managua aufmerksam machte: „Sie drängten uns das demokratische Mittel der Wahlen auf, um an die Regierung kommen zu können. Sind wir aber an der Regierung, wenden sie alle undemokratischen Mittel an, um uns von dort wieder zu vertreiben.“

Die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten CELAC wurde lahmgelegt. Die Regierungen von Mauricio Macri (Argentinien), Pedro Pablo Kuczynsky (Peru), Jair Bolsonaro (Brasilien), Iván Duque (Kolumbien) und weiterer Reaktionäre der Region lösten UNASUR auf und bildeten die reaktionäre Lima-Gruppe. In Venezuela und Nicaragua wurden „weiche Putsche“ inszeniert. Die Versuche mißlangen. 2019 raubten rechte Putschkräfte mit Unterstützung der OAS der MAS und Evo Morales den Wahlsieg. Die Rechten Lateinamerikas und der Karibik schafften es jedoch nicht, eine unumkehrbare konservative Welle aufzubauen. Ihre neoliberale Politik hatte schlimme Folgen. Die Coronapandemie verschärfte die Lage. Die Wirtschaft der Region sank um 7,4 Prozent. Drei Millionen Unternehmen gingen Pleite und mindestens 50 Millionen Menschen verloren ihren Arbeitsplatz. Von den mehr als 600 Millionen Lateinamerikanern und Kariben leben 200 Millionen in tiefer Armut. Nach den USA hat der Subkontinent die meisten Corona-Toten zu beklagen. Hinzu kommen die verheerenden Folgen des Klimawandels, unter denen die Region besonders stark leidet.

Die linken und Fortschrittkräfte widerstanden der rechten Offensive und formierten sich neu. Sie unterstützten die Wahl von Andrés Manuel López Obrador in Mexiko und Alberto Fernández in Argentinien. Beide betreiben eine Politik des Klassenkompromisses. Neben linken und sozialen Kräften integrieren sie auch Teile der Oligarchie, des nationalen Unternehmertums und der konservativen Rechten in ihre Regierungssysteme. Die Rechten der Region wiederholen ständig, daß Kuba, Venezuela und Nicaragua „kommunistische Diktaturen“ haben. Ihre radikalsten Sektoren schließen in diese Charakteristik sogar die Regierungen von Bolivien, Mexiko, Argentinien und Peru ein.

2021 war ein Jahr neuer Erfolgswellen und Gegenwinde für die linken und Fortschrittkräfte Lateinamerikas und der Karibik. Dem Weltimperialismus gelang es nicht, die kubanische Revolution zu erwürgen. Die Karibikinsel Barbados befreite sich vom Kolonialismus der britischen Krone und erklärte ihre Unabhängigkeit. Das peruanische Volk wählte in der Hoffnung auf einen nachhaltigen sozialen Wandel mit Pedro Castillo einen einfachen Lehrer aus dem ländlichen Raum zum Präsidenten.

Interessant waren die Ergebnisse von Wahlen, die im November vergangenen Jahres in der Region stattfanden. Weil der Sandinismus in Nicaragua gute wirtschaftliche und soziale Ergebnisse erreichte, solide Gesundheits- und Bildungssysteme aufbaute und das Land zum sichersten in Mittelamerika machte, entschied 75,9 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung am 7. November 2021, daß Comandante Daniel Ortega und die FSLN das Land weiterhin regieren. In Venezuela gewann die Vereinte Sozialistische Partei in den Regionalwahlen 20 der 23 Regionen und die Hauptstadt Caracas. Bei den Vorwahlen in Argentinien im September 2021 erlitt die

„Frente de Todos“ von Präsident Alberto Fernández eine Niederlage. Verantwortlich dafür waren die desaströse wirtschaftliche und soziale Lage, die von der Vorgängerregierung Macri verursachte hohe Verschuldung und die noch nicht überwundenen katastrophalen Folgen der Corona-Pandemie. Die Hauptwahlen am 14. November 2021 ergaben, daß die „Frente de Todos“ in der Abgeordnetenkammer stärkste Partei bleibt. Im Senat verlor sie die Mehrheit. Trotz des bescheidenen Ergebnisses blieb die von den Rechten erhoffte „Klatsche“ für Fernández aus. Nach der ersten Wahlrunde liegt in Chile der Kandidat der extremen Rechten und Sohn eines deutschen Wehrmachtoffiziers José Antonio Kast vorn. Zweiter wurde der Kandidat des progressiven Bündnisses „Apruebo Dignidad“ Gabriel Boric. Am 19. Dezember fand die Stichwahl zwischen Kast und Boric statt. In Honduras erzielte die Fortschrittsfront von Xiomara Castro, Ehefrau des durch den Putsch im Jahre 2009 gestürzten Ex-Präsidenten Manuel Zelaya, einen klaren Wahlsieg. Die Kandidaten der rechten Parteien erkannten ihren Wahlsieg an. Am 29. November begaben sich in Bolivien Tausende Menschen auf den „Marsch für das Vaterland“. Auf dem abschließenden Massenmeeting in der Hauptstadt La Paz forderten sie Respekt vor der Demokratie und der Regierung von Luis Arce. Am 1. Dezember 2021 feierte Mexikos Bevölkerung in Zócalo die Hälfte der historischen Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador. Sie eröffnete die Chance für eine Politik der Selbstbestimmung in der Region. Der frische lateinamerikanische Wind verleiht Gustavo Petro in Kolumbien sowie Ex-Präsident und Arbeiterführer Lula da Silva in Brasilien Auftrieb für die Wahlen in diesem Jahr.

Die Initiativen für die souveräne Integration der lateinamerikanischen und karibischen Staaten haben wieder Fahrt aufgenommen. Der geopolitische Wellengang Chinas und Rußlands wirkt den Hegemonieabsichten Washingtons entgegen. Die USA möchten die OAS als diplomatischen Arm erhalten. Die Forderungen nach Ersetzung der OAS durch die CELAC werden jedoch nachdrücklicher. Mercosur, das südamerikanische Marktbandnis, das seinen neoliberalen Charakter durch das Treiben Brasiliens, Paraguays und Uruguays eine Zeit lang konservieren konnte, verlor an Zugkraft. Demgegenüber konnte ALBA-TCP – das wirtschaftliche und politische Bündnis von derzeit neun Staaten – den Charakter der souveränen Alternative aufrechterhalten. Neu ist der Auftritt von RUNASUR, das indigene Pendant zum multilateralen Staatenbündnis UNASUR. RUNASUR ruft zum Aufbau eines vielnationalen Amerika auf und ermuntert zur Neugründung der Zusammenarbeit mit antiimperialistischem Charakter. Seine Protagonisten stellen sich eine Gemeinschaft ohne Teilnahme der postkolonialen transnationalen Bourgeoisie vor.

Der VI. CELAC-Gipfel im September 2021 in Mexiko war ein Erfolg des Präsidenten Andrés Manuel López Obrador und der mexikanischen Diplomatie. Nach sechsjähriger

Abstinenz trafen 32 der 34 ideologisch unterschiedlichen Mitgliedsstaaten wieder zusammen. Nur Brasilien und Mexiko fehlten. Mexiko hat zur Zeit die Präsidentschaft im UN-Sicherheitsrat inne. Am 8. November 2021 kündigte dessen Präsident an, daß er der UN-Generalversammlung einen „Welt-Plan der Brüderlichkeit und des Wohlstandes“ vorlegen will. Dessen Ziel besteht darin, den 750 Millionen Menschen, die täglich mit weniger als zwei US-Dollar leben müssen, ein würdiges Leben zu garantieren. Die linken Volksregierungen haben den Satz von Fidel Castro, daß

„die Konsumgesellschaften die Hauptverantwortlichen für die Vernichtung der Umwelt sind“, verinnerlicht. Im April 2021 starteten sie ihre Initiative „Wiedersehen mit Pachamama“. Auf dem Glasgower Klimagipfel schlossen sich Vertreter aus Lateinamerika der Forderung „Systemwandel statt Klimawandel“ an. Und wieder ist zu erwarten, daß die Gegner der linken und Fortschrittskräfte zurückschlagen werden. Von den USA finanzierte exilkubanische Contras wollten im November 2021 weltweit Demonstrationen organisieren. Unmittelbar nach dem Wahlsieg der Sandinisten

setzte die USA-Regierung das Gesetz „RENACER“ in Kraft. In Washington liegen die Regimewechsel in Nicaragua, Venezuela, Bolivien und Peru bereit. Kampf für den Frieden, erbitterter Klassenkampf, wichtige Wahlen, Konfrontation der Projekte, Corona und Klimawandel stehen auf der Agenda der linken und Fortschrittskräfte Lateinamerikas und der Karibik. Wir werden sie hören: „No Pasarán!“, „Venceremos!“, „Hasta la Victoria Siempre!“, „Trabajo y Paz!“

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Militärabkommen: Deutschland – Kolumbien

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, wurde vor kurzem ein Militärabkommen zwischen Kolumbien und der BRD unterzeichnet. Der erste dieser Art in Lateinamerika soll, wie das kolumbianische Verteidigungsministerium verlautbaren ließ, die „Rolle des Landes in der NATO fördern und die Stärkung des kolumbianischen Militärs und der Polizei als ‚globaler Partner‘ vorantreiben“.

Peter Ptassek, Botschafter der BRD in Kolumbien, sagte dazu: „Wir haben in Kolumbien einen sehr guten Partner und es ist eine Ehre, mit ihm zu kooperieren. Kolumbien ist ein hervorragender Verbündeter im Bereich der Gestaltung, Ausbildung und Kooperation in diesem Sektor.“

Das kolumbianische Militär ein „hervorragender Verbündeter“? Vorstellbar ist schon, daß die Bundeswehr einiges von diesem lernen kann. Beispielsweise in Sachen Niederschlagung friedlicher Proteste. In dieser Hinsicht hat die kolumbianische Armee enorme Erfahrungen, die es offenbar zu vermitteln gilt, zumal es – wie es gegenwärtig in Deutschland noch der Fall ist – in Kolumbien keine strikte

Trennung im Einsatz der staatlichen Gewalt nach innen und außen gibt. Das scheint für die Bundeswehr auch in Deutschland ein ganz attraktives „Betätigungsfeld“ zu sein. Einen Vorgeschmack darauf bietet die Entscheidung der neuen rot-grün-gelben Bundesregierung, an die Spitze des Corona-Krisenstabes einen General der Bundeswehr, der Erfahrung aus Einsätzen im Kosovo und in Afghanistan sowie in der Vorbereitung von Großmanövern hat, zu stellen.

Wie gehabt, bietet sich die Bundeswehr auch weiterhin als „Verteidiger deutscher Interessen“ über die eigenen Heimatgrenzen hinaus an. Beispielsweise geht es aktuell offenbar darum, Deutschlands Sicherheit auch am Orinoko zu verteidigen. Der Vertreter Venezuelas bei den Vereinten Nationen (UN) prangerte im Sicherheitsrat ein mutmaßliches Komplott der USA und Kolumbiens unter „falscher Flagge“ an und warnte, daß die kolumbianische Regierung versuche, Venezuela in den seit Jahrzehnten andauernden internen Konflikt des Landes hineinzuziehen. Tatsache ist, daß Kolumbien innerhalb einer Woche ein Militärkommando mit 14 000 Soldaten

im Grenzgebiet zu Venezuela eingerichtet hat. Diese Maßnahmen sind dazu gedacht, so die Begründung der kolumbianischen Seite, „die Sicherheit und die Kontrolle über mögliche Bedrohungen in der Grenzregion zu gewährleisten“. Denn Kolumbien fühlt sich von Venezuela bedroht, wird ernsthaft behauptet. Dabei weiß jeder, daß es genau umgekehrt ist. Kolumbien bedroht seit Jahren das Nachbarland Venezuela mit Terroranschlägen, Mord- und Entführungsversuchen. Paramilitärs von dort erklärten Venezuela offen den Krieg. Und Deutschland hat vor, sich an diesem Konflikt zu beteiligen?

Die internationale Beobachtungsmission „SOS Colombia“ hat ihren 82 Seiten umfassenden Abschlußbericht vorgelegt und bestätigt schwere Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, eine autoritäre Regierung, Diskriminierung der Protestierenden durch Massenmedien und Kriegstreiberei. Es ist zutiefst zu verurteilen, daß die BRD eine verbrecherische Regierung wie die unter Präsident Iván Duque unterstützen will.

Peter Blöd
Böbing

Solidarität mit Kuba weltweit

Ein gemeinsamer Aufschrei gegen die US-amerikanische Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade gegen Kuba ging durch hundert Städte auf der ganzen Welt, besonders in den Vereinigten Staaten und Europa.

In Boston, Los Angeles, San Francisco, Washington, New York, Chicago und Albuquerque u. a. wurden Auto- und Fahrradkarawanen, Meetings, kulturelle Treffen durchgeführt. Auch das amerikanische Projekt „Puentes de amor“ (Brücken der Liebe), das sich für Solidarität mit der Karibikinsel einsetzt, beteiligte sich und mahnte die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Havanna an.

Demonstrationen fanden in den kanadischen Städten Ottawa und Vancouver statt, aber auch in den Niederlanden, wo Gruppen der Kuba-Solidarität zu einem Präsenztreffen vor Regierungsgebäuden aufriefen, um

die Aufhebung der Sanktionen gegen Kuba zu fordern, die während der Pandemie noch verschärft worden waren.

Weitere Aktionen und Initiativen gab es in Nicaragua, Panama, Mexiko, Venezuela, Paraguay, El Salvador, in der Dominikanischen Republik, in Brasilien sowie in Trinidad und Tobago.

Europäische Aktivisten wurden aus dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Italien, Österreich, Finnland und Deutschland gemeldet. Sie nahmen an der Abschlußveranstaltung des vom ICAP seit September organisierten Tages „Wir haben ein Gedächtnis – gegen den Terrorismus und die Blockade“ teil. In diesem Zusammenhang wurde der Aufruf der Initiative „From Australia to Cuba with love“ vorgestellt, und in der Türkei forderten die Mitglieder des „José Martí Freundschaftsverbandes mit Kuba“ ein Ende der subversiven

und manipulativen Kampagne gegen die Revolution.

In Panama-Stadt fand das Nationale Solidaritätstreffen zwischen Panama und Kuba statt, das dem auf Katastrophen und schwere Epidemien spezialisierten internationalen Ärztekontingent „Henry Reeve“ gewidmet war und das dessen Nominierung für den Friedensnobelpreis 2022 unterstützte.

Bis heute waren 57 kubanische medizinische Brigaden in rund 40 Gebieten im Einsatz, darunter elf in Afrika, drei in Europa und 23 in Lateinamerika und der Karibik.

Unter dem Motto „Hände weg von Kuba“ beteiligten sich in Deutschland u. a. in Berlin, Bremen, Frankfurt/Main und Gera zahlreiche Menschen an Solidaritätskundgebungen.

Nuria Barbosa León

Quelle: internet@granma.cu, 1.11.2021

Ein „weltweiter Plan für Brüderlichkeit und Wohlstand“

Aus der Rede von Andrés Manuel López Obrador, Präsident Mexikos, vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 9. November 2021, dessen Präsident er derzeit ist

Ich spreche nicht von Sicherheit als Synonym für militärische Macht oder als Argument für die Anwendung von Gewalt gegen jemanden. Mein Ansatz beruht vielmehr auf dem, was der, laut Pablo Neruda, Titan der Freiheiten, nämlich Präsident Franklin Delano Roosevelt, bei der Gründung der UN postulierte: „das Recht auf ein Leben frei von Angst und Elend“, das nach wie vor die solideste Sicherheitsgrundlage für alle Gesellschaften und Staaten darstellt. Das Haupthindernis für die Ausübung dieses Rechts ist die Korruption in all ihren Erscheinungsformen: transnationale Mächte, Opulenz und Frivolität als Lebensweise der Eliten; das neoliberale Modell, das Verluste sozialisiert, Gewinne privatisiert und die Plünderung der natürlichen Ressourcen und des Vermögens der Völker und Nationen fördert. Es ist Korruption, wenn Gerichte diejenigen bestrafen, die nichts haben, womit sie ihre Unschuld erkaufen könnten, und mächtige Leute und große Unternehmen schützen, die den Fiskus bestehlen oder keine Steuern zahlen. Es ist Korruption, wenn diejenigen ungestraft bleiben, die illegale Gelder in Steuerparadiesen verbergen und verstecken, und es ist Korruption, wenn die Anteilseigner und Verwalter der sogenannten Geierfonds Wucher treiben, ohne auch nur ihr Ansehen zu verlieren. Es wäre Heuchelei, die Tatsache zu ignorieren, daß das Hauptproblem des Planeten die Korruption in all ihren Dimensionen ist: politisch, moralisch, wirtschaftlich, rechtlich, steuerlich und finanziell. Es wäre unsinnig zu verschweigen, daß Korruption die Hauptursache für Ungleichheit, Armut, Unzufriedenheit, Gewalt, Migration und schwere soziale Konflikte ist. Wir befinden uns im Niedergang, weil noch nie zuvor in der Weltgeschichte so viel Reichtum in so wenigen Händen durch Machtausübung, das Leiden anderer Menschen in Kauf nehmend, angehäuft wurde. Dies, indem privatisiert wurde, was allen gehört oder was keinen Besitzer haben sollte, indem Gesetze verbogen wurden, um das Unmoralische zu legalisieren, und soziale Werte sinnentstellt wurden, um das Verwerfliche als akzeptables Geschäft erscheinen zu lassen. Ein Beispiel dafür ist die Verteilung des Impfstoffs gegen Covid-19. Während private Pharmaunternehmen 94 % der Impfstoffe verkauft haben, hat der von der UNO für arme Länder geschaffene Covax-Mechanismus nur 6 % verteilt – ein schmerzlicher und durchschlagender Mißerfolg. Diese einfache Tatsache sollte uns dazu veranlassen, uns das Offensichtliche einzugestehen: In der heutigen Welt werden Großzügigkeit und Sinn für das Gemeinwohl

von Egoismus und privatem Ehrgeiz verdrängt; der Geist der Zusammenarbeit verliert gegenüber dem Profitstreben an Boden, und wir sind dabei, von der Zivilisation in die Barbarei abzugleiten, indem wir uns wie entfremdet bewegen, moralische Grundsätze vergessen und uns von den Leiden der Menschheit abwenden.



Andrés Manuel López Obrador

Wenn wir nicht in der Lage sind, diese Entwicklung durch konkrete Maßnahmen umzukehren, werden wir auch keines der anderen Probleme lösen können, unter denen die Völker der Welt leiden. (...)

Kürzlich habe ich Präsident Biden respektvoll einen neuen Weg zur Bewältigung des Migrationsphänomens aufgezeigt, ohne dabei die Notwendigkeit außer acht zu lassen, die Migrationsströme zu steuern, Chaos und Gewalt zu vermeiden und die Menschenrechte zu garantieren.

Ich schlug ihm vor, zwei Programme, die wir in Chiapas, einem mexikanischen Bundesstaat nahe der Grenze, erfolgreich durchführen, sofort in drei Partnerländern anzuwenden. Heute pflanzen wir dort auf 200 000 Hektar Nutzholz und Obstbäume an, und dieses Programm bietet 80 000 Menschen Arbeit. Ebenso arbeiten in diesem südostmexikanischen Bundesstaat 30 000 junge Menschen als Lehrlinge und erhalten einen Mindestlohn, um in Werkstätten, Unternehmen und anderen produktiven und sozialen Tätigkeiten ausgebildet zu werden. Würden diese beiden Maßnahmen in Guatemala, Honduras und El Salvador sofort umgesetzt, könnten rund 330 000 Menschen, die derzeit Gefahr laufen, aus Mangel an Arbeit abzuwandern, in ihren Ländern bleiben. Ich denke, daß diese Vorschläge von der UNO umgesetzt werden sollten, um den Problemen in den armen Ländern auf den Grund zu gehen; es ist notwendig, daß das wichtigste Gremium der internationalen Gemeinschaft aus seiner Lethargie aufwacht und aus seiner Routine, seinem Formalismus herauskommt, um sich zu reformieren und die Korruption in der Welt anzuprangern und zu bekämpfen, die Ungleichheit und die sozialen Unruhen, die auf dem Planeten grassieren, mit mehr Entschlossenheit, mehr Tiefe, mit mehr Protagonismus, mit mehr Führungswillen

zu bekämpfen. In der Geschichte dieser Organisation wurde noch nie etwas wirklich Substantielles für die Armen getan, aber es ist nie zu spät, um Gerechtigkeit zu schaffen. Heute ist es an der Zeit, gegen die Marginalisierung vorzugehen und die Ursachen und nicht nur die Folgen zu bekämpfen. In diesem Sinne wird die mexikanische Vertretung der Generalversammlung der Vereinten Nationen einen weltweiten Plan für Brüderlichkeit und Wohlstand vorschlagen. Ziel ist es, das Recht auf ein menschenwürdiges Leben für 750 Millionen Menschen zu garantieren, die mit weniger als zwei Dollar pro Tag auskommen müssen. Mexikos Vorschlag, einen weltweiten Zustand der Brüderlichkeit und des Wohlstandes zu schaffen, kann mit einem Fonds aus mindestens drei Quellen finanziert werden: ein jährlicher freiwilliger Beitrag in Höhe von 4 % des Vermögens der 1000 reichsten Menschen auf dem Planeten; ein ähnlicher Beitrag von den 1000 größten privaten Unternehmen, gemessen an ihrem Wert auf dem Weltmarkt; und eine Beteiligung von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts jedes der G-20-Mitgliedsländer. Wenn dieses Einnahmziel erreicht wird, könnte der Fonds jährlich über rund eine Billion Dollar verfügen. (...)

Die Mittel dieses Fonds sollten die Begünstigten direkt erreichen, ohne jegliche Vermittlung, denn wenn Gelder zur Unterstützung der Armen an Nichtregierungsorganisationen der Zivilgesellschaft oder andere Arten von Organisationen vergeben werden, ich möchte es nicht verallgemeinern, aber in vielen Fällen verbleiben diese Gelder in bürokratischen Apparaten, um Luxusbüros und Berater zu bezahlen, oder sie werden abgezweigt und erreichen die Begünstigten nicht. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds könnten bei der Schaffung der erforderlichen Struktur zusammenarbeiten und ab dem nächsten Jahr eine Zählung der ärmsten Menschen der Welt durchführen. Sobald die Zielbevölkerung in jedem Land definiert ist, könnte mit der Verteilung der Mittel begonnen werden, um Renten für ältere Menschen, für Kinder mit Behinderungen, Stipendien für Studenten, Unterstützung für Landwirte und junge Menschen, die als Lehrlinge in produktiven Tätigkeiten arbeiten, sowie für kostenlose Impfungen und Medikamente bereitzustellen. Ich glaube nicht, und das sage ich aufrichtig, daß eines der ständigen Mitglieder dieses Sicherheitsrates sich unserem Vorschlag widersetzen wird, denn er bezieht sich weder auf Atomwaffen noch auf militärische Invasionen, noch gefährdet er die Sicherheit irgendeines Staates; im Gegenteil, er zielt darauf ab, durch Solidarität mit denjenigen, die unsere Unterstützung am meisten brauchen, Stabilität und Frieden zu schaffen. (...)

Quelle: Zeit-Fragen, Nr. 25/26, 16. 11. 2021

Redaktionell gekürzt

Portugal braucht Lösungen

Sozialisten hoffen bei vorgezogener Parlamentswahl auf klaren Wählerauftrag

Am letzten Sonntag des Januars werden die Portugiesen zu vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments an die Urnen gerufen. Die politische Krise kam mit Ansage. Der konservative Staatschef Marcelo Rebelo de Sousa hat seine Ankündigung für den Fall einer Ablehnung der Haushaltspläne der Regierung für 2022 wahrgemacht und die Versammlung der Republik aufgelöst. Am 5. November, acht Tage, nachdem der Etat durchgefallen war, teilte er den Beschluß in einer Ansprache im Palácio de Belém in Lissabon mit. Es sei der Moment, dem Volk die Stimme zu geben, befand der Präsident, er vertraue voll auf den Patriotismus und die demokratische Gesinnung der Portugiesen. Seinen Landsleuten legte er noch nahe, für diejenigen zu stimmen, die dem Land in diesen schwierigen Zeiten möglichst schnell zu einem Etat verhelfen können. Nach Umfragen war die Mehrheit der Wählerschaft mit de Sousas Entscheidung einverstanden.

Der Staatshaushalt war mit Stimmen von links und rechts abgelehnt worden, einzig die 108 Abgeordneten der sozialdemokratischen Sozialisten (PS), die eine Minderheitsregierung mit Premierminister António Costa an der Spitze stellen, hatten mit Ja gestimmt. Einen Rücktritt hatte Costa unmittelbar ausgeschlossen und den Blick nach vorn gerichtet. Ganz ungelegen kommt den Sozialisten die Wahl außer der Reihe offensichtlich nicht. Rui Rio, Chef der rechtsliberalen PSD, der größten Oppositionspartei, hätte gern einen früheren Termin gesehen, gleich nach den Weihnachtsfeiertagen, um die Wackler der Sozialisten rasch in Stimmen für das konservative Lager umzumünzen. Rebelo de Souza, ganz um die Feiertage besorgter Landesvater, tat ihm diesen Gefallen nicht. Es ist auch so ein kurzer und eher müder Wahlkampf. Während der Weihnachtstage und zu Neujahr dringen politische Themen wenig durch, zudem beherrscht auch in Portugal das Geschehen rund um die Corona-Pandemie die vorderen Schlagzeilen.

Der Ablehnung des Haushaltsentwurfs waren Verhandlungen der PS mit dem Linksblock (BE), der Kommunistischen Partei (PCP) und den dezidiert linken Grünen (PEV) vorausgegangen, welche die Sozialisten an entscheidenden Punkten ins Leere laufen ließen. Im 203 Sitze zählenden Parlament sind sie auf die Stimmen der Parteien links von sich angewiesen. Von 2015 bis 2019 hatte die PS mit ihren Stützparteien feste politische Abmachungen getroffen. Im vergangenen Jahr war vor der Haushaltsabstimmung ebenfalls zäh gefeilscht worden. Von links wurden insbesondere mehr Mittel für das Gesundheitswesen und den Bildungsbereich durchgesetzt, ebenso eine bessere Bezahlung von Kurzarbeit und eine längere Bezugsdauer von

Arbeitslosenhilfe während der Corona-Krise. Auch dank der Stimmenthaltung der zehn kommunistischen und der zwei PEV-Abgeordneten kam der Haushalt für das laufende Jahr durch.

In dieser Runde entzündete sich der Streit an der Verwendung der milliardenschweren Corona-Hilfen der EU und an den Forderungen von Kommunisten, Linksblock und Grünen nach einer neuen Politik im Interesse der



Premierminister António Costa

„kleinen Leute“ statt kleiner Schritte. Sie verlangen eine Stärkung des öffentlichen Sektors, Investitionen, Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen, kostenlose Kitaplätze, die Anhebung der Renten und die Bekämpfung von Niedriglöhnen in allen Bereichen. Ein besonderer Dorn im Auge ist den Parteien links der PS das unter der Ägide der Troika dramatisch liberalisierte Arbeitsrecht. Sie fordern die Wiederherstellung eines wirksamen Kündigungsschutzes und die Eindämmung von befristeter und prekärer Beschäftigung. Für die Sozialisten war die Einbeziehung dieser Fragen eine unerwünschte Politisierung der Debatte über Etatposten.

Nur knapp 1 Prozent mehr Gehalt sah der sozialistische Haushalt für die öffentlich Beschäftigten vor. Für die unteren Gehaltsgruppen stellte die Ministerin für die Öffentliche Verwaltung, Alexandra Leitão, Mitte Dezember deutliche Erhöhungen als etwas in Aussicht, „das die nächste Regierung angehen muß“. Auch in Bezug auf das Tempo und die Höhe der Anhebungen beim gesetzlichen Mindestlohn kam die PS mit ihren Stützparteien nicht überein. Viele Portugiesen haben am Ende des Monats nicht mehr als diesen in der Tasche, sofern sie nicht ohnehin informell tätig sind. Von den rund 10 Millionen Einwohnern leben nach Erhebungen etwa 1,6 Millionen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze von derzeit 540 Euro monatlichem Einkommen.

An der grundsätzlichen Misere will die Regierung von António Costa nichts ändern. Die Erhöhung des Mindestlohns zum Jahresbeginn von 665 auf 705 Euro sieht die linke

Opposition als etwas bessere Kosmetik. Bis 2025 wollen die Sozialisten, sollten sie auch künftig regieren, die gesetzliche Lohnuntergrenze bis 2025 auf 850 Euro anheben. Die Zahlen sprechen für sich und weisen Portugal als ein Niedriglohnland in der EU aus.

Catarina Martins, Sprecherin des Linksblocks, kritisierte denn auch den Haushaltsentwurf als „dürftig“: Weder der Misere im öffentlichen Gesundheitswesen noch dem Kaufkraftverlust bei Löhnen und Gehältern werde damit wirksam begegnet. Costa wirft sie Arroganz vor. Die PCP prangerte die mangelnde Kompromißbereitschaft der Sozialisten und deren Schielen nach rechts an.

Nun wird sich zeigen, ob das Kalkül der PS, sich gegebenenfalls vom Wähler den Rücken stärken zu lassen, aufgeht. Sie setzt auf die Popularität des Premiers, der auch innerparteilich unangefochten ist, und könnte davon profitieren, daß sich in der Krise die Menschen hinter den Autoritäten versammeln. Trotz des Ekklats sind auch die Brücken der Sozialisten nach links nicht wirklich abgebrochen. In Umfragen liegen sie seit Monaten stabil nahe der 40-Prozent-Marke.

Die Bekämpfung der Pandemie und den Wahlkampf will Costa auseinanderhalten. Der Mitte-rechts-Block mit der PSD als größter Partei dürfte es schwer haben, das Blatt noch auf den letzten Metern zu wenden. Oppositionsführer Rui Rio mußte sich zunächst Gegnern aus den eigenen Reihen erwehren. Ende November konnte er den Parteivorsitz in einer Direktwahl der Mitglieder gegen den Europaabgeordneten Paulo Rangel nur knapp behaupten. Auch um die Listenplätze wurde zwischen den Fraktionen bis zuletzt mit harten Bandagen gekämpft. Ein Bild, das vom Wähler nicht unbedingt honoriert wird.

Ganz große Verschiebungen sind von der Parlamentswahl eher nicht zu erwarten. Die Sozialisten spekulieren immerhin auf eine absolute Mehrheit in der Versammlung der Republik. Das portugiesische Wahlrecht begünstigt die größeren Parteien. Allerdings rechnet sich auch die rechtsextreme Chega von André Ventura, derzeit ihr einziger Abgeordneter im Parlament, Chancen aus. Als Ziel gab Ventura großspurig 15 Prozent der Stimmen und den Aufstieg zur drittstärksten Kraft aus. Die Kommunisten wollen den Problemen des Landes mit Konzepten begegnen, die an der sozialen Frage, bei Arbeit und Wohnen, ansetzen. Ihre Ursache sehen sie in jahrzehntelanger rechter Politik, in der Unterwerfung des Landes unter die Interessen von EU und Großkapital. Durch die Pandemie seien strukturelle Defizite nur deutlicher zutage getreten. „Lösungen für Portugal“ überschreibt die PCP ihr Wahlprogramm.

Peter Steiniger

Klassiker des Marxismus und die Naturwissenschaften

Für die Klassiker des Marxismus bilden Gesellschaftswissenschaft und Naturwissenschaft eine Einheit. Marx, Engels und Lenin hatten höchste Achtung vor den Naturwissenschaften und versuchten, neue Erkenntnisse für die Gesellschaftswissenschaften fruchtbar zu machen, also sie philosophisch zu verallgemeinern. Engels schrieb über seinen Freund Marx: „Niemand empfand reinere Freude als er, wenn ein neuer wissenschaftlicher Fortschritt erzielt wurde, gleichgültig ob praktisch anwendbar oder nicht.“ „So hat er die Entwicklung der Entdeckungen auf dem Gebiet der Elektrizität und zuletzt noch die von Marc Deprez genau verfolgt.“ Deprez (1843–1918) gilt als Pionier bei der Übertragung von elektrischer Energie durch Überlandleitungen. Er fand heraus, daß sich Wechselstrom für die Kraftübertragung auf weite Strecken nicht eignet.

Friedrich Engels selbst verteidigte zum Beispiel Darwin gegenüber Dühring, obwohl er einräumte, daß Darwin auch einmal „einen Bock geschossen“ hatte. Aus Engels' Zeilen spricht sehr deutlich seine Ehrfurcht vor den Naturwissenschaften und den Menschen, die sie betreiben.

Heutzutage, so scheint es, ist der den Klassiker des Marxismus zueigen gewesene Respekt vor den Naturwissenschaften selbst bei sich links Wählenden oder sogar marxistisch Verorteten im Schwinden begriffen. Beispiele dafür sind bestimmte Diskussionen rund um die Themen Epidemien, Pandemien und Klimawandel.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Spezialisten für Viren sind nun einmal Virologen und Epidemiologen. Selbstverständlich können auch sie irren. Es kann auch passieren, daß sich der Einwand eines Nichtspezialisten im Nachhinein zufällig als richtig erweist. Das ist nicht die Frage. Aber sich Zweifel und Bedenken von Nichtfachleuten

anzuschließen und gar zu verbreiten, ist mehr als bedenklich. Mit einer gewissen hohen Wahrscheinlichkeit kann davon ausgegangen werden, daß Marx und Engels scharfe Worte gegenüber Corona-Leugnern und jenen, welche den Klimawandel nicht wahrhaben wollen, gefunden hätten.

Wenn die Naturwissenschaft nicht auf der Höhe der Zeit steht, hat das die unterschiedlichsten Ursachen. Im Kapitalismus sind es vor allem Profitinteressen, welche die Entwicklungsrichtung bestimmen. Das ändert aber nichts daran, daß Wissenschaftler, die sich über Jahrzehnte mit ihrem Gegenstand befassen, also zum Beispiel mit dem Virusgeschehen, allemal mehr darüber wissen, als Leute, die sie abfällig als „Laborratten“ verunglimpfen. Eine pauschale Schelte gegenüber den in der Öffentlichkeit agierenden Virologen ist daher aus meiner Sicht unangebracht. Sicherlich wäre man auf diesem Gebiet in Deutschland weiter, wenn die Institute für angewandte Virologie in Berlin-Schöneweide oder für Molekularbiologie nicht in bundesdeutscher Selbstherrlichkeit abgewickelt worden wären. Daß der bürgerliche Staat eine Pandemie für sich nutzt und versucht, in diesem Zusammenhang Demokratie- und Sozialabbau durchzusetzen und testet, inwieweit er dabei gehen kann, ist ohne Zweifel in Rechnung zu stellen. Aber ganz sicher ist es falsch zu behaupten, daß Virologen, Klimatologen etc. lediglich willfährige Diener der herrschenden Kapitalklasse seien, die nur kundtun, was den Herrschenden dienlich ist. Klimaforscher z. B. warnen seit Jahren.

Nun sind es die Jungen, die ihre Rufe erhören. Es ist zu begrüßen, daß sie sich der Gefahren der vor allem durch Menschen verursachten Klimaveränderungen immer mehr bewußt werden und sich in Protest und Widerstand organisieren. Dieser darin enthaltenen sozialen Energie darf nicht mit Geringschätzung

begegnet werden. Daß die Bewegung „Fridays for Future“ mehr als Erkenntnisse der Fachwissenschaft propagieren und transportieren würde, kann indes nicht erwartet werden. Den Aktivisten deshalb Vorwürfe zu machen oder sie als „Marionetten“ zu diskreditieren, ist unfair. Wer bei ihren Demonstrationen dabei war, konnte sehen, daß der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung und Kapitalismus von den Teilnehmern zunehmend stärker thematisiert wird. Am 24. September 2021 sah man viele Plakate mit dem Schriftzug „Klimaschutz statt Rüstung“. Meinem Enkel habe ich erklärt, daß Klimawandel ohne radikale Eingriffe in die Eigentumsverhältnisse der Industrie-, landwirtschaftliche und Rüstungsproduktion nicht möglich ist. Als ich ihm sagte, daß die USA verhindert haben, die Rüstung und das übrige Militärische ins Klimaprotokoll von Kyoto aufzunehmen, war er überrascht. Ich denke nicht, daß meine Worte auf taube Ohren gestoßen sind.

Wäre es nicht unsere Aufgabe als Marxisten, sich stärker in diese Bewegung einzubringen, als zu ihr auf Distanz zu gehen? Jedem ist es unbenommen, sich an den Demos zu beteiligen und seine Meinung mit einem Plakat kundzutun.

Am Grabe von Karl Marx würdigte Wilhelm Liebknecht den Revolutionär und Wissenschaftler mit folgenden Worten (MEW 19/338/339): „Die Wissenschaft ist die Befreierin der Menschheit. Die Naturwissenschaft befreit uns von Gott. Doch der Gott im Himmel lebt fort, auch wenn die Wissenschaft ihn getötet hat. Die Gesellschaftswissenschaft, welche Marx dem Volk erschlossen hat, tötet den Kapitalismus und mit ihm die Götzen und Herren der Erde, welche, solange sie leben, den Gott nicht sterben lassen.“

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

AGRAR-REFORM Á LA STRASBOURG

Frischer Wind aus falscher Richtung,
EU befeuert Klimakrise.
Was ist Wahrheit? Was ist Dichtung?
Traumreform auf kahler Wiese?

Von der Großprodukteleiter,
Jahrelang profitperfade,
Gab es unbedenklich heiter
Jede Menge Pestizide.

Was ist unbedenklich frischer
Nun am Kurs der EU-Verkünder?
Nichts! Die großen Wachstumsmischer
Bleiben, auch ihr ungesundes Treiben:
Neuer Name, alte Sünder!

Lutz Jahoda



„Und so werden weiterhin die meisten Fördergelder an jene Großbetriebe fließen, die jahrzehntlang nicht nur der Artenvielfalt zerstörend zusetzen, sondern auch die Nahrungsmittelsicherheit verletzen. Mittlerweile sind nur noch gut drei Prozent der globalen Ökosysteme intakt – die Klimakrise ist in vollem Gange.“

(Quelle: Titelseite junge Welt vom 24. November 2021)

Klimaprotest vor Bundestagswahl

Für den 24. September hatte „Fridays for Future“ zu Protesten gegen die Klimapolitik aufgerufen. In der Bundesrepublik gingen zwei Tage vor der Bundestagswahl an 471 Orten rund 620 000 Menschen auf die Straße. Kritik am Kapitalismus und an den Parteien, die sich zur Wahl stellten, war unübersehbar.



Dortmund

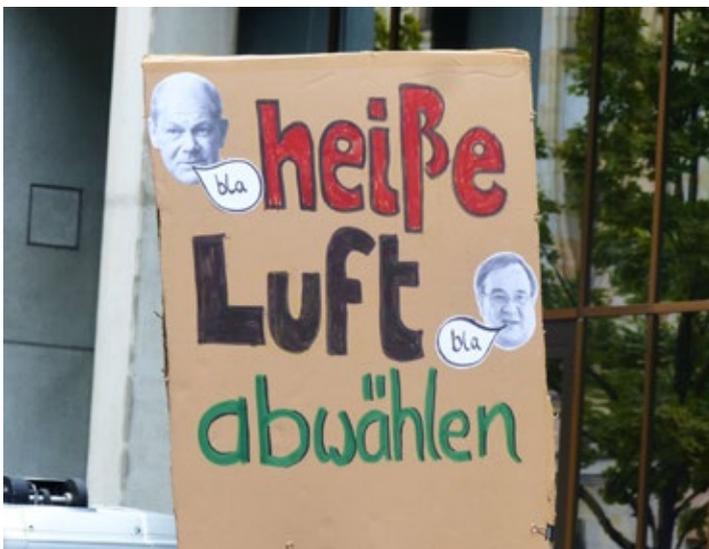
© alle Fotos r-mediabase



Aachen



Dortmund



Berlin



Berlin

Der Nazi am Frühstückstisch

Die Geschichte meines Klassenverrats

Wie viele Male dachte ich schon, ich hätte es hinter mir. Aber Texte, Filme, Radiosendungen, eine zufällige Bemerkung von irgend jemand hatten es immer wieder in Erinnerung gerufen und mich in unterschiedlicher Intensität immer wieder darauf gestoßen. Ich habe es zwar meist mehr oder minder bald hinter mir gelassen, wie etwas, das man, über Bord geworfen, noch eine Weile mit den Augen verfolgt, wie es in den Wellen zurückbleibt und irgendwann, weit weg, im Wasser versinkt. Aber es kam wieder.

Das lag natürlich daran, daß ich nicht allein auf der Welt bin. Ich erinnere besonders deutlich an eine Szene: Ich war um die fünfzehn. Wir saßen wie jeden Abend in den Ferien bei den Großeltern in Bremen im dunklen Wohnzimmer. Der Fernseher die einzige Lichtquelle. Er stand irgendwie sehr weit oben, das Bild schwarzweiß. Es war der Film von Alain Resnais „Nacht und Nebel“. Ich kannte den Namen des französischen Regisseurs damals so wenig wie den des österreichischen Komponisten Hanns Eisler, von dem die Musik ist. Der Abend kommt mir nach sechzig Jahren vor, als wäre er gestern gewesen.

Es war das erste Mal, daß ich die Bilder der Haufen nackter lebloser Menschenleiber sah, die wie schlotternder Müll von einem Bulldozer in eine Grube geschoben wurden. Dazu die Bilder anonymer Lebensketten in zu großen gestreiften Lumpen, die fremd wie Wesen von einem anderen Stern in die Kamera blickten. Ich sah den elektrischen Stacheldraht. Die Baracken mit den dreistöckigen Bettgestellen, aus denen leere Augen in viel zu großen Köpfen mit gestreiften Mützen herausahen. Vielleicht ist „verwundert“ das richtige Wort. Ich war ganz gewiß weder schockiert noch etwa empört. Ich war einfach verblüfft, ich wunderte mich, daß es so etwas gegeben hatte und daß es von dem Land, in dem ich geboren bin, ausgegangen war. Daß die Bilder mich fürs Leben erreicht haben, sagt mir der Umstand, daß ich, nach sechzig Jahren, mitten in der Nacht wach bin und daran denke. Jetzt schreibe ich darüber.

Ich habe viele Nächte und Tage an diesen Abend denken müssen. An ihm geschah etwas für mich Besonderes. Denn wie auf ein unhörbares Kommando erhoben sich mitten im Film in seltsamer Bestimmtheit die Großeltern plötzlich aus ihren Fernsehsesseln und verließen schweigend den Raum. Die zum Geschehen auf dem Bildschirm in extremem Kontrast stehende Helligkeit, die in diesem Moment durch die von ihnen geöffnete Tür aus dem Flur jäh ins Wohnzimmerdunkel brach, blendete mich und meinen Bruder fast schmerzhaft. Weg waren sie.

Am Morgen darauf am Frühstückstisch. Das Erstaunen der Großeltern kann nicht größer gewesen sein als mein Erstaunen, ja fast mein Entsetzen darüber jetzt: Warum um alles in der Welt haben wir Kinder die Großeltern damals nicht unverzüglich gefragt, was sie zum Inhalt dieses Films zu sagen und ob sie nichts von alldem mitbekommen hätten?

Wir kamen nicht einmal auf den Gedanken, sie zu fragen. Denn in den fünfzehn Jahren, die an diesem Morgen seit der Befreiung vom Alptraum des deutschen Faschismus vergangen waren, wurde in der Bundesrepublik Deutschland über die durch Deutsche verübten Weltverbrechen eisern geschwiegen. Entgegen der international verbreiteten Ansicht, die Bundesdeutschen hätten ihre Vergangenheit mustergültig aufgearbeitet, hatten die Erwachsenen meiner Jugend, konfrontiert mit ihrer Vergangenheit, sich uns Kindern gegenüber in diesen fünfzehn Jahren wortlos davon geschwiegen, die komplette Öffentlichkeit, in der wir aufwuchsen, verhielt sich so.

Wir gingen damals am Frühstückstisch problemlos zur Tagesordnung über, weil es den Propagandisten der postfaschistischen BRD in den bis dahin verstrichenen fünfzehn Jahren glänzend gelungen war, uns Nachgeborenen und der internationalen Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, Auschwitz wäre die Tat „der Nazis“ gewesen, eine seltsame Horde, die während der Weimarer Republik irgendwie über die armen Deutschen gekommen war. Es war töricht und zugleich folgerichtig und selbstverständlich, daß diese harmlosen Großeltern, mit denen wir fröhlich Mensch ärgere dich nicht, Monopoly oder Skat spielten, Osterfeier suchten und an Silvester Karpfen aßen und Blei gossen, für uns nur Unbeteiligte sein konnten. Denn die Nazis, das waren ja gleichsam Außerirdische gewesen (wir dachten damals selbstredend: „gewesen“). Was konnten die Erwachsenen mit den Raub- und Mordzügen dieser kurzgeschickelten, gestiefelten, mit rotgegründeten Hakenkreuzen und schwarzsilbernen Totenköpfen bedeckten Monster zu tun gehabt haben? Nichts. Der Großvater hatte dem Land treu als Offizier der Reichswehr, später der Wehrmacht gedient, hatte dabei den rechten Arm „verloren“. Die Großmutter, eine Fabrikantentochter der sächsischen Seifensiederindustrie aus dem späteren Karl-Marx-Stadt, sorgte fürs Gesellschaftliche, stellte das Essen auf den Tisch, kochte Kaffee, die Kekse daneben, sie hielt die Konversation am Laufen. „Der diskrete Charme der Bourgeoisie“ hatte für mich vertraute und geliebte Gesichter. Buñuels Filmtitel fühlte sich in den 70er Jahren, als wir, zu neuen Ufern aufbrechend, den Film im Kino sahen, schon wie ein Rückblick an, ein erstes Resümee. Das war es also, wozu ein distanzierteres Verhältnis zu bekommen wir im Begriff standen.

Der Charme hatte Gründe für seine Diskretion; nicht grundlos leugnet das Bürgertum bis heute hartnäckig jede Geschichtlichkeit menschlichen Wesens und Treibens. Ich erlebte diesen Charme und alles, was Buñuel mit ihm charmant umschrieb, als Teil und Betroffener der Wirklichkeit dieser Klasse. Wenn ich es recht erinnere, widmet sich Buñuel vornehmlich den seltsamen Konventionen des Bürgertums. Dinge wie Geld und Eigentum kommen nicht zentral vor. Dieser „Charme der Bourgeoisie“, den ich in den Nachkriegsjahren in Elternhaus, Schule und Öffentlichkeit erlebte, sorgte mit

dialektischer List dafür, daß ich, als ich erstmals per Zufall las, daß „die Bourgeoisie dem Familienverhältnis seinen rührend-sentimentalen Schleier abgerissen und es auf ein reines Geldverhältnis zurückgeführt“ habe, sofort anbiß. Ich wußte ja schon viel zu gut, was da gemeint war.

Im Großelternhaus ging es, zumindest äußerlich, gesittet und wohlhabend zu. Der Großvater verdiente gut, er arbeitete, so hieß es, in der Personalabteilung der Flugzeugwerke „Weserflug“ in Vegesack. Der Lebensstandard gehoben mittelständisch. Anders bei uns zu Haus. Mein Bruder und ich lebten, damals eine Seltenheit, beim von unserer Mutter getrennten Vater. Alles in beiden Familien, deren Teil ich war, hatte sich getrennt. An Weihnachten bestückten zu unserer größten Freude neben den Eltern vier Großelternpaare den Gabentisch. Mein Vater war der Erstgeborene eines schlesischen Kalk-, Dolomit- und Marmorfabrikanten, der in erster Ehe mit der nachmaligen Bremer Großmutter verheiratet war. Unser Vater mit den zwei Söhnen lebte, ein Dreimännerhaus, in einer kleinen Zweieinhalbzimmerwohnung am Rand von Eimsbüttel. Unterer Mittelstand. Mein Vater fuhr mit seinem grauen kleinen VW als Großhandelsvertreter durch die Provinz. Es ging uns gut. Aber er hat den steilen Absturz vom Kronprinzen eines sein schlesisches Dorf feudal ausbeutenden Fabrikherren zum gehobenen Klinkenputzer im Dienst eines schwedischen Büromaschinenkonzerns nie verwunden. Ein Feierabendalkoholiker. Das Liebenswerteste an ihm war, was ihm zugleich in seiner Klasse das Genick brach: Er war zu schwach für die Wölfe. Wir als seine Kinder waren den Schattenseiten seiner Schwäche ausgeliefert. Er war der Sohn der Bremer Großmutter, die mir aus ihrer Zeit als schlesische Fabrikantengattin vom spätfudalen Treiben auf den Rittergütern der Umgebung erzählt hat, auf die übers Wochenende auch die Fabrikanten geladen waren. Sie ließ mich den Zwiepsalt spüren, in dem sie lebte. Sie hatte, wie sie mir einmal erzählte, als Jugendliche abends heimlich unter der Bettdecke Fontanes „Effi Briest“ verschlungen. Erschreckend ihre Mitteilungen über die sexuelle Brutalität meines schlesischen Großvaters. Die Momente ihrer Wahrheit, deren ich als ihr Lieblingsenkel in unvergeßlich intimen Momenten teilhaftig wurde, standen in krassem Kontrast zu ihrem geradezu kadavergehorsamen Schulteranschluß mit dem Großvater, als ich erste Zweifel an der gelebten großelterlichen Ethik anmeldete. Ich hätte gern gewußt, wie die Großmutter sich den Entdeckungen gegenüber verhalten hätte, die ich Jahrzehnte nach ihrem Tod gemacht habe.

Es begann damit, daß mir irgendwann klar wurde, der großväterliche Arbeitsplatz „Weserflug“ war damals der Ort, an dem die durch ihren Einkäufer Franz Josef Strauß berüchtigten US-amerikanischen „Starfighter“-Abfangjäger für die Bundeswehr „umgerüstet“ wurden, im Klartext: Sie wurden atomwaffenfähig gemacht und fielen, weil mithin viel zu

ungelenk, in mördischer Zahl vom Himmel. Hinter vorgehaltener Hand hatte man mir in der Familie bereits den tatsächlichen Job des Großvaters in der Personalabteilung des Flugzeugwerks zugetuschelt: Er prüfte die einlaufenden Personalakten neu zu Beschäftigender, hieß: Er hielt die Weserflug „kommunistenrein“. Für so etwas bundesweit zuständig war damals Reinhard Gehlen, eine der vielen braunen Eminenzen der Adenauer-Zeit. Als bester Freund des mächtigsten CIA-Chefs Allan Dulles war dieser oberste Kommunistenjäger unter den Hitlergenerälen zum Schöpfer des Bundesnachrichtendienstes geworden. Der Dienst kümmerte sich offenbar nicht nur um die „demokratische“ Lupenreinheit „freierlicher“ Großbetriebe. Er sorgte zugleich wie aus einem Guß für die flächendeckende Existenzsicherung höherer Nazioffiziere. Mein Großvater – er arbeitete nur in den ausgesuchten lukrativen Jobs zuverlässiger Agenten der alten Zeit in einer gefaket neuen – hatte nach 1945 ausgesorgt.

Der Kontakt zu ihm brach ab, nachdem meine Großmutter an Gallenkrebs gestorben war. Unsere Wege hatten sich längst getrennt, denn zu diesem Zeitpunkt war ich, was dem immer noch bestens vernetzten Exagenten sicher schon bekannt war, seit 1972 Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei.

Die Sache ging mir nicht aus dem Sinn. Im Internet fand ich in den 2000er Jahren in einer Kartei ehemaliger Wehrmachtsoffiziere den Namen des Großvaters und die Beschreibung seiner Laufbahn. Er hatte, nachdem ihm Mutter und Vater viel zu früh verstorben waren, eine neue „Familie“ gefunden, die Freikorps. Noch nicht zwanzig, zog der 1903 Geborene mit den weißen Marodeuren gegen die Revolution zu Felde und lernte, Arbeiteraufstände niederzuschlagen. In der Reichswehr war er schnell Hauptmann, in der Wehrmacht im Afrikafeldzug Major im Generalstab Rommels. Auf dem Rückzug aus Afrika wurde ihm 1942 in Tobruk der rechte Arm weggeschossen, er wurde ausgeflogen. Ausgeheilt rückte der Einarmige ins Heerespersonalamt ein, wo er laut Karteieintrag am 15. 10. 1944 Chef der Abteilung P 7 wurde. In Jürgen Försters „Die Wehrmacht im NS-Staat“ (2007) stieß ich in einer Fußnote auf Genaueres. Dort fand sich die doch recht erstaunliche Tatsache, daß die „erste Sofortmaßnahme“ meines Großvaters als P-7-Abteilungschef darin bestand, dem SS-Führer Heinrich Himmler einen „Personalsachbearbeiter als persönlichen Ordonnanzoffizier“ zuzuteilen. Mir stockte, selbst noch 2014, als ich diese Entdeckung machte, der Atem.

Dieser Mensch hatte sich uns gegenüber als stets zu Scherzen aufgelegter Biedermann dargestellt. Was es mit der „Nationalzeitung“ auf sich hatte, deren Abonnent er war, wußte ich damals noch nicht. Auch die Familienreise ins niederländische Apeldoorn, zum Schloß des dort seine Exilmillionen weglitern den letzten deutschen Kaisers, erschien mir unverdächtig. Die Bundeswehr beförderte den Einarminen – bei der Nazi-Wehrmacht war er als Oberstleutnant ausgeschieden – zum Oberst der Reserve. Für die jungen Leutnants der bei Bremen stationierten Panzertruppen, die sich bei uns die Klinke in die Hand gaben, war er Held, Ratgeber und Vorbild.

Eine launige Großvatererinnerung, die mir einfällt, betrifft eine seiner Redewendungen beim Skat: War sein Blatt so gut, daß er zum entsprechenden Zeitpunkt mit allen Karten oben auf, also aller Stiche sicher war und damit der Gewinner, legte er seine Karten auf den Tisch und sagte in trockenem Freikorps-Deutsch: „Die Gewehre aufs Rathaus!“ Wir haben ihn auch nie nach der Herkunft dieser Formulierung gefragt.

Was waren das für Menschen, unter denen ich aufwuchs? In der Rückschau: Gespenster. Denn sie führten ein Doppelleben. Auch vor sich selbst. Neben dem von Buñuel gestalteten diskreten Charme hat Hannah Arendt in der Beobachtung des Jerusalemer Eichmann-Prozesses ein weiteres Charakteristikum der Bourgeoisie ins Licht gerückt, das ich in meiner Familie live erlebte: die Banalität des Bösen. Mein Großvater liebte Eisbein mit Erbsenpüree. Er machte jährlich die traditionellen Kohl- und Pinkel-Fahrten der Bremer mit; musikalisch etwas einseitig, sammelte er internationale Marschmusikschallplatten; die Kultur war für ihn eher Damensache. Und dann kam in den 1960er Jahren einmal eine Postkarte aus Südafrika. Auf den Erzfrachtern der Firma Krupp konnten Firmenangehörige – der Großvater arbeitete damals für Krupp – kostenlos in aller Welt herumschippern, den Großvater zog es ans Kap der Guten Hoffnung. Auf diese Postkarte hatte er in seiner krakelig steilen Handschrift mit Kugelschreiber die Worte gesetzt: „Hier ist die Welt noch in Ordnung.“ Wörtlich. Es hat sich mir, als ich lernte, wer Nelson Mandela war, eingebrannt. Konnte er davon ausgehen, daß wir nicht wußten, was in Südafrika zu der Zeit vorging? Er konnte. „Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“, sagt Goya. Ich wuchs unter Ungeheuern auf, ich frühstückte und würfelte mit Monstern.

Wenn die 68er, zu denen ich mich freudig zähle, bis heute angefeindet und schlechtgeredet werden soweit sie nicht Außenminister geworden sind, dann im Kern dafür, daß sie den Schleier über den Menschheitsverbrechen des Hitlerfaschismus weggerissen und Frischluft hereingelassen haben in den erstickenen Mief der Bundesrepublik zur Zeit des Adenauer-Regimes. Zur „Toleranz und Offenheit“, mit der sich aggressivste Teile des bundesdeutschen Bürgertums noch heute vor der Welt schmücken, haben unter Polizeiknüppeln – für Benno Ohnesorg auch unter Polizeikugeln – mit unserem spontanen Überraschungsangriff aufs Schweigen wir 68er sie geradezu zwingen müssen. Dann erkannten sie, daß sich auch daran, wenn man es nur richtig einfädelt, gut verdienen ließ: die Jugendkultur entstand. Der Großvater hatte, was mir erst später klar wurde, auch während meiner Bundeswehrzeit stets die Hand über mir. Als Soldat verhielt ich mich erstmals nicht wirklich familiengerecht. Ich war ein etwas schläfriger Wachsoldat, ich konnte den Mund nicht halten. Einmal fuhr ich sogar einen Kameraden, der es nicht mehr aushielt, eines so wolken- wie dienstfreien Sonntags mit meinem DKW Junior nach Holland, von wo er nach Israel zu gehen gedachte. Beihilfe zur Fahnenflucht. Der MAD verhörte mich. Zur Sicherheit haben sie gewußt, wo ich war. Aber mir geschah nichts. Nur als wir nach drei Monaten von der Grund- zur

Vollausbildung übergangen, kam ich zur Strafe für so viel Unbotmäßigkeit nicht in den für gymnasiale Zeitsoldaten obligatorischen Kompaniezug für die Reserveoffiziersanwärter (ich hatte mich familienwunschgemäß für zwei Jahre verpflichtet). Ich kam in einen der nur aus Wehrpflichtigen bestehenden drei „Kampfzüge“.

Da ich in der Bundeswehr bei den Pionieren war, geschah damit etwas für mein Leben nicht Unwichtiges: Ganz gegen die Absichten derer, die mich „zum Bund“ geschickt hatten, kam ich als Bürgersohn erstmals in meinem Leben auf diese Weise in engen Kontakt mit der Arbeiterklasse. Denn die Kampfzüge bestanden aus Handwerkern, Hafenarbeitern, Maschinenschlossern. Ihr Ethos, sie hätten das Wort nicht gekannt, faszinierte mich. Ich lernte von ihnen, und sie – es bedeutete mir unendlich viel – mochten mich, noch nie fühlte ich mich auf diese Weise gemocht, sie nahmen mir den ewig schwatzenden Spinner, der ich war, nicht weiter krumm. Ich lernte ein für mich neues Gemeinschaftsgefühl kennen, ich wurde Kompaniesprecher, schrieb für die Kameraden Dienstbeschwerden und trank mit ihnen Aquavit bis fast zum Dienstbeginn.

Am Ende der drei Monate Vollausbildung in der Kampfkompanie wurde ich zum Kompaniechef befohlen. Mit „hartem Hut“. Der Stahlhelm auf dem Kopf, wenn man zum Chef mußte, bedeutete für uns damals die Alternative: Beförderung oder Knast. Aber es war etwas anderes. Ein in meinem Leben entscheidender Moment. Wieder hatte mit Sicherheit mein Großvater die Hand im Spiel. Ich hätte die Flinte zu früh ins Korn geworfen, sagte der Kompaniechef. Ich wäre zwar undiszipliniert gewesen, aber auch einsatzfreudig und kurzum – ich solle meine Sachen packen und in den Block der Reserveoffiziersanwärter umziehen. Am nächsten Tag ginge es ab nach München zum Fahnenjunker-Lehrgang. Schwamm drüber, wir sind ja gar nicht so. Er lächelte gnädig. Ich weiß bis heute nicht, woher ich das Motiv und die Sicherheit nahm, in diesem Moment genau zu wissen, was ich ihm antworten wollte. Dort, wo ich jetzt bin, sagte ich, gefällt es mir gut. Er wurde bleich. Es war mein erster Schritt vom Wege.

Das hätte der Großvater wohl nicht gedacht! Er war machtlos. Ich hatte eine Weile die Gewohnheit, an passenden Stellen zu verkünden, das sei das Beste, was ich in meinem Leben gemacht habe – meine Klasse zu verraten. Aber außer, daß das vielleicht ein wenig dramatisch und pathetisch klingt, ist es vielleicht auch nicht ganz richtig. Ich habe meine Klasse nicht verraten. Ich habe im Bemühen, dabei zu helfen, ihre großen Ideen endlich zu verwirklichen, nur die Reihen gewechselt. Ich schloß mich jenen an, die heute global und durchaus machtvoll und hochproduktiv für das Eintreten, was die Bourgeoisie, als sie noch revolutionär war, Liberté, Egalité, Fraternité nannte. Das ist es. Und was meinen Großvater angeht: Er hat die Höchststrafe bekommen. Sein Enkel ist seit 49 Jahren Kommunist.

Stefan Siegert

(Mit freundlicher Genehmigung des Autors aus „junge Welt“, 15./16. Mai 2021; Siegert ist Autor und Zeichner und lebt in Hamburg.)

Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede Ekkehard Lieberams auf der Jahreskonferenz der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke am 30. Oktober 2021

Der versteckte Sozialismus

Die Lage nach den Bundestagswahlen ist aus verschiedenen Gründen für uns ernst: Die Linke ist eine andere Partei geworden. Die Linken in der Linkspartei müssen sich eindringlich fragen lassen, was für eine Zukunft sie noch haben. Als systemoppositionelle Kraft hat sich die Partei weitgehend verabschiedet. Als Bundestagspartei hat sie kaum noch eine Perspektive. Diese Doppelkrise ist so sowohl eine Krise ihrer veränderten Existenzweise als auch ihrer Existenz als Bundestagspartei. Sie resultiert nicht primär aus Schwächen ihrer Führung, sondern hat strukturelle Gründe. Sie tritt vor allem in Erscheinung als Kluft zwischen den programmatischen Grundsätzen ihres Erfurter Programms von 2011 und ihrer tatsächlichen Politik.

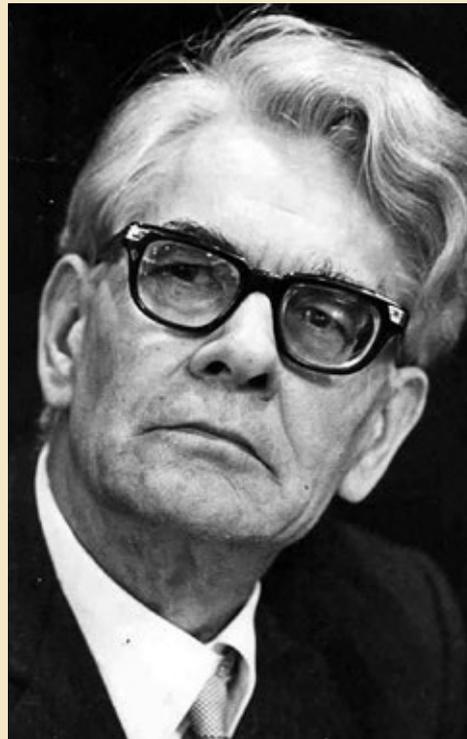
Wir befinden uns im übrigen inmitten einer absurden Situation: Diejenigen, die die Niederlage bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 zu verantworten haben, blockieren die Debatte über deren Ursachen. Und es gibt in der Partei nur sehr wenig Protest gegen diese – sagen wir es im Klartext – Dreistigkeit.

Vermeintlicher Neustart

Angesagt ist nach der ersten Fraktionssitzung in Berlin und der Klausurtagung der Fraktion in Leipzig am 27. und 28. Oktober 2021 personelle und inhaltliche Kontinuität. Dietmar Bartsch und Amira Mohamed Ali sind als Vorsitzende der Bundestagsfraktion wiedergewählt worden. Stellvertreter sind nunmehr Susanne Fersch, Gesine Löttsch, Nicole Gohlke und Ali Al-Dailami. Damit wird das „Hufeisenbündnis“ von „Reformern“ und Anhängern von Sahra Wagenknecht fortgesetzt. Inhaltlich nannte Dietmar Bartsch auf der Klausurtagung in Leipzig fünf Schwerpunkte für die zukünftige politische Arbeit: soziale Sicherheit, Steuergerechtigkeit, wirksame Klimapolitik, Alltagsprobleme und konsequente Friedenspolitik. Das ist nicht falsch, aber unbestimmt und dunkel, weil in keiner Weise verbunden mit gesellschaftsstrategischen Überlegungen und der Kritik der politischen Defizite der letzten Monate und Jahre in diesen Politikbereichen.

Die Führungsspitze der Linkspartei hat die Wahlen verweigert, aber schuldig an der Niederlage sind nach ihrem Verständnis weder sie selbst noch ihre Wahlstrategie der Orientierung auf „Rot-Rot-Grün“. Die Führung der Partei handelt nach der Devise: Wir machen weiter so, bleiben bei dem Kuschelkurs mit SPD und Grünen,

harmonisieren die Kommunikation zwischen Parteivorstand und Fraktion, geben „Nörglern und Meckerern“ keinen Raum und nennen das Ganze „Neustart“.



Wolfgang Abendroth (1906-1985)

Wie 2002, aber doch anders

Es gibt viel Ähnlichkeit zur Niederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002. Aber die aktuelle Krise ist noch auswegloser. Die PDS erhielt damals 4,0 Prozent der Stimmen. Ihr Wahlkampfleiter Dietmar Bartsch hatte sich im Wahlkampf für die Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler ausgesprochen. Die Partei zog mit nur zwei Direktmandaten in den Bundestag ein. Ihre führenden Politiker lehnten damals jede Schuld für dieses Desaster ab.

Aber grundlegende Unterschiede sind nicht zu übersehen. Eine günstige Ausnahmesituation in der linken Parteiengeschichte stoppte damals den Anpassungstrend. Die PDS-Führung selbst war gespalten. Ihr offensiv auf Regierungsbeteiligung setzender Teil geriet in die Defensive. Dessen Versuch, Roland Claus gegen Gabriele Zimmer auf dem Geraer Parteitag im Oktober 2002 zum Vorsitzenden zu machen, scheiterte. Es entstand spontan eine breite Protestbewegung in der Partei, die den Verantwortlichen für

die Niederlage die Leviten las. Auf dem Parteitag benannte die mit 70 Prozent gegen Roland Claus (30 Prozent) wiedergewählte Gabriele Zimmer das damalige (und heutige) Grundproblem der Krise: „Eine zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland brauchen wir nicht.“

Profilierte Genossinnen und Genossen mit marxistischem Hintergrund in der Bundestagsfraktion (Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf), aber auch unter den mittleren Funktionsträgern traten dem Anpassungskurs in der Partei entschieden entgegen. Teile der Mitgliederbasis und eine damals noch vorhandene postsozialistische Subkultur vor allem im Osten (etwa zwei Millionen Menschen) signalisierten ihren Unmut. Entscheidend aber war: Die zwei Jahre später aufkommende breite soziale Bewegung gegen die Agenda 2010 und Hartz IV führte über die Bildung der linken Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) im Juni 2007 und deren spätere Vereinigung mit der PDS zu einer neuen Partei mit deutlich sozialistischem und systemoppositionellem Profil. Die neuentstandene Partei Die Linke gab sich Ende 2011 mit dem Erfurter Programm eine Handlungsorientierung, die unter anderem mit der Einschätzung des Klassencharakters der Gesellschaft, mit der Orientierung auf die Veränderung der Macht- und Eigentumsverhältnisse und auf den Umbruch der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse als wichtigstem strategischen Weg zu einem politischen Richtungswechsel bedeutsame marxistische Grundsätze enthielt.

Geschichtsvergessen

Diesmal erfolgte (zumindest bisher) keine ernsthafte Debatte innerhalb der Partei: weder über die gesellschaftsstrategische Fehlorientierung noch über die zahlreichen Fehler während des Wahlkampfs. Es gab auch keine allgemeine Empörung über das inhaltliche und personelle „Weiter so“ der Führungsspitze. Die Verantwortlichen für die Niederlage haben diesmal das Heft fest in der Hand. Ihre Hegemonie wackelt nicht. (...)

Es dominiert die herrschende Vorstellung von einer „gestaltenden Demokratie“. Danach ist Staatspolitik eine Willensfrage: das Resultat von „Schnittmengen“ und Übereinkünften. Eine Kapitalherrschaft gibt es ebensowenig wie „Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und deshalb kaum unterscheidbar sind“. Die politischen Zustände können aus der neuen Sicht, die die

Erkenntnisse des Erfurter Programms unbeachtet läßt, weder begriffen noch verändert werden.

Geschlossenheit statt Kritik

(...) Die beiden Parteivorsitzenden und der Parteivorstand haben zur Niederlage und deren Ursachen mehrfach Stellung genommen. Dabei ist ein Verharren in Allgemeinplätzen nicht zu übersehen. Im Mitgliederbrief der Vorsitzenden von Anfang Oktober wird gesagt: „Wir haben zu wenig überzeugen können, daß der bessere Weg mit den Linken zu gehen wäre.“ Früher hieß das, wir haben zu wenig „agitiert“. In den Beschlüssen des Parteivorstandes vom 3. und vom 24. Oktober ist davon die Rede, „uns grundlegende Fragen zu stellen“ und eine „Neuaufstellung“ vorzunehmen. Bei näherem Hinsehen geht es dann aber vor allem um eine engere und bessere Abstimmung „zwischen Parteivorstand und Fraktion“ sowie „innerhalb der Bundestagsfraktion“.

Susanne Hennig-Wellsow bleibt bei ihrer im Wahlkampf eingenommenen Haltung, daß die Orientierung aufs Mitregieren mit SPD und Grünen korrekt war. Die Partei habe die „richtige Frage, nämlich die soziale, in den Mittelpunkt unseres Wahlkampfes gestellt“. Im übrigen gebe es Menschen in der Partei, „die im Ton überziehen“. Aufklärung sei notwendig, aber es „kommt darauf an, sie fair zu führen“, eben „nicht in der Konfrontation, sondern im zugewandten Streit“. Der Pelz soll gewaschen werden, aber naß werden darf er nicht.

(...)

Ursachendebatte von links

Solide ist der „Wahnachbericht“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung von Horst Kahrs. Die Partei habe, so Kahrs, „kein strategisches Ziel und kein Selbstverständnis entwickelt“. Die nicht zu übersehenden „wahltaktischen Schwächen“ seien „nur die Folge tiefergehender Probleme und anhaltender strategischer Schwächen“ gewesen.

Analysen und Schlußfolgerungen des Ältestenrates und von linken Zusammenschlüssen gehen in die gleiche Richtung. Sie finden allerdings bisher überwiegend außerhalb der offiziellen Parteidebatte statt. Der Ältestenrat hatte sich schon Ende 2019 im

Zusammenhang mit der damals angelauten Strategiedebatte dahingehend geäußert, daß Mitglieder und Wähler „eine fortlaufende Anpassung an und Teilhabe in politischen Herrschaftsstrukturen“ wahrnahmen und beklagten. Am 2. November 2021 bat Hans Modrow den Parteivorstand um Prüfung, ob er weiter in seiner Funktion gefragt sei. Er begründete das damit, daß es seitens der Parteiführung auf die Hinweise zur Strategie und zur Parteientwicklung „kein konstruktiv-kritisches Handeln“ gegeben habe.

Nach der Erklärung des Marxistischen Forums vom 7. Oktober 2021 ist die Hauptursache der Niederlage der Umstand, daß die Partei nicht mehr glaubhaft daherkomme „als die Partei, die die Sorgen der Arbeiterinnen und Arbeiter und sozial Benachteiligten ernst nimmt“. Ähnlich sah das Sahra Wagenknecht am Wahlabend, als sie davon sprach, „daß sich die Linke immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie eigentlich gegründet wurde“, nämlich als „Interessenvertreterin“ von Lohnabhängigen und Rentnern. Der drastische Rückgang der Stimmen von Arbeitern, Angestellten und auch von gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeitern bestätigt diese Einschätzung. (...)

In der Integrationsfalle

Die allgemeine Ursache für das Ende des systemoppositionellen Charakters der Partei Die Linke liegt, wie Wolfgang Abendroth schon vor mehr als 40 Jahren in Zusammenhang mit der frühen Geschichte der SPD nachgewiesen hat, in der Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Gerade bei erfolgreichen Parteien führt diese heute innerhalb weniger Jahre zu einer anwachsenden Sozialschicht mit eigenen Interessen in einer linken Partei, die sich von den Interessen der Lohnarbeiter deutlich unterscheiden.

Die öffentlichen Zuwendungen an Parlamentsparteien verbinden sich mit vielfältigen Möglichkeiten der Ämterpatronage im Parteienstaat. Gelder der staatlichen Politikfinanzierung in Form von Diäten, Fraktionsgeldern, staatlicher Parteienfinanzierung und finanzieller Mittel für die Parteienstiftung summierten sich 2019 bei der Linkspartei auf Bundesebene auf deutlich mehr als 100 Millionen Euro. Mehrere tausend Parteiarbeiter, Abgeordnete, deren Mitarbeiter, Fraktions-, Stiftungs- und Regierungsangestellte sowie politische Beamte insgesamt leben inzwischen von der Partei, erweisen sich als „Träger der Integrationsideologie“ (Abendroth) und verändern die Existenzweise der Partei.

Keineswegs automatisch, aber doch als Trend tendiert eine systemoppositionelle Partei alsbald dazu, sukzessive zu einer systemkonformen Staatspartei zu werden. Bei der PDS hat das etwa zehn Jahre gedauert, bei der Partei Die Linke ebenso lang. Abgeordnete der Partei „erkranken“ am parlamentarischen Kretinismus. Die Partei gibt das Primat des außerparlamentarischen Kampfes auf und strebt statt dessen auf allen Ebenen nach Regierungsbeteiligung. Sie öffnet das Tor für entsprechende

Ideologien der „Mitgestaltung“ mittels Regieren. Einzelne ihrer politischen Führer grenzen sich von dem „Despoten“ Wladimir Putin ab, reden von „unseren Soldaten“ in der Bundeswehr, beginnen sich mit den „Menschenrechtlern“ in Moskau, Havanna und Hongkong zu solidarisieren. Immer mehr begibt sich die Partei in die Integrationsfalle.

Die Wandlung hin zur Regierungspartei im Wartestand auch im Bund ist der letzte Akt dieses Wandlungsprozesses. Das Andienen bei SPD und Grünen im Wahlkampf und Abstriche bei der Opposition im Parlamentsbetrieb (gegen das Kriegsbündnis NATO, gegenüber Forderungen nach Enteignung der „Miethaie“, bei der Übernahme des offiziellen Politik- und Demokratiebegriffs und der Distanzierung vom „Unrechtsstaat DDR“) sind Erscheinungsformen der sich an die Herrschaftsstrukturen anpassenden Existenzweise der Partei.

Es ist richtig, die konkreten „wahlstrategischen Fehler“ bei der Diskussion um die Ursachen der Niederlage zu nennen. Alexander Neu sprach zurecht davon, daß die Partei im Wahlkampf „Positionen zur Disposition gestellt habe, bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen ist“. Diese und andere wahlstrategische Fehler aber sind eben nur die Erscheinungsformen tiefergehender Veränderungen. Wir müssen sie als Konsequenz der Abkehr von der gesellschaftsstrategischen Orientierung des Erfurter Programms erkennen. In der gesellschaftsstrategischen Debatte der Linken im Jahre 2020 merkte Friedrich Wolff an: „Aber sind wir noch eine sozialistische Partei? Nach unserem Programm sind wir das, unserer Tagespolitik merkt man es jedoch nicht an. Das ist unser Problem. Der Wähler erkennt unseren sozialistischen Charakter nicht mehr. Wir haben ihn versteckt. Das führt auf die Dauer zu unserem Untergang.“

Kein Grund für Optimismus

Aus dieser Sicht wird deutlich, daß der nach dem 26. September eingeschlagene Weg zur „Geschlossenheit“ der Partei keine Rettung bringen kann. Eine Rückkehr zu einer Partei, die mit dem strategischen Anspruch der Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse die Interessen der Lohnarbeiter vertritt und in Opposition nicht nur zur jeweiligen Bundesregierung, sondern zum kapitalistischen Gesellschaftssystem steht, ist so nicht möglich. Es muß alles dafür getan werden, daß Die Linke sich mit ihren Möglichkeiten als Bundestagspartei in den kommenden sozialen Kämpfen, in den Bündnissen gegen eine ökologische Katastrophe und in der Friedensbewegung gegen den Kollisionskurs der USA gegenüber China und der Russischen Föderation engagiert. Aber in dieser Hinsicht optimistisch zu sein, fällt schwer.

Prof. Dr. Ekkehard Lieberam
Leipzig

Aus: *junge Welt* vom 22.11.2021

Redaktionell gekürzt

Wir gratulieren

Heinz Seemann

zu seinem 75. Geburtstag am 14. Januar. Im Zusammenwirken mit anderen Vereinen der Region wirkt Heinz als Vorsitzender der Regionalgruppe Mecklenburg/Vorpommern-Nord-West seit Jahren unermüdlich für die politische Aufklärung und Bildung unter Linken. Wir wünschen Dir, lieber Heinz, weiterhin Erfolg und gute Gesundheit.

Rosa Luxemburg und das Mitregierungsverlangen Linker im Kapitalismus

Im Januar 1900 erschien ein Aufsatz Rosa Luxemburgs, in dem sie sich gegen die Beteiligung von Arbeitervertretern in einer bürgerlichen Regierung wandte.

Worin sich die sozialistische Politik von der bürgerlichen unterscheidet, ist der Umstand, daß die Sozialisten als Gegner der gesamten bestehenden Ordnung im bürgerlichen Parlament grundsätzlich auf die Opposition angewiesen sind. Die vornehmste Aufgabe der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialisten, die Aufklärung der Arbeiterklasse, findet vor allem in der systematischen Kritik der herrschenden Klassen ihre Lösung. Allein, weit entfernt, praktische, handgreifliche Erfolge, unmittelbare Reformen fortschrittlichen Charakters unmöglich zu machen, ist die grundsätzliche Opposition vielmehr für jede Minderheitspartei im allgemeinen, ganz besonders aber für die sozialistische, das einzig wirksame Mittel, praktische Erfolge zu erzielen.

Ohne die Möglichkeit, der eigenen Politik die direkte Sanktion der parlamentarischen Mehrheit zu geben, sind die Sozialisten darauf angewiesen, der bürgerlichen Mehrheit in stetem Kampfe Konzessionen zu entreißen. Dies erreichen sie aber nur durch oppositionelle Kritik auf dreierlei Wegen: indem sie mit ihren am weitesten gehenden Forderungen den bürgerlichen Parteien eine gefährliche Konkurrenz bereiten und sie durch den Druck der Wählermassen vorwärtsdrängen; dann, indem sie die Regierung vor dem Lande bloßstellen und sie durch die öffentliche Meinung beeinflussen; endlich, indem sie durch ihre Kritik innerhalb und außerhalb der Kammer immer mehr die Volksmassen um sich gruppieren und so zu einer Achtung gebietenden Macht anwachsen, mit der Regierung und Bourgeoisie rechnen müssen.

Die um Jaures gruppierten Sozialisten haben mit dem Eintritt Millerands alle drei Wege verschlossen.¹

Vor allem ist durch sie eine rückhaltlose Kritik unmöglich geworden. Wollten sie ihre Schwäche, ihre Halbheiten, ihre Feigheit geißeln, so würden die Hiebe auf ihren eigenen Rücken zurückfallen. Denn ist das republikanische Wirken der Regierung ein Fiasko, dann entsteht sofort die Frage, welche Rolle ein Sozialist in dieser Regierung spielt. Um also die Ministerschaft Millerands nicht zu kompromittieren, sehen sich Jaures und seine Freunde gezwungen, über alles zu schweigen, was der Arbeitermasse über die Mängel der herrschenden Politik die Augen öffnen könnte. Tatsächlich ist seit dem Bestehen des Kabinetts Waldeck-Millerand aus dem Organ des rechten sozialistischen Flügels, der „Pétite

Republique“, alle Kritik der Regierungstätigkeit entschwunden, und jeder Versuch einer solchen Kritik wird von Jauros augenblicklich als „Nervosität“, „Pessimismus“, „Übertreibung“ zu Boden geschlagen. Die erste Konsequenz der sozialistischen Ministerschaft ist also der Verzicht auf die oberste Aufgabe der



Karikatur: G. Zucker

Sozialdemokratie im allgemeinen und ihrer parlamentarischen Tätigkeit im besonderen: die politische Aufklärung und Erziehung der Massen. ...

Der Eintritt Millerands wird unter anderem durch den Hinweis auf seine sozialreformistische Tätigkeit gerechtfertigt. Die Sozialreform im bürgerlichen Staate ist, wenn sie auch nicht notwendig so kläglich zu sein braucht, wie es gerade diejenige Millerands trotz seiner besten Absichten ist, von vornherein eine Halbheit, ein Flickwerk. Und es ist dies sehr natürlich. Abgesehen von den ersten Anfängen der Arbeiterschutzgesetzgebung, die überall durch Rücksichten auf die nationale Selbsterhaltung erzwungen werden, ist die Sozialreform in allen kapitalistischen Ländern nur ein Produkt des hartnäckigen und beharrlichen Kampfes zwischen der Arbeiterschaft und den herrschenden Klassen. Nur insofern es aus politischen Rücksichten, zur Befriedigung der durch die sozialistische Partei angestachelten Arbeiterschaft absolut notwendig ist, werden Konzessionen gemacht. Die Anwesenheit eines Sozialisten in der Regierung ändert an dieser Sachlage nicht das geringste. Denn auch ein sozialistischer Minister ist, solange er im bürgerlichen Ministerium figuriert, das heißt, solange nicht Interessen der Arbeiterklasse, sondern die des Kapitals im Staate herrschen, an die Zustimmung der bürgerlichen Majorität der Regierung und der Volksvertretung gebunden.

Die Hoffnung also, mit Hilfe eines sozialistischen Ministers einen ungeahnten Aufschwung der Sozialreform herbeizuführen, war von vornherein eine die konkreten Verhältnisse ganz außer acht lassende Utopie. Ja, umgekehrt, der sozialistische Minister kann dadurch, daß er unbegründete Illusionen und Hoffnungen hervorrufft, ein Hindernis für die normale Entwicklung der Sozialreform werden.

Das Hauptmittel, die Sozialpolitik der herrschenden Klassen vorwärtszutreiben, die rückhaltlose Kritik an ihr seitens der sozialistischen Partei, wird, sobald ein Sozialist als Vertreter der offiziellen Sozialpolitik auftritt, noch weniger möglich als die Kritik an der Gesamtpolitik der Regierung. Erstreckt sich diese auf Handlungen, an denen der Sozialist wenigstens nicht unmittelbar teilzunehmen braucht, so richtet sich diese direkt gegen den sozialistischen Minister und sein Werk.

Tatsächlich wird durch die Anhänger Millerands in Frankreich ein Zustand der Verblendung und der Hypnose herbeigeführt, in dem jede sozialpolitische Maßnahme der Regierung von vornherein als ein epochemachendes sozialistisches Werk aufgenommen wird.

(Die sozialistische Krise in Frankreich. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Bd. 1, 2. Halbband, Berlin 1972, S. 5-73)

Entnommen den „Roten Kalenderblättern“, 2008

1 Alexandre-Etienne Millerand war am 22. Juni 1899 als erstes Mitglied einer sozialistischen Partei in eine bürgerliche Regierung eingetreten, der auch der Henker der Pariser Kommune, Galiffet, angehörte. Millerand war bis 1902 in dieser Regierung Handelsminister und wirkte in ihr im Sinne der Verwirklichung der Interessen der herrschenden Klasse.

Konstantin Brandt

aus Berlin begeht am 8. Januar seinen 75. Geburtstag. Seit Gründung des „RotFuchs“-Fördervereins ist Konstantin auf vielfältige Weise im Verein aktiv. Dafür sagen wir herzlichen Dank.

Seiner Initiative ist die Gründung der „RotFuchs“-Singegruppe zu verdanken, die angetreten ist, die Tradition der Friedens- und Protestlieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung zu bewahren.

Klassenkampf in Rüdersdorf

Als Theodor Fontane im Juli 1887 zu einem Sommerurlaub in Rüdersdorf weilte, verglich er den Ort mit Kurorten wie Interlaken und Biarritz, denn ihn berauschte die Schönheit der märkischen Landschaft mit ihren Seen, Wäldern, Kanälen, dem Heide- und Hügelland, der Vielfalt an Pflanzen und Tieren. Nun mag der Vergleich mit den Moorbädern der damaligen Zeit gewiß ein wenig zu hoch gegriffen sein. Was Fontane jedoch über die Naturschönheiten der Berliner Umgebung berichtet, das hat schon seine Richtigkeit. Dagegen fehlt in seiner liebevollen Schilderung der Rüdersdorfer Kalkberge ein Hinweis auf das karge Leben der dort ansässigen Arbeiterschaft. Brutale Ausbeutung, elende Wohnverhältnisse, schlechte Ernährung – das waren die realen Lebensverhältnisse der Menschen. Schon früh regte sich Widerstand. Die katastrophalen Arbeitsbedingungen führten zu Protesten und Streiks. Zwischen der Belegschaft und der Leitung der Preußischen Berg- und Hüttenaktiengesellschaft kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen. Zweimal protestierten die Arbeiter vor der Verwaltung, wo sie ihre Forderungen stellten. Ein deutschnationaler kaisertreuer Lehrer brachte seinen Mißmut darüber in der Tasdorfer Schulchronik mit folgenden Worten zum Ausdruck: „Immer neue Lohnforderungen bringen die Arbeiter vor und drohen bei Nichterfüllung mit Streiks. Alle Übelstände wurden durch die Spartakisten, wie man die Unruhestifter nannte, verursacht.“ Das waren jene Tage und Wochen, in denen Karl Liebknecht verkündet hatte: „Der Tag der Revolution ist gekommen ... Das Alte ist nicht mehr ... In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland.“ Die rechten Sozialdemokraten, die bereits zu Beginn des Krieges mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten das deutsche Volk den Militaristen, Kapitalisten und Junkern

ausgeliefert hatten, dachten gar nicht daran, diesem Ruf zu folgen. Im Gegenteil. Ebert und Noske schlossen einen Pakt mit der Obersten Heeresleitung und wollten die in der Novemberrevolution errungene Macht so schnell wie



Schulzenhöhe in Rüdersdorf heute

nur irgend möglich an eine Nationalversammlung übergeben.

Mitglieder der im Ergebnis der Novemberrevolution gegründeten KPD stellten sich an die Spitze bei der Formierung der revolutionären Kräfte in Rüdersdorf.

Am 17. Januar 1919 versammelten sich in Schulzenhöhe über 800 Arbeiterinnen und Arbeiter zu einer der größten Kundgebungen, die Rüdersdorf in seiner Geschichte erlebt hat. Nachdrücklich bekundeten sie öffentlich ihren Protest gegen die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Sie forderten darüber hinaus den sofortigen Abzug der reaktionären militärischen Einheiten aus Berlin. „Wir verlangen“, hieß es in ihrer Resolution, „daß eine Regierung eingesetzt wird, welche uns die Errungenschaften der Revolution sicherstellt und sprechen hiermit der Regierung Scheidemann und Ebert unser Mißtrauen aus.“

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Am 10. März 1919 wurde in Kalkberge,

Tasdorf und Rüdersdorf eine von dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske unterzeichnete Bekanntmachung veröffentlicht, in der angedroht wurde, „die kämpfenden Spartakisten sofort zu erschießen“. Und das war keine leere Drohung. Bis 1920 erfolgte eine Hetzjagd gegen die Organisatoren der Großkundgebung und der Streiks. Karl Schröder und Wilhelm Watermann, die Roten Betriebsräte der Zementfabrik und der Berginspektion wurden gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Weitere Rüdersdorfer kamen in Köpenick vor Gericht. Aber damit gab sich die Reaktion noch nicht zufrieden. Die Verfolgung der Linken, die sich für die Interessen der Arbeiter einsetzten, ging weiter, wurde immer brutaler, je näher die Faschisten an die Macht kamen. Im Mai 1932 wurde der Kommunist Hans Schröder von der SA erschossen, sein Genosse Willi Möller von den Faschisten erschlagen. Erwin Schulze von der SPD, Mitglied der Ortsvereinsleitung in Rüdersdorf, wurde in Berlin von SA-Leuten zwischen Bellevue und Friedrichstraße aus der S-Bahn gestoßen und erlag seinen Verletzungen. Selbst den parteilosen Straßenbauarbeiter Richard Meyer haben sie verschleppt und ermordet, weil er Flugblätter gegen die Nazis verteilt hatte.

Offensichtlich hatte Rosa Luxemburg recht, als sie feststellte: „Der Sozialismus ist keine Frage der parlamentarischen Wahl, sondern eine Machtfrage.“ Sich der revolutionären Ereignisse in der Kalkberggemeinde und der Ermordung von Karl und Rosa erinnernd, ehren nicht wenige Rüdersdorfer alljährlich im Januar die Vorkämpfer für ein menschenwürdiges Leben an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde mit roten Nelken.

Heinz Pocher

Quelle: Rote Kalenderblätter, Januar 2006

„Einer muß der Bluthund werden ...“

Der Beschluß des Reichsrätekongresses, Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen, gab dem Rat der Volksbeauftragten die Möglichkeit, konterrevolutionäre Truppen in und um Berlin zu konzentrieren. Der Reichspräsident und Vorsitzende der SPD, Friedrich Ebert, befahl unter Einsatz schwerer Waffen einen brutalen Angriff auf die revolutionären Arbeiter und die Volksmarine-division im Schloß und im Marstall. Nachdem die Regierung den der USPD angehörenden Polizeipräsidenten Emil Eichhorn abgesetzt hatte, übernahm der rechte Sozialdemokrat Gustav Noske den Oberbefehl über die Truppen mit der Bemerkung: „Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht.“ In den Berliner Arbeitervierteln wütete der weiße Terror. Tausende

Arbeiter wurden verhaftet und mißhandelt. Kommunisten und ihre Führer wurden gehetzt. Selbst Personen, die nur in dem Verdacht standen, der Kommunistischen Partei anzugehören, hat man erschossen.

Am 15. Januar fielen Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Wilhelm Pieck in die Hände der Noske-Truppen und wurden in das Eden-Hotel, dem Sitz des Kommandos der Gardeschützendivision, gebracht. Während Wilhelm Pieck nach seiner Verhaftung die Flucht aus dem Polizeipräsidium gelang, wurde Karl Liebknecht im Tiergarten hinterrücks erschossen. Rosa Luxemburg, schon im Hotel mit Gewehrkolben niedergeschlagen, wurde auf ein Auto geladen und während der Fahrt erschossen. Ihre Leiche warfen die Mörder in den Landwehrkanal.

Der heimtückische Mord an Rosa und Karl war ein schwerer Verlust für die soeben erst gegründete KPD und für die internationale Arbeiterbewegung. In vielen Städten fanden Protestversammlungen statt. Es gab Streiks und Demonstrationen, auf denen zum entschiedenen Kampf gegen die Konterrevolution aufgerufen und eine strenge Bestrafung der Mörder und ihrer Hintermänner gefordert wurde. In einer machtvollen Massendemonstration unter Teilnahme von Delegationen revolutionärer Arbeiter aus ganz Deutschland trug das Berliner Proletariat am 25. Januar Karl Liebknecht und 31 der ermordeten Januar-Kämpfer zu Grabe.

Klaus Weber

Quelle: Rote Kalenderblätter, Januar 2000

Den „Falken der Freiheit“ wurden die Leviten gelesen

Mit „Die scheinheilige Supermacht: Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen“ legt Michael Lüders ein neues Buch vor, in dem er sich schonungs- und fast ausnahmslos mit Schreib- und Propagandasöldnern aller Schattierungen auseinandersetzt. Der Bogen seines Rundumschlags spannt sich von den Print- und elektronischen Medien über Politiker, Parlamentarier bis zur Rolle der NATO und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Der Autor, gewiß kein Marxist, geht mit den „Falken der Freiheit“, wie er sie nennt, hart ins Gericht. Niemand wird geschont. So nimmt es nicht wunder, daß sein Werk in den Medien nahezu totgeschwiegen wird. Bis jetzt gab es nur in der jungen Welt eine angemessene Besprechung. Die Süddeutsche Zeitung sah sich zu einem Kommentar veranlaßt, der eher einem Racheakt, denn einer seriösen Rezension glich. Das geschieht einem, wenn er die Wahrheit beim Namen nennt: Im Juli 2019 entführten 30 britische Marinesoldaten den irakischen „Supertanker Grace 1“ mit der Begründung, das Schiff sei auf der Fahrt nach Syrien. Dies sei aber ein Verstoß gegen die von der Europäischen Union 2012 verhängte Sanktion gegen Syrien. Die USA haben dann aus der Grace-1-Geschichte eine dramatische Krise inszeniert, die den außenpolitischen Kommentator der Süddeutschen Zeitung ermunterte, einen europäischen Marineeinsatz am Golf zu befürworten. Der Leitartikler der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) spitzte am 14. Juli 2019 die Sache noch weiter zu und stellte sogar die Herrschaftsfrage über die Region in den Vordergrund. Europa und die USA könnten ja doch wohl die Golfregion nicht anderen Akteuren, wie Rußland oder Iran, überlassen. Es gehe hier nicht nur um die Freiheit der Schifffahrt oder ums Erdöl. „Das übergeordnete Ziel ist vielmehr die Kontrolle einer Region, deren strategische Bedeutung (...) nicht zu unterschätzen ist.“ Ohne Zweifel spielt, wie die FAZ unterstrich, die Versorgung des Westens mit Erdöl eine elementare Rolle. Dumm ist nur, daß „unser Öl“ unter deren Sand gekommen ist, würden Euro-Atlantiker sagen. Wie geschickt der bürgerliche Journalismus unsere Wahrnehmung filtert bzw. manipuliert, verdeutlicht die Tatsache, daß die Mehrheit der Bürger der Meinung ist, eine Manipulation der Öffentlichkeit gäbe es „nur in autoritären Staaten und Diktaturen“. Michael Lüders beschreibt akribisch verschiedene „Propaganda-Modelle“ und deren verheerende Wirkung auf die allgemeine Meinungsbildung. Als Beispiel sei die Rechtfertigung der Kriege gegen Irak, Serbien und Afghanistan genannt. Der Krieg gegen Irak zur Befreiung Kuwaits im Januar 1991 wurde damit begründet, daß bewaffnete irakische Soldaten in ein Krankenhaus eingedrungen seien und ein Baby aus einem Brutkasten geholt hätten. Diese

„Brutkasten-Lüge“ wurde von der PR-Agentur Hill & Knowlton mit Hauptsitz in New York inszeniert. Später kam heraus, daß diese Geschichte frei erfunden war und das Mädchen, das bei Entstehung der „Brutkasten-Lüge“ die Hauptrolle gespielt hatte, „die Tochter des kuweitischen Botschafters in der USA“ gewesen ist. Der völkerrechtswidrige Krieg 1999 gegen Serbien wurde durch den damaligen Bundesaußenminister Joseph Fischer (Die Grünen) mit Auschwitz gerechtfertigt. Zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg beteiligte sich die deutsche Armee an der Bombardierung eines anderen Staates. Hintergrund waren indes vor allem geostrategische Interessen. Jugoslawien war derzeit das einzige Land auf dem europäischen Kontinent, das sich sozialistisch nannte. In den Machtzentren der „freien und demokratischen Welt“ war das eine auf der Hand liegende Provokation. Noch während des Krieges errichteten die USA im Juni 1999 eigenmächtig ihre nach einem US-Kriegshelden in Vietnam benannte Militärbasis Camp Bondsteel im Kosovo. Nach dem Vertrag, besser gesagt dem Diktat von Rambouillet, wurde das ehemalige Jugoslawien zum faktischen Protektorat der NATO. Daß über das Kosovo „eine der wichtigsten Drogenhandelsrouten für Heroin aus Afghanistan nach Westeuropa“ verlief, hat man stillschweigend hingenommen. Die Kriegsverbrechen der schon vor dem NATO-Angriff gegen Serbien in München ausgebildeten sogenannten Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) wurden sowohl von den westlichen Medien als auch von Geheimdiensten und Politikern bewußt verschwiegen. Erst im Juni 2020 hat der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag angekündigt, den Präsidenten des Kosovo, Hashim Thaçi, einen UÇK-Kommandanten, wegen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft zu ziehen. Darüber hinaus sollten neun weitere UÇK-Kämpfer „100 Kosovo-Albaner, Serben und Roma ermordet“ haben. Der Krieg gegen Afghanistan wurde mit den Ereignissen des 11. Septembers 2001 begründet, obwohl Afghanistan damit rein gar nichts zu tun hatte. Die vorgeblichen Attentäter und Osama Ben Laden, die sich an den Ereignissen des 11. September beteiligt hatten, waren saudische Staatsbürger. Bombardiert hat man aber nicht Saudi-Arabien, sondern Afghanistan.

Der Krieg gegen Irak 2003 wurde durch den damaligen US-Präsidenten George W. Bush und seinem britischen „Pudel“ Tony Blair damit begründet, daß Irak Landstreckenwaffen besitzen würde, die sogar London erreichen könnten. Weder die US-Geheimdienste noch die UN-Inspektoren haben dort jemals solche Waffen gefunden. Nach einer Untersuchung der beiden Wissenschaftler Edward S. Herman und Noam Chomsky waren schon 24 der größten Medienunternehmen in den Vereinigten Staaten im

Besitz einzelner Familien. Amazon-Gründer Jeff Bezos, der als reichster Mann der Welt galt, erwarb 2013 die New York Times und dann auch noch die Washington Post. Ihre Inhaber bestimmen maßgeblich die politische Richtung dieser Medien.

Da an den Schalthebeln der „deutschen Leitmedien“ – zu nennen wären Der Spiegel, Die Zeit und Die Süddeutsche Zeitung – ausschließlich „Transatlantiker“ sitzen, haben diese den Krieg der USA gegen Irak gerechtfertigt. Die Berichte und Kommentare in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung waren „ein durchgängiges Hohelied auf Washington“. Kurz vor Kriegsbeginn erklärte die FAZ: „Wir brauchen das Imperium Americanum. Die multipolare Weltordnung ist eine Gefahr für den Frieden. Die Vereinigten Staaten müssen Hegemon der Menschheit werden.“

Was dieser Hegemon in Afghanistan, Irak und Libyen angerichtet hat, ist nicht einmal erwähnenswert. Unberührt von allem rufen Politiker und Journalisten zur Demonstration militärischer Stärke auf und plädieren für einen Krieg gegen Iran, Rußland und China. Dem Buch von Michael Lüders wäre zu wünschen, daß es in viele Sprachen übersetzt wird.

Dr. Matin Baraki



Michael Lüders: *Die scheinheilige Supermacht: Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen*, C.H. Beck, München 2021, 293 Seiten, 16,95 Euro.

Wie wir zu BRD-Bürgern zweiter Klasse wurden

Einer Umfrage zufolge, die unter früheren DDR-Bürgern geführt wurde, fühlen sich 57 Prozent nach mehr als 30 Jahren als BRD-Bürger zweiter Klasse, und gerade einmal 38 % halten die „Vereinigung“ für gelungen. Das heißt, daß sich für eine große Mehrheit die hohen Erwartungen, in einem „Wirtschaftswunderland“ und einer „freiheitlichen Demokratie“ zu leben, nicht erfüllt haben. Wie ist das zu erklären? Die westliche Propaganda hatte doch alle Register gezogen und keine Möglichkeit ausgelassen, den Menschen entsprechende Einsichten aufzudrängen.

Daß überhaupt gesteigerte Erwartungen bei einem Anschluß an die BRD aufkamen, hat auch mit der Beurteilung der eigenen DDR-Verhältnisse zu tun. Viele, zu viele hinterfragten nicht das Gerede von der angeblich maroden Wirtschaft der DDR und vom baldigen Zusammenbruch der DDR. Sie haben jene, sich aus dem sozialistischen System ergebenden Werte wie die gebotene Existenzsicherheit, die soziale Fürsorge, Kultur, Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten oder den daraus erwachsenen Gemeinsinn und das Zusammengehörigkeitsgefühl eher für selbstverständlich gehalten und zu wenig geschätzt. Sie sahen nicht, daß diese Werte nur in einer sozialistischen Gesellschaft und nicht in einer Gesellschaft möglich sind, deren Basis das Privateigentum ist. In einem System, in dem die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft, bilden Übervorteilung und persönliches Gewinnstreben, Profitgier und Eigensinn die entscheidenden Motivationen für das Zusammenleben.

Blindes Vertrauen in die neue Ordnung führte dazu, daß die Mehrheit der DDR-Bevölkerung einen gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruch zurück in die Vergangenheit arglos über sich ergehen ließ. Zudem versprach man sich von dieser Gesellschaft die Erfüllung der illusionärsten Hoffnungen und war bereit, dafür einen sehr hohen Preis zu zahlen. Und so gab es kaum Widerstand, als die entscheidende Lebensgrundlage, das Volkseigentum, einfach verschערbelt wurde. Einen Wertanteil von

85 Prozent erhielten allein Eigentümer im Westen. 8000 volkseigene Betriebe, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien, riesige Forsten, 40 000 Geschäfte und Gaststätten, 615 Polikliniken, 340 Betriebsambulatorien, Hotels, Ferienheime, und ein in Milliardenhöhe gehendes Auslandsvermögen wurden in private Hände der BRD gelegt. Aber damit nicht genug. Was die „Treuhand“ nicht zu Geld machen konnte, wurde geschleift. Die Masse der Bevölkerung duldet auch das und verstand es wohl eher als ein vorausseilendes Dankeschön für die zu erwartenden Wohltaten, für „blühende Landschaften“ und für ein Leben in einer „freiheitlichen Demokratie“. Als dann der Ausverkauf der DDR-Wirtschaft erfolgt war und verbleibende Betriebe in den „neuen Bundesländern“ nicht mehr mithalten konnten, nutzte man das als Begründung dafür, daß auch die Löhne und Gehälter im Osten geringer ausfallen mußten. Auch das hat man geschluckt und hingenommen, daß sie im Osten etwa um 20 Prozent niedriger sein würden, was den eigenen Verlust erheblich summiert haben dürfte. Weithin unbeachtet blieb auch diese Ungleichbehandlung bei der Berechnung der geminderten Rentenansprüche, die vielfach nicht einmal für die Befriedigung der elementarsten Lebensansprüche genügen.

Wie konnte das geschehen? Angeblich ging es doch darum, sich von „Grundsätzen der Gleichheit und Rechtstaatlichkeit beider deutscher Staaten“ leiten zu lassen. Das war sowohl im Grundvertrag zwischen der BRD und DDR (Art. 1 u. 2 vom 21. 12. 1972) vereinbart worden und war dann auch die Grundlage des Einigungsvertrages. Und außerdem handelte es sich bei der DDR um einen international anerkannten souveränen Staat. Mit welchem Recht durfte also von diesen Grundsätzen einseitig zu Lasten der DDR-Bürger abgerückt werden?

Da es dafür keine verbindliche Rechtsgrundlage gab, mußte eine „Ersatzlösung“ her, aus der man die Manipulierung der Rechtsansprüche der DDR und ihrer Bürger ableiten konnte.

Dafür lag offensichtlich eine „politische Vorgabe“ vor. Die Aufgabe, diesen Ball ins Rollen

zu bringen, fiel dem damaligen Justizminister Klaus Kinkel zu. Auf dem 15. Deutschen Richtertag am 23. 9. 1991 wandte er sich an die Richter und Staatsanwälte der Bundesrepublik mit den Worten: „Sie meine Damen und Herren Richter und Staatsanwälte haben bei dem, was noch auf uns zukommt, eine ganz besondere Aufgabe. ... Es muß gelingen, das SED-System zu delegitimieren.“

Aus dieser rechtlichen Inszenierung ergibt sich das eigentliche Grundanliegen der Führung der BRD und zugleich das Grundübel aller Probleme, die bei der Durchsetzung der in der DDR erworbenen Rechtsansprüche entstanden sind. Also nichts Geringeres als die Rechte der DDR und sich daraus ableitenden Rechtsansprüche seiner Bürger nachträglich zu annullieren, hatte man sich zum Ziel gesetzt.

Es nimmt nicht wunder, daß diesbezüglich von allen etablierten Parteien nur eisiges Schweigen ausgeht. Das trifft weithin auch für die Partei zu, die aus der DDR hervorgegangen ist und auf der lange Zeit die Hoffnungen und Erwartungen ruhten, daß sie die rechtlichen Belange der DDR-Bürger am konsequentesten vertreten würde. Konsequent waren und sind führende Funktionäre der Partei Die Linke allerdings nur in dem Bemühen, die DDR immer wieder als „Unrechtsstaat“ zu diffamieren. Sie liefern damit der Gegenseite das Argument, daß ein „Unrechtsstaat“ und seine Bürger keinen Anspruch auf dort erworbene Rechte haben, die nicht den BRD-Bestimmungen entsprechen.

Verdienstvolle Juristen der BRD und der DDR haben immer wieder darauf hin- und nachgewiesen, daß eine solche Auslegung rechtswidrig ist. So hat der international hochgeschätzte Staatsrechtler, Prof. Dr. Dr. Merten, ehemaliger Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, bereits 1993 in einem wissenschaftlichen Exposé und in einem jetzt vorgelegten Gutachten das ausdrücklich untermauert.

Dr. sc. jur. Heinz Günther
Berlin

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 98. Geburtstag

Elisabeth Monsig (Gartz) am 1. Januar

Zum 97. Geburtstag

Paul Fiedler (Berlin) am 13. Januar

Zum 96. Geburtstag

Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin) am 5. Januar

Zum 93. Geburtstag

Herbert Kaiser (Teterow) am 9. Januar

Dr. Ulf Franke (Lüssow, OT Karow) am 16. Januar

Dr. Günther Freudenberg (Bernburg) am 24. Januar

Zum 92. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar

Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar

Günther Fessler (Hamburg) am 13. Januar

Zum 91. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekenhagen-Frätow) am 14. Januar

Joachim Herfurth (Raguhn-Jeßnitz) am 17. Januar

Erika Mehnert (Chemnitz) am 20. Januar

Zum 90. Geburtstag

Gerhard Tressel (Halle) am 11. Januar

Heinz Schöbel (Halberstadt) am 28. Januar

Zum 85. Geburtstag

Franz Karfik (Stralsund) am 3. Januar

Siegfried Schott (Vietmannsdorf) am 3. Januar

Thomas Hentschel (Hoppegarten, OT Hönow) am 6. Januar

Peter Mühle (Stralsund) am 7. Januar

Eva Maria Kutz (Güstrow) am 14. Januar

Klaus Ullmann (Berlin) am 16. Januar

Jürgen Bielefeld (Plauen) am 17. Januar

Karl Lommack (Güstrow) am 17. Januar

Zum 80. Geburtstag

Jürgen Wegner (Schwaan) am 1. Januar

Zum 75. Geburtstag

Katharina Büchel (Berlin) am 7. Januar

Zum 70. Geburtstag

Anka Goll (Neulewin, OT Güstebieser) am 7. Januar

Jochen Dyduch (Bremen) am 11. Januar

Andreas Biedermann (Schöneberg) am 13. Januar

Karl-Heinz Puchmüller (Waren/Müritz) am 14. Januar

Zum 65. Geburtstag

Klaus Helms (Schwerin) am 11. Januar

Michael Forbig (Strausberg) am 12. Januar

Dr. Uwe Schuster (Berlin) am 19. Januar

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Gesellschaftsutopien im zaristischen Rußland (1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

28. Juli 1977

Unter den sozialistischen Lehren, die vor oder neben dem Marxismus entstanden sind, nehmen die Auffassungen russischer Revolutionäre in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen besonderen Platz ein. Sie formierten sich zu einer Zeit, in der schon der wissenschaftliche Sozialismus entstanden und die organisierte Arbeiterbewegung im Aufschwung begriffen war. Dennoch können wir diese Auffassungen als „vormarxis-

reifende revolutionäre Situation in ihren theoretischen Überlegungen widerspiegelten. Hierzu sind vor allem diejenigen zu rechnen, die als „revolutionäre Demokraten“ in die Geschichte eingegangen sind, wie Belinski, Herzen, Dobroljubow und Tschernyschewski. So gehört zum Beispiel die Konzeption einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft, die Tschernyschewski entwickelte, sicher zum Besten, was vor der auf dem Marxismus basierenden russischen Arbeiterbewegung entstanden ist. Besonders mit

Leibeigenschaft und Absolutismus lähmten die Entwicklung der Produktivkräfte. Die zunehmenden Bauernunruhen und die Niederlage des russischen Zarismus im Krimkrieg Ende der fünfziger Jahre offenbarten mit aller Schärfe die Fäulnis der bestehenden Verhältnisse. Die herrschende Schicht konnte sich dem Zwang zu Veränderungen nicht entziehen. So kam es zu jenen Reformen Anfang der sechziger Jahre, die zur Abschaffung der Leibeigenschaft führten. Diese Veränderung von oben geschah jedoch ausschließlich im Interesse der Oberen. So blieben nicht nur mannigfache Reste der Feudalordnung bestehen, sondern die Bauern waren gezwungen, das erhaltene Land zum Teil abzuzahlen oder abzarbeiten. Das bedeutete für die meisten Fortsetzung bitterster Armut. Die Krisensituation wurde also durch die Reformen nicht bereinigt, sondern sie spitzte sich eher noch zu.

In dieser Zeit verschärfter Widersprüche entwickelte Tschernyschewski seine Vorstellungen von der künftigen Gesellschaft in Rußland. Aber er war nicht nur Gesellschaftstheoretiker, sondern vor allem ein Revolutionär, der unmittelbar am politischen Kampf teilnahm. So setzte er sich in Veröffentlichungen für eine Abschaffung der Leibeigenschaft im Interesse der Bauern ein. Er verurteilte entschieden die Art der Reform, wie sie tatsächlich verwirklicht wurde.

Anfang der 1860er Jahre schuf er gemeinsam mit den revolutionären Demokraten Herzen und Ogarjow die Grundlagen einer revolutionären Organisation, zu deren Zielen die bewaffnete Erhebung gegen den Zarismus gehörte. Die herrschenden Kräfte gingen zum Gegenangriff über; die Anfänge der Organisation wurden zerschlagen und Tschernyschewski gemeinsam mit anderen Revolutionären verhaftet und nach Sibirien verbannt. Rund zwei Jahrzehnte seines Lebens verbrachte er in Gefängnissen und in der Verbannung.

Den sozialen Hintergrund der revolutionären Bewegung im damaligen Rußland bildete vor allem die Bauernschaft, die noch spontan und unorganisiert um ihre Interessen kämpfte. Es versteht sich, daß damit auch die Möglichkeiten und die Grenzen der Überlegungen Tschernyschewskis objektiv vorgezeichnet waren. Doch eben die enge Verbindung mit den realen Bestrebungen werktätiger Massen erlaubte es ihm, ein kühnes und weitsichtiges Programm revolutionär-demokratischer Umwälzungen



Nikolai Gawrilowitsch Tschernyschewski (1828–1889)

tisch“ bezeichnen, weil sich das damalige Rußland von den Ländern Westeuropas, in denen bereits eine organisierte Arbeiterbewegung existierte, erheblich unterschied. In Rußland gab es um 1850 noch keine einigermaßen entwickelte kapitalistische Industrie und demzufolge auch noch kein eigentliches Industrieproletariat. Vor allem aus diesem Grunde waren die hier entstandenen Vorstellungen vom Sozialismus eher utopisch. Das in Rußland geborene eigenständige sozialistische Gedankengut erwuchs aber aus einer bedeutenden revolutionären Bewegung, die ihm Sinn für wirkliche gesellschaftliche Entwicklungstendenzen verlieh. Vor allem gilt das für jene revolutionären Denker, die nach der Jahrhundertmitte die sich zuspitzende Krise der gesellschaftlichen Verhältnisse in Rußland und die damals

seinen Auffassungen möchte ich im folgenden bekanntmachen.

Es sind nicht wenige Überlegungen, mit denen Tschernyschewski unmittelbar an den wissenschaftlichen Sozialismus herankommt. Wenn wir seine Auffassungen dennoch nicht dem wissenschaftlichen Sozialismus zurechnen können, dann liegt das – wie bereits angedeutet – vor allem an den noch unreifen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Rußland war von tiefen inneren Widersprüchen zerrissen. Es gehörte zu den rückständigsten Ländern Europas. Bis zu Beginn der 1860er Jahre herrschte noch die Leibeigenschaft, unter der man die Bauern wie ein Stück Vieh beliebig kaufen und verkaufen konnte. Die zaristische Selbstherrschaft war längst zu einer schweren Fessel für die Entwicklung des Landes geworden.

auszuarbeiten. Im Mittelpunkt stand der Gedanke, daß die Hauptkraft einer fortschrittlichen Entwicklung die breiten Massen des werktätigen Volkes sein müssen. So sollte die künftige Staatsmacht, welche die zaristische Selbstherrschaft ablösen würde, ihrem Klassencharakter nach eine Macht der Bauern, der Knechte und der anderen arbeitenden Menschen sein. Er stellte sich die neue Staatsmacht als eine demokratische Republik vor, die in der Lage sein sollte, alle Formen der Leibeigenschaft zu beseitigen und die erkämpften Errungenschaften auch zu verteidigen.

An diese revolutionär-demokratische Konzeption knüpfte Tschernyschewski weitergehende sozialistische Vorstellungen. Im Unterschied zu den französischen utopischen Sozialisten Fourier und Saint Simon, die er intensiv studiert hatte, verband er sein Ideal einer künftigen Gesellschaft mit den realen Interessen breiter Volksmassen. In seinen Überlegungen über die künftige Entwicklung Rußlands sah er sich zunächst vor die Frage gestellt, wodurch die bestehende, immer noch stark feudal geprägte Ordnung abgelöst werden sollte. Selbstverständlich hatte er die kapitalistische Entwicklung in Westeuropa aufmerksam verfolgt. Die progressive Rolle, die der Kapitalismus in Westeuropa zunächst gespielt hatte, erkannte er durchaus an. Aber gleichzeitig sah Tschernyschewski auch die negativen Folgen, die den Kapitalismus selbst in Frage stellten: die Proletarisierung der Mehrheit der Bevölkerung, ihre Verwandlung in Lohnarbeiter; den Ruin eines erheblichen Teils der Kleinbesitzer in den Städten und auf dem Lande; die Konkurrenz und Anarchie, die aus dem Privateigentum erwachsen und unausbleiblich zu Handels- und Produktionskrisen führen; die nicht rationelle Nutzung des Reichtums eines Landes. Aus dieser kritischen Bewertung des Kapitalismus zog Tschernyschewski den Schluß, daß die Zukunft der Menschheit nicht auf dem kapitalistischen Privateigentum, sondern auf einer neuen Form genossenschaftlichen Zusammenwirkens der arbeitenden Menschen beruhen müsse.

Dem entsprach seine Sicht der geschichtlichen Entwicklung der Menschheit. Nach seiner Überzeugung herrschte zunächst das gemeinschaftliche Eigentum an Grund und Boden und den Produktionsmitteln, das in der Sklaverei und im Mittelalter sowie im Kapitalismus durch das Privateigentum abgelöst wurde. Nunmehr müsse die wirtschaftliche Entwicklung zu einer neuen Form des genossenschaftlichen Zusammenlebens führen. Wenn die englischen Ökonomen Smith und Ricardo zu der Erkenntnis gekommen seien, daß die Arbeit allen Reichtum schafft, so müsse in der neuen Gesellschaft Sorge getragen werden, meinte Tschernyschewski, daß der Reichtum auch denen gehört, die arbeiten. Unter diesen Bedingungen könnte sich eine Gesellschaft formieren, in der sich die Menschen die äußere Natur in Übereinstimmung mit ihren Bedürfnissen unterwerfen. Die Arbeit werde dann immer produktiver und zugleich weniger dazu verwandt, unnütze Gegenstände zu produzieren.

Sie werde sich allmählich aus einer notwendigen schweren Last in eine leichte und angenehme Befriedigung eines physiologischen Bedürfnisses verwandeln.

Den Sozialismus charakterisierte Tschernyschewski als eine Gesellschaft, deren Entwicklungsgesetz die genaue Berechnung der gesellschaftlichen Kräfte und Bedürfnisse sein wird. Wesentlich für eine sozialistische Gesellschaft war ihm daher die Entwicklung der Volkswirtschaft nach einem gemeinsamen Plan. Er stellte sich eine Großproduktion vor, die aus industriellen und landwirtschaft-

Seine Überlegungen gingen dabei in folgende Richtung: Im Unterschied zu Westeuropa, wo das Privateigentums die landwirtschaftliche Produktion weitgehend bestimmt, fängt dieses in Rußland erst an, sich zu entwickeln. Selbstverständlich würde es sich auch hier immer mehr durchsetzen. Da sich Rußland aber nach der festen Überzeugung Tschernyschewskis am Vorabend einer Volksrevolution befand, die das arbeitende Volk an die Macht bringen mußte, sah er die Möglichkeit, daß diese Volksmacht nicht nur demokratische, sondern auch sozialistische Umgestal-



Im zaristischen Rußland kam es regelmäßig zu verheerenden Hungersnöten, Bauern versuchten, in die Städte zu fliehen

lichen Genossenschaften besteht, die sich gegenseitig mit allen notwendigen Produkten versorgen und in der Lage sind, die individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Zugleich war er davon überzeugt, daß die arbeitenden Menschen, wenn sie ihre eigene Macht errichtet haben, es auch lernen werden, die Betriebe, in denen sie arbeiten, zu verwalten. Die sozialistische Gesellschaft wird nach Auffassung Tschernyschewskis frei sein von Müßiggängern; die Produkte der Arbeit werden nur zwischen denen verteilt werden, die auch arbeiten.

Diese Überlegungen, die sowohl wegen ihrer grundsätzlich richtigen Kritik am Kapitalismus als auch wegen der in ihnen enthaltenen Konzeption der sozialistischen Gesellschaft bemerkenswert sind, überschritten den Rahmen des utopischen Sozialismus dennoch nicht. Das liegt vor allem daran, daß Tschernyschewski noch nicht in der Lage sein konnte, diejenige gesellschaftliche Kraft zu erkennen, aus deren objektiver Situation sich die revolutionäre Umwälzung und schließlich der Übergang zum Sozialismus notwendig ergibt, nämlich die Arbeiterklasse.

Tschernyschewski, wie auch andere revolutionäre Demokraten, suchte die Möglichkeit der sozialistischen Gesellschaft aus einer Besonderheit des damaligen russischen Dorfes, der Dorfgemeinde, abzuleiten. Es handelte sich um Restformen gemeinsamen Bodenbesitzes der Bauern, die sich an vielen Stellen noch aus der vorfeudalen Zeit erhalten hatten.

tungen vornimmt. Rußland, so meinte er, könne also auf diesem Wege zum Sozialismus kommen, ohne die kapitalistische Entwicklung zu durchlaufen.

Tschernyschewski träumte nun nicht etwa von einer Gesellschaft, die einfach auf der alten Dorfgemeinde beruht. Sie würde ihr nur der Form nach ähnlich sein. Aber zugleich bildete sie nach seiner Auffassung doch eine objektive Voraussetzung dafür, daß Rußland den Kapitalismus überspringen könne.

Lenin hat einige Jahrzehnte später darauf verwiesen, daß Tschernyschewski in den 1860er Jahren noch gar nicht in der Lage sein konnte zu erkennen, daß der Weg zum Sozialismus nur über die Entwicklung des Kapitalismus und des Proletariats führt. In den revolutionären Auseinandersetzungen nach Mitte des 19. Jahrhunderts konnte seine Konzeption deshalb noch eine durchaus progressive Rolle spielen.

Die Größe Tschernyschewskis bestand nicht zuletzt darin, daß er nicht nur utopischer Sozialist war, der von einer besseren Welt träumte, sondern vor allem ein Revolutionär, dessen Vorstellungen von einer möglichen sozialistischen Gesellschaft auf das engste mit dem Gedanken einer echten Volksrevolution verbunden waren, auch wenn er dabei – den gegebenen Umständen entsprechend – vor allem an eine Bauernrevolution dachte. So ging er über den Rahmen des utopischen Sozialismus der Fourier und Saint Simon, an die er geistig anknüpfte, weit hinaus.

„Halb Judenbalg und halb ein Goj“ – Wolf Biermann und seine „Erinnerungen“

Der 85jährige Wolf Biermann wird im Deutschland der Gegenwart von seinen Eliten und ihren Medien als Messias angeboten. Dazu braucht es einen starken Glauben, den Deutsche bekanntlich für falsche Messiasse immer wieder aufzubringen imstande waren und sind. Mit seinem von den Nürnberger Gesetzen vorgegebenen Abstammungsnachweis bis hin zur „Judenase“ eröffnet Biermann, dessen Vater als kommunistischer Jude in Auschwitz von den Deutschen ermordet worden ist, seine Erinnerungen in der Autobiographie „Warte nicht auf bessere Zeiten“.

1953 ist der mit seinen Testosteronschüben wiederholt prahlende Biermann von Hamburg in die DDR übersiedelt. Dort profilierte er sich in den 1960er Jahren als sehr begabter „Liedermacher“, wobei ihm der zunehmende, von Tantiemen begleitete Applaus aus dem Westen den Eindruck vermittelte, er sei auf dem richtigen Weg. Er konnte „seinem Affen Zucker geben“, wie Biermann verächtlich ein DDR-Publikum heruntermachte. Die DDR sah das mit Biermanns Zugaben anders, im November 1976 bürgerte sie ihn aus. Dieser wusste, was von ihm fortan in der Bundesrepublik auf Abruf ohne Wenn und Aber erwartet wurde. Nur kein deutscher Pazifismus!

Längst vergessen waren die in der DDR kolportierten Ratschläge der Propheten Jesaja und Micha, es seien die Schwerter zu Pflugscharen umzugestalten, jetzt galt der Tempelprophet Joel, daß man Pflugscharen zu Schwertern und Sichel zu Spießern umzuschmieden habe. Und weil Biermann sich auch als Sänger des israelischen Staates versteht, begrüßt er dessen mörderisches Vorgehen gegen das besetzte Gaza, das nach Einschätzung von Noam Chomsky das größte Freiluftgefängnis der Welt ist. Chomsky bezeichnet es als Norm, daß Israel von 2000 bis 2014 mehr als zwei palästinensische Kinder pro Woche tötete. Das Auschwitz der Gegenwart will Biermann nicht zur Kenntnis nehmen.

Die DDR wollte ihrer Jugend insgesamt eine an der Befreiung des Menschen orientierte Kultur vermitteln. „Liedermacher“ konnten und sollten dabei mithelfen, vom Kopf in die Herzen zu dringen. Der tapfere US-amerikanische Liedermacher Paul Robeson (1898–1976) wurde deshalb in der DDR als Vorkämpfer für die Befreiung aller unterdrückten Völker seit den 50er Jahren in vielfältiger Weise bekanntgemacht. Noch 1988 fand in der DDR ein Aktionstag für Robeson, der bis zu seinem Tode korrespondierendes Mitglied der Akademie der Künste der DDR war, mit Talentwettbewerb und einem Konzert statt.

Der Name von Paul Robeson kommt in den Erinnerungen von Biermann nicht vor, schon deshalb, weil Biermann eine Alternative zu seinen balladesken ideologischen Kultgesängen verschweigen will. Auch der

chilenische Songschreiber und Musiker Víctor Jara (1932–1973), der am 11. September 1973 von der von den USA instruierten Soldateska des Augusto Pinochet an der Wand eines Kasernenhofes erschossen wurde, wird in Biermanns Erinnerungen nicht genannt. An seinen eigenen Nachruf denkend, hat er Jahre später Jaras letzten Text vor seiner Ermordung im Stadion in seine Sammlung „Fliegen mit fremden Federn: Nachdichtungen und Adaptionen“ (2011) aufgenommen.

In der DDR wurde mit sehr viel Empathie und Engagement das Wissen über Víctor Jara und seinen Einsatz für den weltweiten Befreiungskampf der Armen gegen den Reichtum verbreitet. Die Witwe von Víctor Jara, Joan Jara, nahm 1977 an der Eröffnung einer nach ihm benannten Schule in der DDR teil, eine Songgruppe des Volkstheaters Rostock studierte seine zum Kampf aufrufenden Lieder ein. Das von der BRD gut honorierte Historikernetzwerk zur Aufarbeitung der „DDR-Diktatur“ könnte gelegentlich eine Aufstellung solcher der BRD fremden Kulturaktivitäten in der DDR ins Netz stellen. Es ist eine nützliche Mär, daß Biermann in seinen Erinnerungen nur Personen erwähnt habe, die ihm persönlich begegnet sind. Das trifft nicht zu, schließlich renommiert er auch mit Kenntnis von Georg Wilhelm Friedrich Hegel, dem er gewiß weder persönlich noch inhaltlich je begegnet ist.

Im November 1976 hat Biermann in Köln großen Zulauf gehabt. Die Medien vom „Der Spiegel“ aufwärts bis hin zur „Bild“-Zeitung mobilisierten ihrer Funktion zur Manipulation der Menschen angemessen. Das von Karl Marx verallgemeinerte, unter kapitalistischen Verhältnissen wirkende Gesetz von der Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol und der Akkumulation von Unwissenheit und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, kann immer wieder konkretisiert werden. Mitte der 70er Jahre fand in der wohlhabenden Metropole Köln nicht nur Biermann beim geistig verelendeten Kleinbürgertum applaudierte Aufnahme.

Der aus Indien kommende Bhagwan „erleuchtete“ damals wie Biermann breite, auch mit Marx-Zitaten jonglierende und nach dem Sinn ihres Daseins suchende intellektuelle Schichten, die sich Sannyasins nannten. Sannyasins und Biermannklatscher leben nur in scheinbaren Parallelwelten, gemeinsam ist beiden die Frontstellung zur DDR und die Flucht vor der konkreten Entscheidung, wie mit der gigantischen Aufrüstung und den Kriegsvorbereitungen der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Interventionsbündnisses NATO umzugehen ist. Diese Entscheidung war nur für eine Seite der Barrikade möglich. Biermann hat sie für die nur an Profit und Krieg interessierten deutschen imperialistischen

Kräfte vorgesungen, die Sannyasins wollten sich dieser Entscheidung nicht stellen und wählten mit dem Wegschauen das komfortable, auf die individuelle Glückseligkeit ausgerichtete Leben, sofern sie das dazu notwendige Kleingeld hatten.

In Wien war Biermann bekannt, hatte aber nicht dieselben Groupies wie in Köln oder in der Reichshauptstadt Berlin, dessen Ehrenbürger er verdienstermaßen ist. Im Café Hawelka war er, wie der in Wien aufgewachsene Universitätsliterat Thomas Rothschild glaubwürdig erzählt, jedenfalls bekannt. „Als angepaßter Trottel“, dem die Nürnberger Rassegesetze an den Hals zu wünschen seien, wurde Biedermann vom marxistischen Ausnahmekünstler Alfred Hrdlicka genannt. Biermann will die zugespitzte Ironie nicht verstehen und rückt Hrdlicka in die faschistische Weltanschauung. Dessen Restituta-Skulptur im Wiener Stephansdom, die zu den eindrucksvollsten Kunstzeugnissen im Kampf für eine bessere Welt gehört, hat Biermann nicht gekannt, wohl aber die Skulptur bei der Albertina, die ihn beeindruckt hat. Diese erinnert daran, daß in Wien Juden zum Schrubben der Gehsteige gezwungen wurden, „damals johlten und lachten die Wiener, jetzt stehn sie davor und gedenken“. „Die Wiener“ – Biermann verallgemeinert, wie es ihm beliebt.

Biermann resümiert, „der Glaube an den Kommunismus“ sei ihm mit der Muttermilch „eingepflanzt“ worden. Von einer genetischen Übertragung „kommunistischer Weltanschauung“ wußte die Wissenschaft bisher nichts. Mit Blick auf das alles verwundert es nicht, daß die korrupte deutsche Herrschaftskirche in Biermann das „Göttliche“ entdeckt und ihn als einen ihrer Messiasse stilisiert (Herder Korrespondenz Oktober 2021). Ihre Hoffnung werden die derzeit 40 Millionen Sklaven auf der Welt oder die im Mittelmeer ertrinkenden Kinder nicht im Deutschland der Wolf Biermanns finden.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Quelle: ZdA, 17.11.2021

Genosse

Dr. Jörg-Bernd Hoffmann

Vorsitzender der Regionalgruppe Erfurt-Weimar, ist am 28. November 2021 kurz vor seinem 70. Geburtstag plötzlich verstorben.

Wir trauern um unseren Freund, der dem „RotFuchs“-Kollektiv eng verbunden war.

Gedenkort der FIR – eine neue Dokumentation

Zum 70jährigen Bestehen der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten im Sommer 2021 erschien eine über 100seitige Dokumentation zu knapp 50 Gedenkort, auf denen das Organisationslogo der FIR zu sehen ist. Die meisten von ihnen befinden sich in den heutigen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Nur für Berlin, wo es zahlreiche Gedenkort zu Widerstand und Verfolgung gibt, ist kein Gedenkstein, auf dem das Symbol der FIR Verwendung gefunden hat, bekannt. Bis Anfang der 90er Jahre gab es noch deutlich mehr solcher Gedenkort. Manche wurden im Zuge der „Wende“ abgeräumt oder umgestaltet. Ein Gedenkstein ist sogar einer Hochwasser-Katastrophe zum Opfer gefallen.

Der Impuls für unsere Aktivität war eine neofaschistische Provokation am 20. April 2020 in Königstein/ Halbestadt. An dem dortigen Naturfreundehaus befand sich seit vielen Jahrzehnten eine steinerne Gedenktafel mit der Inschrift: „Die Toten mahnen. Diese Jugendherberge wurde von März bis August 1933 als Konzentrationslager mißbraucht. Hier wurde Genosse Fritz Gumpert, Heidenau, von den Nazis ermordet.“ An jenem Tag brachen „unbekannte Täter“, so die Polizei, die Tafel aus der Verankerung und verbrachten sie an einen unbekannt Ort.

Unsere Antwort darauf war der Entschluß, weitere Gedenkstätten, die das FIR-Symbol tragen, ausfindig zu machen. Einige dieser

Orte sind bis heute Zentrum des Erinnerns an die Verfolgten des Naziregimes, an Zwangsarbeiter und Todesmärsche. Andere sind eher versteckt.



Gedenkstein in Burg (Sachsen-Anhalt)

Leserinnen und Leser des „RotFuchs“ kennen in ihrer Region sicherlich die antifaschistischen Gedenkstätten. Manche von ihnen tragen den roten Winkel, verschiedene zeigen noch aus alter Tradition das Symbol der bis 1953 auch in der SBZ und DDR aktiven VVN.

Jedoch Gedenkort mit dem Symbol der FIR gibt es deutlich weniger. Aber die FIR hat die Hoffnung, daß noch weitere bisher nicht bekannte Plätze gefunden werden können, denn die Recherche ist noch nicht zum Abschluß gekommen. So erhielt die Redaktion nach der Drucklegung Bilder zur Gedenkstätte in Burg (Sachsen-Anhalt), wo der Anfang der 70er Jahre neugestaltete Ehrenfriedhof für 369 Sowjetbürger auf dem damaligen Westfriedhof an prominenter Stelle das FIR-Symbol zeigt. Die Gedenkstätte erinnert an sowjetische Soldaten, die während der Kämpfe im Frühjahr 1945 in der Region fielen oder als Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangene verstarben. Mit dieser Dokumentation leistet die FIR einen Beitrag dafür, daß die Gedenkstätten und Mahnmale für die Opfer des Naziregimes, für die Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Widerstand und die Befreier erhalten und als Orte des Erinnerns genutzt werden. Der Dank gilt all jenen, die sich oftmals mit großem persönlichem Einsatz und seit vielen Jahren dafür einsetzen, daß diese Gedenkstätten lebendiger Bestandteil des öffentlichen Erinnerns sind und bleiben.

Ulrich Schneider
Berlin

Bibliographie: FIR-Gedenkstätten zu antifaschistischem Widerstand und Verfolgung, Berlin 2021, 104 Seiten, 5 € (zu beziehen über die FIR, Magdalenenstr. 19, 10365 Berlin, per E-Mail: office@fir.at oder shop.vvn-bda.de)

150 Jahre „Die Internationale“ Lieder der Commune auf 2 CDs

Anfang November erschien das aufwendig und liebevoll gestaltete Doppel-Album „Lieder der Commune“, das erstmals viele Lieder der Pariser Kommune in extra für dieses Album entstandenen Fassungen und in deutscher Sprache enthält. Darüber hinaus feiert das Album auf französisch, spanisch, portugiesisch, deutsch und in einer Instrumentalversion den 150. Jahrestag des bekanntesten politischen Liedes der Welt: „Die Internationale“.

Die „Lieder der Commune“ sind bereits nominiert für den Jahrespreis der Deutschen Schallplattenkritik. „MDR Kultur“ stellte das Album vor, „Deutschlandfunk Kultur“ brachte eine ganze Stunde, der „Bayrische Rundfunk“ sendete, die „Badische Zeitung“ brachte einen längeren Bericht und der „Weser-Kurier“ ein Interview.

Und hier der Link zu dem Video aus Lateinamerika mit Natalia Martínez, Patricia Souza, David Bedoya und vielen anderen Musikern, die das Doppel-Album mit ihrer

hinreißenden Interpretation der „Internationalen“ eröffnen:



https://www.youtube.com/watch?v=1_xD13Xa-tl

Die Webseite zum Projekt mit 72 (!) Videos: <https://tage-der-kommune.de/>

Unter den Künstlern, die Lieder für dieses Album eingespielt haben, sind:

Manfred Maurenbrecher (Jahrespreis Lieberbestenliste, mehrfach Preis der Deutschen Schallplattenkritik) / Andrea Pancur (Deutscher Weltmusikpreis RUTH) / Die Grenzgänger (5 x Preis der Deutschen Schallplattenkritik) / Suli Puschban (GEMA-Musikautoren-Preis) / Die Polkaholix (Preis der Deutschen Schallplattenkritik) / Microphone Mafia u.v.m.

Mit Texten von Louise Michel, Eugène Pottier, Jean-Baptiste Clément, Bertolt Brecht, Georg Herwegh, Erich Weinert, Walter Mehring und anderen ...

Doppel-CD mit 48 Seiten reich bebildertem Booklet mit allen Texten und Infos zu den Liedern, 17,90 €. Zu beziehen über Michael Zachal, Postfach 100126, 28001 Bremen

Die faschistische Vergangenheit des Flughafens Schönefeld

Der Flughafenstandort Schönefeld bei Berlin hat eine dunkle Vergangenheit – eine, die ihren Anfang in der Naziherrschaft nahm. Die Verwaltung des heutigen BER-Flughafens sitzt auf dem Gelände und in Gebäuden der einstigen Henschel Flugzeug-Werke. Sie zählten während der Zeit der Faschisten zu den bedeutendsten Rüstungsfabriken für Kampfflugzeuge und Bomben.

Die ersten Flugzeuge wurden bereits im Mai 1935 produziert, zu Kriegsbeginn 1939 war das Werk vollendet. Der Bau von Kampfbombern, Schlachtflugzeugen, Bomben konnte beginnen ... Wichtig war anfangs eine gute Tarnung, denn die Rüstungsaktivitäten verstießen gegen die Auflagen des Vertrages von Versailles. Und so entstanden in Windeseile die Henschel-Werke mit zu Hochzeiten 15 000 Mitarbeitern. Ihr Auftrag: Produktion von Kriegsflugzeugen für Hitlers Weltoberungspläne.

Zu diesem Teil der Geschichte des Flughafenstandorts Schönefeld, die wenig bekannt ist, gibt es nun eine Publikation, in der der Aufbau der Henschel Flugzeug-Werke samt Flugplatz, die dortige militärische Forschung und Produktion sowie die Bedeutung des Standortes Schönefeld vorgestellt werden. Die Autoren des Buches beschreiben, wie der gesamte Großraum Berlin zum Zentrum der Luftrüstung wurde, mit harter Hand gesteuert vom Luftfahrtministerium. Die Vergabe staatlicher Aufträge war an Vorgaben geknüpft, die den Konkurrenzkampf zwischen den Firmen anheizen sollten. Auch gehörte es zur Praxis, in Lizenz Flugzeuge der Konkurrenz zu fertigen, wenn das dem Ministerium geboten erschien. Mit den in Schönefeld hergestellten Flugzeugtypen und Bomben tötete die Luftwaffe

Soldaten wie Zivilisten und zerstörte viele Städte in den Niederlanden, in England, Polen, auf dem Balkan und in der Sowjetunion. Es entstanden neue Montagehallen, Luftschutzkeller und auch Barackenlager für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Für sie war Schönefeld ein Schreckensort, an dem Hunger, Krankheit und Tod zum Alltag gehörten. Zu Hochzeiten mußten 5 000 Menschen, eingesperrt in mehrere Lager, in den Henschel-Werken für die deutsche Kriegsmaschine arbeiten. Nadescha Masurkewitsch, die Mitte 1942 aus der Ukraine nach Schönefeld verschleppt wurde, schilderte das Martyrium in einem 2002 erschienenen Sammelband mit Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter: „Wir waren hungrig, nur halb bekleidet und wollten immer nach Hause“. Die Ernährung bestand nur aus Suppe, etwas Brot und kaltem Tee. Wer gegen die strengen Lagerregeln verstieß, wurde bestraft.

Welches Leid haben die Kriegsflugzeuge aus Schönefeld über weite Teile Europas gebracht! Der erste Testlauf der Luftwaffe für den Angriffskrieg ab 1939 erfolgte bereits ab 1936 im Spanischen Bürgerkrieg. Dort von Anfang an mit dabei: der Henschel-Sturzkampfbomber Hs132. Der Name Guernica steht für die Vernichtung der Zivilbevölkerung durch Brand- und Sprengbomben der deutschen Legion Condor. Für die faschistischen Legionäre waren spanische Wohnviertel der Übungsplatz für den großen Krieg, der noch bevorstand.

Ab 1938 setzte Henschel nach und nach Fremdarbeiter ein. Dazu zählten niederländische Zivilisten ebenso wie sowjetische, polnische, französische und ukrainische Kriegsgefangene, in den letzten beiden Kriegsjahren auch KZ-Häftlinge. Viele von

ihnen sind an Entkräftung, Krankheiten und Schikanen gestorben. Während der Zeit des Faschismus entwickelte sich das Tochterunternehmen der Firma Henschel & Sohn aus Kassel zu einer der bedeutendsten deutschen Rüstungsfabriken für Kampfflugzeuge und Gleitbomben. Anteil daran hatte auch eine Person, die in der Bundesrepublik nach wie vor gefeiert wird und nach der Schulen benannt sind. Konrad Zuse (1910–1995), der viele Jahre bei Henschel in Schönefeld arbeitete, war ab 1940 Chef-Statiker bei der Entwicklung von ferngesteuerten Flugbomben. Von besonderer Bedeutung war dabei der von ihm 1942/43 in Schönefeld entwickelte Rechner S1, der zur Optimierung der ferngelenkten Gleitbombe Hs 293 eingesetzt wurde.

Die Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH erklärte anlässlich der Eröffnung einer im vergangenen Jahr durchgeführten Ausstellung zu deren früherer Rolle während der Hitler-Diktatur: „Wir sind uns der Bedeutung dieses Standortes für Krieg, Tod und Zerstörung in ganz Europa bewußt. Die Geschichte des Luftfahrtstandortes Schönefeld während der NS-Diktatur darf nicht vergessen werden. ... Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene, Frauen und Mädchen aus Konzentrationslagern mußten unter menschenunwürdigen Bedingungen Nachschub für die deutsche Vernichtungsmaschinerie produzieren, die ihre eigene Heimat zerstörte. Wir wollen darüber aufklären und uns offensiv damit auseinandersetzen ...“

Bleibt zu hoffen, daß sich Toleranz und das friedliche Miteinander der Menschen behaupten werden.

Heinz Pocher

„Wir Griechen sagen Nein zur Barbarei“

Rede von Mikis Theodorakis zu den NATO-Bombardierungen in Serbien 1999

Griechenland war beim Jugoslawienkrieg das einzige NATO-Mitglied, das sich weigerte, den griechischen Luftraum für die Bombardierungen von Serbien zur Verfügung zu stellen. Athen war die einzige Hauptstadt, in der Tausende Bürger tagtäglich gegen die Bombardierungen demonstrierten.

Am Abend des 26. April 1999 fand auf dem Syntagma-Platz im Zentrum von Athen ein großes Konzert statt zur Unterstützung der Serben und zur Verurteilung der Angriffe der NATO gegen ihr Land. Mikis Theodorakis, dessen Beitrag den Abschluß und Höhepunkt der Veranstaltung bildete, hielt dort vor über 50 000 Teilnehmern, die ihn regelmäßig mit lautstarkem Beifall unterbrachen, eine denkwürdige Rede (als Video zu sehen unter

www.youtube.com/watch?v=if9n20iM01E)

„Gestern (am 25. April 1999) haben die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der NATO das Todesurteil der Vereinten Nationen, den Tod des internationalen Rechtes, das Gesetz des Dschungels, das Recht des Stärkeren unterzeichnet.

Die Vereinigten Staaten können jetzt mit der Komplizenschaft der europäischen Länder jeden richten, verurteilen, bestrafen, der ihren Absichten in die Quere kommt. Ich halte es nicht für übertrieben zu sagen, daß wir dabei sind, in eine neue Ära des Mittelalters einzutreten. Also, besorgen Sie sich warme, wollene Kleidung, Schal, Handschuhe, Stiefel: Es wird bitterkalt werden. Wie ich seit Beginn der Bombenangriffe erklärt habe, ist alles, was in bezug auf die ethnische Säuberung gesagt wird, nur ein Vorwand. Ich habe gesagt, daß sie (die NATO) sich nicht um Dialog und Vereinbarungen scheeren; ihr einziges Ziel ist die Verwandlung des

häretischen Jugoslawiens in verbrannte Erde. Und genau das wird sie tun, Serbien in eine Wüste von Staub und Blut verwandeln und das Land seinen zukünftigen Opfern zur Abschreckung vorzeigen: ‚Seht her, das kommt auf euch zu, wenn ihr euch nicht unterwerft‘. Wir Griechen sollten stolz sein, denn wir waren die einzigen, die gemeinsam und einstimmig Nein zur Barbarei gesagt haben. Wir werden an der Seite der Opfer, der Serben, stehen. Wir wollen, daß unser Gesang heute die Luftschuttsirenen und das Getöse der Raketen übertönt.

Belgrad, heute singen wir für dich. Laßt uns alle sehr laut singen, um gehört zu werden. Wir sind an eurer Seite. Nur Mut! Das Recht ist mit euch. Und das Recht triumphiert am Ende immer. (...)

Quelle: www.mikis-theodorakis.org
(Übersetzung Zeit-Fragen)



LESERBRIEFE

Das gerade zu Ende gegangene alte Jahr war unserem 92jährigen „RotFuchs“-Leser und früheren Vorsitzenden der Regionalgruppe Berlin-Treptow Anlaß, sich mit einigen Gedanken an das gesamte RF-Kollektiv zu wenden. Er schrieb:

„Großen Dank allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern, dem Versandkollektiv sowie den mir namentlich unbekanntem Logistikern, die jeden Monat dafür sorgen, daß der „RotFuchs“ pünktlich im Briefkasten liegt. Danken möchte ich den Aktivisten um Dr. Arnold Schölzel und Wolfgang Dockhorn, dem Kollektiv der ständigen Autoren und allen, die mit ihren Zuschriften unsere Zeitschrift bereichern. All diesen Unermüdeten fühle ich mich eng verbunden.

Unseren „RotFuchs“ mit Klaus Steiniger an der Spitze habe ich seinerzeit als die Fortsetzung der mit in sowjetischer Kriegsgefangenschaft bekanntgewordenen Zeitungen der Frontbeauftragten bzw. Lagerbeauftragten des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ betrachtet, die damals unter Kriegs- und Nachkriegsbedingungen Wegbereiter für den Zusammenschluß der Nazi- und Hitlergegner und die Entwicklung der Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion waren.

Heute stehen wir vor fast den gleichen Aufgaben, wenn nicht gar vor noch größeren, und wir alle sind aufgerufen, im Kampf um die Erhaltung des Friedens unsere Kräfte zusammenzuschließen.“

Armin Lufer, Oranienburg

Ich möchte dem „RotFuchs“-Team und allen Beteiligten meine Hochachtung und Dank aussprechen. Ich freue mich, daß es noch eine Quelle gibt, an der man Wahrheiten über aktuelle und geschichtliche Ereignisse erfährt. Die Beiträge kompetenter Autoren sind für mich maßgebend für meine eigene Meinungsbildung. Daher kann ich nur wünschen, daß der „RotFuchs“ weiterhin diese so wichtige Arbeit realisieren kann und auch die finanziellen Voraussetzungen ihm erhalten bleiben.

Dr. Erwin Bansch, Graal-Müritz

Das interessante Dezember-Heft ist mir Anlaß, den Redaktionsmitgliedern und dem Vorstand des Vereins herzliche Neujahrsgrüße zu übermitteln. Als treuer Leser (seit Herbst 2016) ist es mir ein Bedürfnis, allen am Zustandekommen der Zeitschrift Beteiligten meine Anerkennung und meinen Dank auszusprechen.

Obwohl ich mit fast 72 Jahren kein „junger Hüpf“ bin, bieten mir die Beiträge so manch neue Erkenntnisse. Besonders wertvoll für mich ist, daß mich der RF darin bestärkt, meinen marxistisch-leninistischen Grundüberzeugungen treu zu bleiben und sie weiter zu festigen.

Ich begrüße es, daß der RF den Fragen von Krieg und Frieden große Aufmerksamkeit schenkt. Wir dürfen nicht müde werden, immer wieder die aggressive Politik der NATO-Staaten, einschließlich die der BRD, zu entlarven und müssen das uns Mögliche tun, um immer mehr Menschen für den Friedenskampf zu mobilisieren.

Im Beitrag „Recht für jedermann“ wird noch einmal betont, daß es in der DDR sehr wohl ausreichende Informationen über Recht, Gesetze und Kriminalität gab. Ergänzend nenne ich nur die Schriftenreihe „Recht in unserer Zeit“, in der die Bürger ab 1976 über die mannigfaltigsten Rechtszweige informiert wurden. Allgemeinverständlich verfaßt, mußte man die Hefte nicht unbedingt ausleihen, sondern konnte sie für 1,75 bzw. 2,50 Mark käuflich erwerben.

Darüber hinaus hatten DDR-Bürger auch die Möglichkeit, sich – wie Ralph Dobrawa in seinem Beitrag schreibt – in Schieds- und Konfliktkommissionen aktiv an der Rechtsprechung zu beteiligen. Mit ihrem Tätigwerden hatten sie einen nicht unbedeutenden Anteil an der Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsverletzungen. Aufgrund der gründlichen Schulung der Mitglieder, ihrer hohen Motivation und der Zusammensetzung der Kommissionen erfüllten sie die ihnen übertragenen Aufgaben in überwiegend hoher Qualität. Viele Jahre selbst Mitglied einer Schiedskommission, erlauben mir die Einschätzung.

Reinhardt Koblischke, Aschersleben

Zu Ralph Dobrawa, Recht für jedermann, RF 287, S. 18
Ralph Dobrawa hat in seinem Beitrag eindrucksvoll die Verdienste der DDR bei der Schaffung einer volksnahen und bürgerfreundlichen Rechtsordnung gewürdigt. Verlage, Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen haben ganz erheblich dazu beigetragen, die Bürger mit den Gesetzen und Rechtsverordnungen des sozialistischen Staates vertraut zu machen. In diesem Zusammenhang sind aber auch die vielfältigen Aktivitäten zu würdigen, welche die verschiedenen Bildungseinrichtungen der DDR zur Rechtsinformation und Rechtserziehung der Jugendlichen geleistet haben. Erinnerung sei an die Einführung des Rechtsunterrichts in der Berufsausbildung. Im Rahmen des Grundlagenfachs Sozialistisches Recht haben sich viele Lehrlinge verschiedener Ausbildungsberufe wichtige Kenntnisse auf diesem Gebiet angeeignet. Auf der Grundlage des ab 1. September 1986 verbindlichen staatlichen Lehrplans sind den Lehrlingen arbeits- und berufsbezogenes Rechtswissen sowie auch Kenntnisse im Verfassungs-, Straf- und Familienrecht vermittelt worden. Es ging darum, die Verantwortung für die Mitwirkung an der Gestaltung der Arbeitsrechtsverhältnisse, bei der Durchsetzung des Gesundheits- und Arbeitssowie Brandschutzes, des Umweltschutzes, bei der Verhütung und Bekämpfung von Straftaten sowie auch bei der Gestaltung der Familienbeziehungen bewußt zu machen. Das als berufsbildende Literatur für die Ausbildung der Lehrlinge zum Facharbeiter für verbindlich erklärte Lehrbuch für das Grundlagenfach Sozialistisches Recht baute auf den Kenntnissen von Abgängern der 10. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule auf. Dieses in vielen Auflagen erschienene Lehrbuch hat dazu beigetragen, hunderttausenden Berufsschülern ihre vom Staat geschützten Grundrechte auf dem Gebiet der Arbeit und bei der Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben zu vermitteln. Im Rückblick kann gesagt werden, daß der Rechtsunterricht im Rahmen der Berufsausbildung eine wichtige Rolle bei der Ausprägung des Verständ-

nisses der Jugendlichen in der DDR für Gerechtigkeit, Recht und Gesetzmäßigkeit gespielt hat. Nicht zuletzt stand seinerzeit bei repräsentativen Umfragen unter Lehrlingen verschiedener Ausbildungsberufe in der Industrie nach den beliebtesten Fächern das Fach Recht – nach dem Fach Elektronik – an zweiter Stelle. Der Rechtsunterricht an den Berufsschulen – das war eine nicht zu unterschätzende Säule der Rechtserziehung der Jugendlichen in der DDR. Aber auch die Fach- und Hochschulausbildung fast aller Fachrichtungen hat auf der Grundlage der dafür geltenden Lehrpläne grundlegende Rechtskenntnisse und Fähigkeiten zum Umgang mit den geltenden Gesetzen, zur Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte vermittelt.

Gerwin Udke, Berlin

Danke für den Beitrag von Dr. Ulrich Sommerfeld im Dezember-RF (S. 19), der sich mit Ausbildungsfragen in der DDR befaßt. Ich möchte allerdings auf ein Mißverständnis hinweisen. In der Überschrift geht es um Abitur mit Berufsausbildung, im Beitrag um Berufsausbildung mit Abitur.

In den 60er Jahren gab es zeitweise beide Varianten nebeneinander.

Ich habe von 1965 bis 1969 die EOS besucht und zusätzlich den Facharbeiterbrief erworben. Wir hatten drei Wochen Unterricht und eine Woche theoretische und praktische Berufsausbildung in der Industrie oder in der Landwirtschaft. Damit verbunden war ein Obulus von 40 bis 70 Mark. Wir schlossen unsere Ausbildung mit dem Abitur und dem Facharbeiterbrief in der 12. Klasse ab. Später lief diese Variante aus, es blieb die reine Abiturausbildung.

Zusätzlich wurde die Möglichkeit „Berufsausbildung mit Abitur“ angeboten. Hierbei lag das Schwergewicht auf der Berufsausbildung, drei Wochen Berufsausbildung, eine Woche Abi-Ausbildung. Diese wurde mit der 13. Klasse abgeschlossen. Diese Variante blieb bis zum Ende der DDR erhalten und wird in modifizierter Form wohl noch heute angeboten.

Reinhard Sandrock, E-Mail

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterklasse gehört ohne jeden Zweifel Ernst Thälmann. Der zum Abschluß des 12. Parteitages der KPD am 15. Juni 1929 erneut zum Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands gewählte Funktionär erkannte frühzeitig die wahren Absichten und Ziele Hitlers. Gemeinsam mit anderen Mitstreitern der KPD analysierte er den Ernst der Lage und versuchte, eine Aktionseinheit der Arbeiterparteien gegen die drohende faschistische Gefahr zu organisieren. SPD und Gewerkschaften wandten sich jedoch gegen einen außerparlamentarischen Kampf. Bereits im Vorfeld der Wahlen zum Reichstag warnte er: „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler und wer Hitler wählt, wählt Krieg!“ So überrascht es nicht, daß Ernst Thälmann nach dem Reichstagsbrand vom Februar 1933 zu den ersten gehörte, die am 3. März desselben Jahres und mithin nur wenige Wochen nach dem Machantritt Hitlers, verhaftet wurden. Bis zu seiner Ermordung am 18. August 1944 im Hof des Krematoriums des Konzentrationslagers Buchenwald hat er seine Freiheit nicht wiedererlangt. Die Nazis scheuten einen gegen ihn geplanten Prozeß, für den bereits die Anklageschrift gefertigt war, in der ihm Aufruf zum Hochverrat vorgeworfen wurde, da sie offenbar befürchteten, ein ähnliches Fiasko zu erleben, wie es ihnen Georgi Dimitroff im Reichstagsbrandprozeß bescherte. Die unlängst vor-

genommene Einweihung einer „Kunstinstallation“ am Ernst-Thälmann-Denkmal in Berlin macht in dem Zusammenhang sehr betroffen. Dies nicht nur, weil sie nahezu zeitgleich erfolgte, als im Bereich der früheren Gedenkstätte Ziegenhals die an die dortige Tagung und Ernst Thälmann erinnernde Plakette gestohlen wurde und das Thälmann-Denkmal in Weimar einige Zeit verhüllt worden ist, um es mit einer „erklärenden“ Tafel zu versehen. Die Behauptung, es ginge nicht darum, die Denkmale zu schleifen, muß indes skeptisch machen, wenn der Linke-Stadtteilbürgermeister Benn äußert: „Wichtig ist es, daß wir dieses Monstrum von Denkmal vom Sockel holen und sichtbar brechen.“ Was manchem Linken-Politiker die Erinnerung an Thälmann wert ist, wird angesichts einer solchen Bemerkung überdeutlich. Auf den Skandal der jahrzehntelangen Verschleppung der Strafverfolgung von Thälmanns Mördern will ich an dieser Stelle nicht nochmals eingehen, aber auch mit Deutlichkeit daran erinnern, daß sich die bundesdeutsche Justiz hier verhalten hat, „wie der Jagdhund, der zur Jagd getragen werden muß“.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Ernst Thälmann ist unvergessen. Wir, die Mitglieder der VVN-BdA, gedenken seiner alljährlich zu seinem Geburtstag und seinem Todestag. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, der gegen Faschismus und Krieg, für Frieden und Völkerfreundschaft, für die Befreiung der Arbeitenden, des ganzen Volkes vom Joch des Kapitalismus, für eine bessere Welt gekämpft hat, wurde von den Faschisten gedemütigt, gefoltert und schließlich ermordet. Ihm zu Ehren steht im Park an der Greifswalder Straße, im Thälmann-Park, ein Denkmal. Nun will man es „beseitigen“. Das Kunstprojekt „Vom Sockel denken“, mit dessen Hilfe dieses Ziel erreicht werden soll, ließe sich auch als „vom Sockel stürzen“ verstehen. Nichts anderes ist mit der geplanten Installation gemeint. Schon 1993 gab es Pläne, das Denkmal zu schleifen. Wie viele andere auch. Nur dank seiner Monumentalität, die seine Beseitigung erschwerte, hat es bisher überlebt. 2014 wurde es unter Denkmalschutz gestellt. Zu bedeuten hat dies, erinnert sei an die Gedenkstätte Ziegenhals, die auch geschlossen wurde, freilich nichts.

Wieviele Hindenburg-Statuen, wieviele von Königen stehen in diesem Land? Hand wird an ihnen nicht angelegt, obwohl sie sicher keine Menschen waren, die sich für Frieden oder das Wohl des Volkes eingesetzt hätten. Hier ließe sich einwenden, daß sie Teil der deutschen Geschichte sind, was nicht zu leugnen ist. Doch Ernst Thälmann ist ebenso Teil der deutschen Geschichte, einer Geschichte, in der es darum ging, ein besseres Deutschland zu erkämpfen.

Das Thälmann-Denkmal mahnt uns, wachsam zu sein und uns zu wehren – heute mehr denn je – gegen faschistische Kräfte, die immer dreister ihr Haupt erheben.

Brigitte Tichauer, Berlin

Der gewesene Außenminister Heiko Maas hat, zusammen mit seinem französischen Kollegen, in einem Schreiben an Lawrow betont, direkte Gespräche zwischen den Donbass-Republiken und Kiew seien nicht erforderlich. Damit wurden kurzerhand durch zwei der drei Garantmächte die Minsker Vereinbarungen zur Makulatur erklärt, deren Kern eben diese direkten Verhandlungen waren. Gleichzeitig füllen sich die hiesigen Zeitungen mit völlig an den Haaren herbeigezogenen Meldungen

über einen „bevorstehenden russischen Einmarsch in die Ukraine“. Die Menschen, die in Frontnähe im Donbass wohnen, erleben immer ganz unmittelbar, wie sehr der Westen gerade Krieg will. Jasinovataja, Gorlovka, Telmanowe – dort wird wieder auf Schulen gefeuert, dort fliegen nachts die Geschosse aus Mörsern und Haubitzen.

Ja, sie sind wieder auf Krieg aus, auch wenn sie gerne einen kleineren hätten und (noch) keinen großen. In dem inzwischen veröffentlichten Koalitionsvertrag stellt sich die neue deutsche Bundesregierung klar auf eine Seite, die der Ukraine. Eine Außenministerin Baerbock ist da noch das „Sahnehäubchen“ obendrauf.

Liane Kilinc, Wandlitz

Eine RF-Leserin aus Chemnitz wandte sich mit einem Brief an die stellvertretende Chefredakteurin der Süddeutschen Zeitung Alexandra Förderl-Schmid, aus dem wir hier zitieren:

Sehr geehrte Frau Förderl-Schmid, wissen Sie noch, wer mit militärischer Gewalt den Osten Europas eskalieren ließ und wer heute schon wieder schweres militärisches Gerät einschließlich Raketen an die russische Grenze transportiert? Haben Sie schon mal was von den Manövern im Baltikum gehört, wohin deutsche und vor allem sächsische Soldaten seit 2017 geschickt werden? Wissen Sie, daß die militärische und sonstige Ausrüstung, die zu Manövern an die russische Grenze transportiert wurde, nie wieder zurückkam, weder nach Deutschland noch in die USA?

Die DEFENDER-Europa-Manöver 2020 und 2021 mit vielen zigtausenden NATO-Soldaten haben das russische Volk aufmerken lassen und geängstigt. Ebenso die zahlreichen Manöver, die extra noch stattfinden.

Warum befiehlt die USA-geführte NATO so ungeheuerlich viele Soldaten an die Grenze zu Rußland und warum wird dort der Krieg gegen Rußland geübt? Was würden Sie tun, wenn Ihr Nachbar ständig an Ihre Tür hämmert und große Hunde rings um Ihren Garten laufen und laut bellen? Würden Sie sich schützen oder sagen, ich selbst bin der Angreifer und der Bedroher? Die sogenannten westlichen Medien sagen, Rußland sei aggressiv, selbst wenn es nur im eigenen Land sein Militär üben läßt. Es sind doch die USA, die schwere Waffen in die Ukraine liefern, dessen Militär nach USA-Methoden schult und die NATO rings um Rußland Manöver abhalten läßt. Die NATO ist nicht nur in der Ukraine, sondern im gesamten Baltikum, in Rumänien und anderswo militärisch aktiv und rüstet ständig weiter. Die USA fliegen bis 20 km an die russische Grenze mit B-52-Bombern. Es sieht doch ein jeder, wer hier aggressiv vorgeht.

Jedenfalls hat Rußland reagiert und auch seine Truppen in Grenznähe gebracht. Das Land hat schon einmal nicht auf die Truppenzusammenballungen an seiner Grenze reagiert und wurde dann durch Hitlers Wehrmacht am 22. Juni 1941 überfallen. Die Bomber-Flugzeuge kommen heute von Übersee bis zum Schwarzen Meer oder von einer der Militärbasen, welche die USA überall in der Welt gebaut haben. Warum und vor wem wollen sich USA damit „schützen“, davon ist nie die Rede in der Süddeutschen Zeitung.

Warum schreiben Sie wider besseres Wissen, daß Rußland einen Krieg vorbereiten will? Und noch etwas: Was, glauben Sie, würde angesichts des Umstands, daß die USA in Deutschland Atomsprenköpfe lagert, im Falle eines US-Angriffs auf Rußland mit diesen passieren? Ständige Diffamierungen und Hetze gegen ein Land haben schon oft den Krieg

vorbereitet und dann beginnt er plötzlich und der Kriegsgrund war wieder eine Lüge.

Regina Silbermann, Chemnitz

Mit der Übergabe des krummen Staffelstabes der GROKO-Regierung an eine „Verkehrsampele“ aus rot-gelb-grün – SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP – erfolgte zugleich ein Figurentausch für das ministerielle Außenamt. Noch gar nicht so richtig auf dem Ministersessel, beeilte sich Frau Baerbock aller Welt zu zeigen, wie treu sie hinter den Weltherrschaftsansprüchen des deutschen Kapitals steht. Schon jetzt schießt sie mit besonderer Inbrunst ihre Giftpfeile gegen China und Rußland, die als Bollwerke für den Weltfrieden stehen, ab. Nein, von Frieden und internationaler, atomwaffenfreier Sicherheit hält sie nichts. Sie fühlt sich der aggressiven Außenpolitik a la Joschka Fischer verpflichtet, dessen Rolle im Jugoslawienkrieg nicht vergessen ist, und wird versucht sein, dessen kriegslüsterne Agieren noch zu übertreffen.

Manfred Wild, Berlin

Ich frage mich, warum Kanzler Olaf Scholz (SPD) den Generalmajor Carsten Breuer (ebenfalls SPD) an die Spitze des Corona-Krisenstabes stellt. Es gibt doch weitaus geeignetere Berufsgruppen, die diese Aufgaben erfüllen könnten. Ich habe den Eindruck, daß schon jetzt für eine neue Notstandsverordnung geprobt werden soll, mit der dann, je nach Auslegung, das Militär auch gegen Streiks und Demonstrationen eingesetzt werden kann und andere demokratische Grundrechte weiter eingeschränkt oder ausgehebelt werden. Die Formulierung des Generals mit Afghanistan-erfahrung, er wolle „robustere Führungsstrukturen“ (IKZ) schaffen, läßt Schlimmes befürchten.

Uwe Moldenhauer, Hemer

Frau Bearbock verlangt den Boykott der Olympischen Winterspiele in Peking. Noch nicht richtig im Amt, maßt sie sich schon mal an zu definieren, wer zu den Bösen und wer zu den Gutmenschen zu zählen ist.

Russophobie und antikommunistischer Haß auf China, wie übrigens auch in allen anderen parteipolitischen Führungssetzen der BRD, scheinen sich auch bei der neuen Außenministerin festgesetzt zu haben. Solche Art Einteilungspraxis, welche einerseits das Elend der Menschen an den europäischen Außengrenzen – letztlich verursacht durch die Politik der kapitalistischen Großmächte – schlichtweg unberührt läßt, oder durch die der Enthüllungsjournalist Julian Assange, der die Verlogenheit der westlichen Menschenrechtsvorstellungen entlarvte und dafür seiner Freiheit beraubt wurde, wirft andererseits den „unbotmäßigen“ Ländern, die sich nicht ins Raster der „Wertegemeinschaft“ fügen, Menschenrechtsverletzungen vor.

Es wundert allerdings nicht, daß man als treuer hündischer Vasall seinem großen Vorbild von Freiheit und Menschenrechten, den USA, die bisher noch jeden Krieg nach dem letzten Großen Feuer anführten und kräftig am nächsten, dem III. Großen, zündeln, vorauseilenden Gehorsam bezeugt.

Bernd Schrupf, Erfurt

William LeoGrande, Kuba-Experte von der American University in Washington, D.C., äußerte vor kurzem: „Wenn die kubanische Regierung sich von den USA stärker bedroht fühlt, sinkt ihre Toleranz für interne Dissidenz. Alle Regierungen, die sich angegriffen fühlen, werden weniger tolerant

gegenüber interner Opposition.“ Sanktionen der US-Regierung, Blockade von jährlichen Überweisungen, Lahmlegung der Tourismusbranche mit Verknappung von Devisen für Importe von Lebensmitteln und Medikamenten, Wegbrechen von potentiellen Investoren, Attacken gegen das Informationsmonopol der Regierung – mit all dem ist Kubas Führung nicht erst seit heute konfrontiert. Das Geschehen dort erinnert auch an unsere eigene Geschichte. Bedrohungs- und Einmischungsversuche der alten BRD gegen dem Nachbarstaat DDR haben maßgeblich auch die Toleranz der DDR-Organen gegenüber interner Dissidenz provoziert. Solche Begriffe wie der der „friedlichen Revolution“ versperren eine objektive Sicht. Meine bisherigen Erfahrungen mit „Aufarbeitern“ und deren Institutionen wie z.B. „Lernorte der Demokratie“ besagen, daß eben jener Zusammenhang zwischen Einmischung und Bedrohung und dem Sinken der Toleranz gegenüber innerer Dissidenz nicht nur vernachlässigt, sondern auch geleugnet und statt dessen mit dem Willen zur „Selbstbefreiung des Volkes“ in der DDR etikettiert wird. Das hat System und Methode. Daß es auch einen Zusammenhang zwischen inneren Konflikten und der Toleranz der DDR-Staatsorgane gegenüber jener inneren Dissidenz gab, blieb und bleibt allein unsere „eigene“ Angelegenheit. Wir „Hiesigen“ benötigen keine aufoktroierte Deutungshoheit, Kuba nicht und auch nicht Rußland.

Peter Blechschmidt, Chemnitz

Der von der US-Regierung angekündigte Boykott der Olympischen Winterspiele in China ist in einer Zeit, in es darum geht, den Weltfrieden zu erhalten, absolut kontraproduktiv. Als Grund dafür müssen Menschenrechtsverletzungen in China herhalten. Aber wie sieht es denn in den Vereinigten Staaten selbst aus? Ganz abgesehen davon, daß die US-Amerikaner ihre eigene Ureinwohner fast gänzlich ausgerottet haben, breitet sich Rassismus heute dort immer weiter aus, werden Schwarze und Angehöriger anderer Nationalitäten diskriminiert und verfolgt. Nicht zu vergessen die Rolle der USA mit ihrer Sanktions- und Einmischungspolitik weltweit. Wie viele Kriege haben die USA nach 1945 schon geführt! Auch Länder der EU waren daran beteiligt, die heute nach einer noch härteren Gangart gegen die Olympischen Winterspiele in China vorgehen wollen. Die Tugend, erst einmal vor der eigenen Haustür zu kehren, bevor man sich anmaßt, andere belangen zu wollen, scheint aus der Mode gekommen zu sein. Am Elend der Flüchtlinge, die heute an den Grenzen Polens und am Ärmelkanal stehen oder die über das Mittelmeer kommen, sind mit Sicherheit nicht Rußland oder China schuld.

Die Haltung Washingtons ist aus meiner Sicht Ausdruck der Systemauseinandersetzung. Man möchte einfach nicht vorgeführt bekommen, wozu China wirtschaftlich und politisch in der Lage ist.

Ralf Kaestner, Bützow

Ein Bild, das vor Wochen veröffentlicht wurde, steht mir immer noch vor Augen. Ein einjähriges syrisches Kind ist im Grenzgebiet zwischen Polen und Belarus gestorben. Und wer ist dafür verantwortlich?

Es macht wütend, wenn der bisherige deutsche Außenminister die zynische und auf den eigenen Vorteil bedachte Asylpolitik der EU-Staaten lobte und den menschenrechtsverletzenden Maßnahmen an der EU-Außengrenze Anerkennung zollte, während

ein Kind begraben werden mußte. Und es schmerzt, wenn man die heuchlerischen und verlogenen Kommentare in vielen offiziellen Stellungnahmen und in den Medien zur Kenntnis nehmen muß.

Wollte man das Übel an der Wurzel packen, wäre zuerst die politisch-moralische und erhebliche materielle Unterstützung Deutschlands an den verheerenden Kriegen im Irak, Syrien, Afghanistan an den Pranger zu stellen und die dringend notwendige umfassende Soforthilfe für diese militärisch zerstörten Länder zu fordern. Statt dessen werden Menschen, die vor Krieg und Chaos fliehen, kriminalisiert und eine ungleiche Schlacht mit Soldaten, Polizisten, Stacheldraht und Wasserwerfern gegen sie geführt. Wo bleibt der Aufschrei von Friedensnobel- und Menschenrechtspreisträgern sowie Amnesty und Nichtregierungsorganisationen? Ach ja, es gibt rührende Reden von Frau von der Leyen im Europaparlament und jede Menge Mitleidsbekundungen in deutschen Leitmedien. Nur den hungernden und frierenden Menschen wird damit nicht wirklich geholfen! Im Gegenteil.

Raimon Brete, Chemnitz

Wer steckt wirklich hinter der organisierten Provokation an der polnisch-belarussischen Grenze? Bilder sagen oft mehr als Worte, aber in diesem Falle sollte man sich noch einmal die Aussagen von Flüchtlingen vor Augen führen, die einige von ihnen vor den Mikrofonen fragender Journalisten gemacht haben. Auffällig war, alle Befragten sprachen ein fast akzentfreies Deutsch. Ihre Herkunftsheimat war überwiegend der Irak oder der Jemen. In diesen Ländern gibt es aber keine Einrichtungen, die das sogenannte Straßendeutsch lehren würden, diese Art sich auszudrücken, erlernt man nur im täglichen Umgang mit deutschen Bürgern. Nach dem Wohin befragt, kam die eindeutige Antwort: nach Deutschland. Einige sagten, daß sie eine Zeit in Deutschland gelebt hätten. Es ergibt sich die Frage, warum sind sie nicht in Deutschland geblieben, wenn sie schon dort waren? Welchen Grund oder Anlaß gab es, an die polnisch-belarussische Grenze zu gehen und sich unter Umständen größeren Gefahren auszusetzen? Eine Menge Fragen, die nicht beantwortet sind, aber interessant wäre es schon, noch genauer hinter die Kulissen zu schauen. Die böswilligen Unterstellungen gegenüber Belarus würden in einem anderen Licht erscheinen und die Wahrheit würde einige Machenschaften erhellen. Verspricht man sich ein Engreifen Rußlands, wenn bestimmte Situationen eintreten, um ein weiteres Argument gegen die Pipeline zu haben? Neuerdings, so am 25. November im Internet, versuchen die westlichen Strippenzieher die Russische Föderation und seinen Präsidenten persönlich für die Zustände an der polnisch-belarussischen Grenze verantwortlich zu machen, natürlich wie üblich ohne Beweise.

Um wirksam und schnell die Zustände an der Grenze zu Belarußland zu beenden, dürfte die Rückführung der Flüchtlinge durch jene, die sie geschickt haben, das richtige Mittel sein.

Gerhard Perlick, Bützow

Am 25. November 2021 ist Prof. Dieter B. Herrmann verstorben. Vielen Menschen ist Prof. Dr. sc. Herrmann als Astronom, Physiker, Forscher bekannt. Weniger bekannt ist wohl, daß er auch Autor zahlreicher Bücher und wissenschaftlicher Publikationen ist. Der Wissenschaftler zeichnete sich nicht zuletzt dadurch aus, daß er Jungen wie Alten sein umfangreiches Wissen populärwissenschaftlich verständlich zugänglich machte.

Gerade wegen dieses Engagements wird er in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen mit den um sich greifenden wissenschaftsfeindlichen Positionen fehlen.

Der Berliner Dieter B. Herrmann studierte an der Humboldt Universität zu Berlin, war von 1976 bis 2004 Direktor der Archenhold-Sternwarte in Berlin-Treptow und 1987 Gründungsdirektor des Zeiss-Großplanetariums im Prenzlauer Berg. 14 Jahre lang moderierte er das Wissenschaftsmagazin „AHA“ im Fernsehen der DDR, wofür ihn seine Zuschauer dreimal mit dem Goldenen Lorbeer auszeichneten. Bis in jüngste Zeit war er ein unermüdlicher Autor wissenschaftlicher Fachbücher, von Publikationen in unterschiedlichen Medien und hielt viele Vorträge in Fach- und Interessenskreisen. Seit der rasanten Entwicklung der Kosmos-Forschung ab den 60er Jahren war Prof. Herrmann ein fragter Experte und Mitglied in wichtigen astronomischen Fachgremien, wie z.B. der Internationalen Astronomischen Union. Prof. Herrmann war auch Mitglied des Vorstandes der Urania. 2019 wurde er mit dem renommierten Bruno-H-Bürgel-Preis geehrt. Er ließ es sich nicht nehmen, jährlich einen Vortrag im Kultur- und Bildungskreis der Volksolidarität Berlin-Lichtenberg zu halten.

Wir trauern um einen über die Grenzen der DDR hinaus hochgeschätzten Naturwissenschaftler.

Ingo Hähnel, Berlin

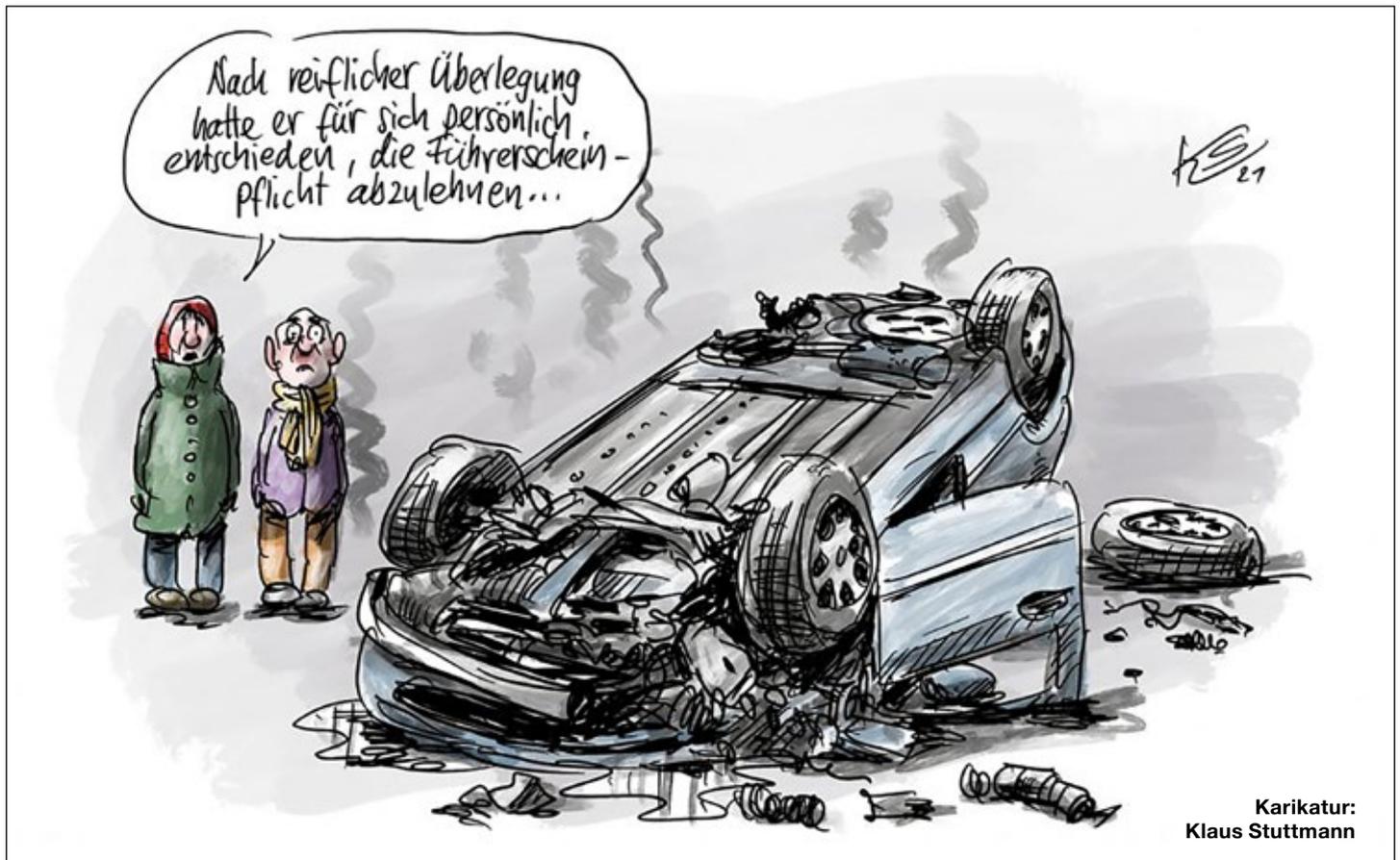
„Geipel muß Meinungen aushalten“, so die Schlagzeilen einiger regionaler und wenig überregionaler Blätter Ende letzten Jahres. In einem Rechtsstreit zwischen der Ex-Vorsitzenden des Doping-Opfer-Hilfvereins (DOH) Geipel und dem früheren Mitglied des Vereins Misersky war gerichtlich entschieden worden, daß es erlaubt ist, an Geipels Status als „anerkanntes Zwangsdoping-Opfer mit gesundheitlichen Dauerschäden, Weltklasse-Sprinterin, Weltrekordhalterin, medaillenträchtige Olympionikin und Mitglied der Leichtathletik-Nationalmannschaft der DDR“ zu zweifeln. Sie ist, wie bestätigt wurde, außerdem kein Opfer von „Stasi-Zersetzungsmaßnahmen“ oder „Regimegegnerin“, die unter Lebensgefahr in den Westen flüchten mußte.

Eine Ikone der „Aufarbeitungsindustrie“ zur Diskreditierung des DDR-Sports und Frontfrau der Doping-Aufklärung des „pervertierten“ DDR-Sportsystems, das sie quasi mit einem Gulak vergleicht, wie die „Junge Welt“ formulierte, wurde vom Sockel geholt.

In den Prozeßunterlagen kann man die Einschätzung des Rechtsanwaltes Miserskys, Eisenberg, lesen: „Die Klägerin (I.G.) ist eine echte Hochstaplerin. Sie setzt nach der Wende fort, was sie zu DDR-Zeiten bereits getan hat. Lügen, betrügen, täuschen, massiv den eigenen Vorteil suchen. Ihre Narration zu den sportlichen Erfolgen sind so falsch wie ihre Behauptung, ein Doping-Opfer zu sein.“

Durch objektive sportmedizinische Forschungen wurden die Behauptungen von Geipel und Co. zu „schwersten“ Dopingschäden des Muskel- und Skelettsystems, psychischen Dauerschäden, Verkürzung der Lebenszeit und gehäuften Krebserkrankungen durch Oral-Turinabol in Frage gestellt. Konstatiert wurde ein weiterer Forschungsbedarf. Ob dazu die wissenschaftliche Sorgfalt und sportmedizinischen sowie trainingsmethodischen Kenntnisse einer Germanistin, die auf zwei gescheiterte Promotionsverfahren zurückblickt, ausreichen, wagen wir zu bezweifeln.

Dr. Gerd Machalett und Henner Misersky, Siedenbollentin



„RotFuchs“-Veranstaltungen im Januar

■ Regionalgruppe Strausberg

Am 13. Januar um 15 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens, China-Spezialist, zum Thema: **Aktuelle Entwicklungen in China – Was wir alle nicht über die Volksrepublik wissen**
Ort: Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70 (Eingang über Steremat), 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 22. Januar um 10 Uhr spricht Wolfgang Herrmann, Autorenkreis „RotFuchs“/früherer Berater der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung in Nicaragua, zum Thema: **Die aktuelle Situation in Lateinamerika**
Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststr. 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 28. Januar um 17 Uhr – Mitgliederversammlung der „RotFuchs“-Regionalgruppe Leipzig und gemeinsamer Jahresauftakt
Ort: Liebknechtshaus, Braustraße 15, 04107 Leipzig

■ Regionalgruppe Bernau

Am 29. Januar um 15 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der TAG GRH Bernau zum Thema: **Feindbild China – was wir alles nicht über China wissen**
Ort: Rotunde der Schule am Blumenhag, Zepernicker Chaussee 20–24, 16321 Bernau bei Berlin

Alle Veranstaltungen unter Vorbehalt. Es gelten die jeweiligen Hygienevorschriften.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160-238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke
Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Holger Michael
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Heinz Pocher
Hans Schoenefeldt
Peter Steiniger
Johann Weber
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030-983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Gerald Umlauf, Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.